

30. Sitzung

Mittwoch, den 1. August 2012

Mainz, Deutschhaus

Der Landtag gedenkt des verstorbenen Ministerpräsidenten a.D. Dr. Carl-Ludwig Wagner.

Der Landtag beschließt gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags einstimmig, die selbstständige Einberufung des Landtags durch den Präsidenten des Landtags zu genehmigen.

Die Tagesordnung für die 30. Plenarsitzung am 1. August 2012 wird auf der Grundlage der ausgedruckten Tagesordnung (2. Ergänzung der Einladung vom 30. Juli 2012) festgestellt.

**Beschluss des Ministerrats zu möglichem Insolvenzantrag der Nürburgring GmbH
 Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags**

– Drucksache 16/1438 – 1872

**Verantwortung der Landesregierung für die Insolvenz der Nürburgring GmbH und
 die finanziellen Folgen für den rheinland-pfälzischen Landeshaushalt
 Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags**

– Drucksache 16/1445 – 1872

**Gutachtliche Prüfung des "Zukunftskonzepts Nürburgring" durch
 den Landesrechnungshof
 Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksache 16/1455 – 1872

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 3 werden zusammen aufgerufen und beraten.

Der Tagesordnungspunkt 1 – Drucksache 16/1438 – ist mit seiner Besprechung erledigt. 1920

Der Tagesordnungspunkt 2 – Drucksache 16/1445 – ist mit seiner Besprechung erledigt. 1920

Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/1455 – wird mit Mehrheit an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. 1920

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Frau Irene Alt, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Jochen Hartloff, Dr. Carsten Kühl, Frau Eveline Lemke, Roger Lewentz; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Frau Anne Spiegel, Frau Katharina Raue; Staatsministerin Frau Ulrike Höfken; die Staatssekretäre Frau Jacqueline Kraege, Frau Heike Raab, Frau Vera Reiß.

Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:	1915
Abg. Bracht, CDU:	1916, 1918
Abg. Dr. Weiland, CDU:.....	1876
Abg. Frau Klöckner, CDU:	1878
Abg. Frau Müller-Orth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	1915
Abg. Hering, SPD:	1891
Abg. Hoch, SPD:.....	1912
Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	1894
Abg. Licht, CDU:	1906, 1907, 1911
Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	1918, 1919
Abg. Wansch, SPD:	1917
Beck, Ministerpräsident:	1872, 1874, 1876
Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:.....	1909
Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:	1901
Präsident Mertes:.....	1871, 1874, 1876, 1878
Vizepräsident Dr. Braun:	1907, 1909, 1911, 1912, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920
Vizepräsident Schnabel:	1901, 1906
Vizepräsidentin Frau Klamm:	1891, 1894

30. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 1. August 2012

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist 14:00 Uhr. Ich darf Sie zur Landtagssitzung hier in Mainz begrüßen. Wir haben nachher Gelegenheit, über den Einladungsmodus zu reden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, zuerst bitte ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste! Ich habe Sie gebeten, sich im Gedenken an den verstorbenen Herrn Ministerpräsidenten a. D. Dr. Carl-Ludwig Wagner von den Plätzen zu erheben. Er ist nach längerer Krankheit mit 82 Jahren in Trier gestorben. Er war bei uns als Mitglied von 1983 bis 1991. Wir trauern mit seiner Familie um Carl-Ludwig Wagner.

Meine Damen und Herren, diejenigen, die ihn kennenlernen durften, haben einen vielseitigen Mann kennengelernt, der leise Töne anschlug, aber sachliche Kontroversen nicht scheute, der seine Standpunkte selbstbewusst vertrat.

Wir haben von einem Juristen gehört, der es verstand, mit Sachlichkeit und Seriosität, mit Augenmaß und Verlässlichkeit Recht zu interpretieren, und von einem Finanzpolitiker, der das politische Europa, das friedliche Europa in den Vordergrund seiner Arbeit gestellt hat.

Wir erinnern uns daran, dass Carl-Ludwig Wagner unserem Land und unserer Demokratie lebenslang gedient hat. Wer weiß schon, dass er als junger Jurastudent ein Jahr lang Geschäftsführer bei der CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag in der zweiten Wahlperiode gewesen ist? Der Landtag war gerade aus Koblenz hier angekommen.

Als Beamten im Generalsekretariat des Europäischen Parlaments in Luxemburg haben wir, die wir aus der Trierer Gegend kommen, ihn kennengelernt, und dann natürlich als Bundestagsabgeordneten. Ganz besonders werden sich sicher viele an den Oberbürgermeister der Stadt Trier erinnern, den späteren Landtagsabgeordneten, den Europabeauftragten, der Mann, der Justiz- und Finanzminister und schließlich Ministerpräsident war.

Wir denken an all die Dinge, die er auf den Weg gebracht hat, aber auch an das Unglück, das in seiner Zeit passiert ist, in der wir uns alle im Landtag bemüht haben, die Dinge einigermaßen zu ordnen: Ramstein, die Proteste gegen den Nato-Doppelbeschluss, die schwierigen Wochen nach dem Herbst 1989. – Er hat gewusst, dass wir Rheinland-Pfälzer ein Stück Europa und die Drehscheibe des neuen Europas werden, hat es aber auch verbunden mit dem Aufbau einer Partnerschaft mit Fujian in China. Er hat Ende der 80er-Jahre den Beginn der Konversion eingeleitet, und er hat mit dazu beigetra-

gen, dass wir ein anderes Wahlrecht bekommen haben. Einmal noch nach 1991 hat er in Thüringen Verantwortung übernommen und dafür gesorgt, dass unser Partnerland dort bessere wirtschaftliche Bedingungen bekommt.

Wir danken Carl-Ludwig Wagner für den Einsatz, den er uns gezeigt hat. Wir werden ihn am Freitag in Trier beerdigen.

Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Meine Damen und Herren, zum schriftführenden Abgeordneten habe ich den Abgeordneten Marcel Hürter berufen. Geburtstag hatte Frau Kollegin Monika Fink. Sie hat einen runden Geburtstag gefeiert, und ich habe sie gefragt, ob ich sagen darf, dass es der 60. Geburtstag war. Sie sagte Ja. Herzlichen Glückwunsch, Monika Fink!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, zur Tagesordnung, ehe ich Sie bitte, ihr zuzustimmen: An dem Tag, als mir die Landesregierung am 19. Juli mitteilte, dass sie die Insolvenz anmelden würde, haben wir im Landtag eine Drucksache erstellt, um Sie zu informieren. Ich selbst habe die Fraktionen am selben Tag angerufen und gefragt, ob eine Sondersitzung, wie in der Zeitung angekündigt, vorbereitet werden solle. Das wurde im Prinzip bejaht, es lag jedoch noch kein Antrag mit den entsprechenden Unterschriften vor.

Daraufhin schlug ich vor, dass ich nach § 21 Abs. 4 einladen und die Fraktionen noch einmal anrufen und fragen werde, ob wir zu einem bestimmten Zeitpunkt – am besten übereinstimmend – diese Veranstaltung heute machen können. Die Übereinstimmung bezüglich des Termins kam nicht zustande, wohl jedoch bezüglich des Anliegens. Daraufhin habe ich am 19. Juli eingeladen.

Die CDU-Fraktion hat mir dann am 24. Juli einen Antrag mit den entsprechenden Unterschriften vorgelegt – das können Sie der Drucksache 16/1445 entnehmen – und zusätzlich noch einen Antrag zum Rechnungshof eingereicht, den Sie auch auf der Tagesordnung finden.

Meine Damen und Herren, ich muss Sie bei einer solchen Einladung fragen, ob Sie die Anberaumung dieser Sitzung für heute bejahen. Wer dies bejaht, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig der Fall.

Herzlichen Dank.

Die Beschlussfassung über die Tagesordnung sieht nun vor:

Erstens: Beschluss des Ministerrats zur möglichen Insolvenz der Nürburgring GmbH.

Zweitens: Verantwortung der Landesregierung für die Insolvenz der Nürburgring GmbH und finanzielle Folgen für den rheinland-pfälzischen Landeshaushalt.

Drittens: Gutachtliche Prüfung des „Zukunftskonzepts Nürburgring“ durch den Landesrechnungshof.

Gibt es gegen diese Tagesordnung Einwände? – Dann ist sie so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die eine oder andere Spekulation über die Frage der Rechte von Abgeordneten ging durch Presse, Funk und Fernsehen. Das muss man leider sagen. Leider hat keiner das wichtigste Buch für den Landtag in die Hand genommen, die Verfassung. Alle Sachgutachten, Hinweise und Stellungnahmen können ganz einfach durch die Verfassung geklärt werden.

Ich lese Ihnen nur einen Artikel vor. Unsere Verfassung bestimmt in Artikel 93: „Kein Abgeordneter darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Mandats getanen Äußerungen gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.“

Falls also in irgendeinem Papier gemeint gewesen wäre, dass unter den Personen auch Abgeordnete wären, dieses kleine Buch, das jeder Abgeordnete hat, widerlegt dies.

(Präsident Mertens hält ein Buch hoch)

Ich denke, damit ist die Angelegenheit geklärt und hoffentlich auch erledigt.

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zu der vorhin beschlossenen Tagesordnung.

Ich rufe die **Punkte 1, 2 und 3** der Tagesordnung zur gemeinsamen Beratung auf:

**Beschluss des Ministerrats zu möglichem Insolvenzantrag der Nürburgring GmbH
Unterrichtung durch den Präsidenten
des Landtags**

– Drucksache 16/1438 –

**Verantwortung der Landesregierung für die Insolvenz der Nürburgring GmbH und die finanziellen Folgen für den rheinland-pfälzischen Landeshaushalt
Unterrichtung durch den Präsidenten
des Landtags**

– Drucksache 16/1445 –

**Gutachtliche Prüfung des „Zukunftskonzepts Nürburgring“
durch den Landesrechnungshof
Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksache 16/1455 –

Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung als erstes berichtet. Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Beck, Ministerpräsident:

Vielen Dank, Herr Präsident.

Verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist in der Einleitung des Herrn Präsidenten deutlich geworden, dass die Landesregierung als 90-%-Eigentümer der Nürburgring GmbH den Gesellschafter und die Gesellschafterversammlung gebeten hat, auf die Geschäftsführung der Nürburgring Gesellschaft zuzugehen und beim Amtsgericht eine geordnete Insolvenz zu beantragen.

Wie es dazu gekommen ist, will ich Ihnen nach intensiven Beratungen heute Vormittag in den Ausschüssen noch einmal in groben Zügen darstellen. Lassen Sie mich jedoch zunächst deutlich machen, dass an niemandem in der Landesregierung und an mir am allerwenigsten eine solche Entscheidung spurlos oder ohne tiefes Nachdenken vorbeigegangen ist und vorbeigeht. Lassen Sie mich deutlich machen, dass in diesem Land Rheinland-Pfalz in der Zeit meiner Verantwortung als Regierungschef – das sind jetzt bald 18 Jahre –, aber auch als Fraktionsvorsitzender und vorher als Abgeordneter die Interessen dieses Landes, seiner Bürgerinnen und Bürger immer absolut im Vordergrund gestanden haben und ich meinen Amtseid sehr ernst genommen habe und nehme.

Lassen Sie mich jedoch auch deutlich machen, dass mir gerade entlang dieser Geschichte einer neuen Investition und eines gewollten Aufbruchs am Nürburgring unter dem Stichwort „Nürburgring 2009“ deutlich geworden ist, dass man, selbst wenn man sich selbst Sorgfalt attestiert, nicht ohne Fehler bleibt. Es sind in diesem Zusammenhang Fehler gemacht worden. Es sind Fehler gemacht worden, die etwas damit zu tun haben, dass man zunächst Besucherzahlen am alten Ring gemeldet hat, die offensichtlich nicht tatsächliche Zahlen waren. Es sind Fehler gemacht worden, die darauf beruhten, dass Prognosen von Wirtschaftsinstituten erstellt worden sind, die Zukunftsentwicklungen und Besucherzahlen zugrunde gelegt haben, die übersetzt waren. Es sind dann auch noch Fehler bei der Finanzierung passiert, einer Privatfinanzierung, die nicht funktioniert hat.

Dazu gekommen sind, wie es häufig ist, wenn etwas nicht rund läuft, Baukostensteigerungen in Größenordnungen von 80 Millionen Euro, die keinesfalls akzeptabel sind. Dafür gab es Verhaltensweisen von Firmen, die dort gearbeitet haben, die noch durch Gerichte untersucht werden. Aber es gab auch objektive Gesichtspunkte, die etwas mit Baustahlpreissteigerungen in gigantischer Höhe usw. zu tun haben.

Nichtsdestoweniger: Für das, was im Auftrag einer Tochtergesellschaft des Landes Rheinland-Pfalz, in diesem Fall einer 90-%igen Tochter des Landes Rheinland-Pfalz, geschieht, hat die Politik Verantwortung. Die politische Gesamtverantwortung liegt bei mir. Das war so, und das ist und bleibt so.

Ich will deshalb die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, besonders in der Region um den Nürburgring und ganz besonders die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den verschiedenen Nürburgring-Gesellschaften, um Entschuldigung bitten, dass wir sie in eine solche Unsicherheit geführt haben.

Meine Damen und Herren, Sie können mir glauben, dass ich mich in den vergangenen Jahren hundertmal gefragt habe, ob ich zu einem Zeitpunkt aus der damaligen Sicht eine andere Entscheidung hätte treffen sollen.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Es waren zwar nicht meine unmittelbaren Entscheidungen, die zu treffen waren. Das ändert aber nichts an der politischen Gesamtverantwortung der Führung einer Landesregierung.

Ich weiß heute, dass diese Fehler objektiv da waren. Ich könnte immer noch nicht die Zeitpunkte benennen, wo ich aus damaliger Sicht hätte sagen können: Jetzt – – –

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Ich kann heute noch nicht nach Prüfung von mir selbst aus der jeweiligen damaligen Sicht erkennen, wo ich hätte sagen müssen oder gar können,

(Licht, CDU: Weil Sie es nicht hören wollten! Das war der Grund! Sie wollten es nicht hören!)

wo ich hätte objektiv sagen können: Jetzt werden bestimmte Entscheidungen von Ressorts oder von Geschäftsführungen politisch angehalten mit allen Folgen, die damit verbunden sind.

(Baldauf, CDU: Wer hat denn die Richtlinienkompetenz?)

Ich will das in aller Deutlichkeit sagen: Das ändert nichts an der Gesamtverantwortung.

(Licht, CDU: Ja! –
Zuruf von der CDU: So ist das!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird jetzt sicherlich wiederholt, was öffentlich deutlich gemacht worden ist, nämlich mein Rücktritt gefordert. Natürlich befasst man sich auch mit einer solchen Frage. Ich sehe zu einer solchen Konsequenz deshalb keinen Anlass,

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

weil es meine Aufgabe ist, dieses Land im Auftrag der Wählerinnen und Wähler zu führen und dort, wo Probleme entstanden sind, auch aufgrund von politisch zu verantwortenden Fehlern, die gemacht worden sind, daraus wieder eine Zukunftsperspektive entstehen zu lassen.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Diesen Weg will ich gehen, und dafür stehe ich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

in den Jahren meiner Regierungsverantwortung

(Licht, CDU: Immer die Moral bei anderen eingefordert!)

annähernd 700 große Projekte und größte Projekte, im Wesentlichen

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

– ich werde Ihnen nicht antworten – Projekte, die etwas mit dem Abzug amerikanischer, französischer Streitkräfte und der Bundeswehr zu tun hatten, abgewickelt,

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU –
Weitere Zurufe aus dem Hause)

wobei auch einmal Fehler passieren können.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Wer könnte von sich behaupten, dass ihm bei so vielen Projekten nie ein Fehler unterläuft? Den müssen Sie mir erst einmal zeigen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Zurufe von der CDU –

Baldauf, CDU: Jetzt haben wir hier Konversionspolitik!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will deutlich machen, dass es darum geht, noch einmal einen Blick auf die einzelnen Schritte, um die es ging, zu werfen. Wer sich die Geschichte des Nürburgrings in Erinnerung ruft, weiß: Von Anfang an, schon als die Planungen zu Kaisers Zeiten vorgenommen worden sind, ging es darum, den Ring aus rein strukturpolitischen Gründen in diese Region Nürburg zu bauen.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU, und der Abg.
Frau Thelen, CDU)

Hätte man andere Gründe gewählt, nämlich in ein Ballungsgebiet zu gehen, wäre man dort nicht hingegangen. Diese Gründe, strukturpolitische Impulse im Bereich Ahr zu setzen, waren damals richtig, sie waren richtig, als die Formel-1-Strecke gebaut worden ist, obwohl dann die Formel 1 über viele Jahre nicht gefahren ist, und sie sind dem Prinzip nach richtig gewesen, als es darum ging, bei einer steigenden Konkurrenz hinsichtlich solcher Rennstrecken auf der Welt und im größer gewordenen Europa die Zukunftsfähigkeit und die Chancen zu verbessern.

(Bracht, CDU: Altersmodell zugrunde gelegt!)

Diese Grundüberlegung ist nach wie vor richtig. Es gilt, in solche Regionen Menschenströme und mit ihnen auch Geldströme zu lenken, um Impulse in die Wirtschaft zu setzen.

(Bracht, CDU: Das haben Sie jetzt geschafft! –
Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist heute klar, dass, wenn die Entscheidung erneut zu treffen wäre, sie in deutlich kleineren Dimensionen stattfinden würde.

(Bracht, CDU: Aha! Wieso damals nicht?)

Und es ist auch klar, dass eine Reihe von Zwischenschritten, die gegangen worden sind, heute nicht mehr gegangen würden. Dennoch bleibe ich dabei: Es war prinzipiell richtig und notwendig, in das eigene Eigentum zu investieren. Die Fehler machen diese Grundüberzeugung nicht falsch.

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach der gescheiterten Privatfinanzierung ging es darum, erneut einen Weg in die Zukunft zu finden.

(Bracht, CDU: Den habt ihr ja gefunden!)

Eines möchte ich an dieser Stelle allerdings auch sagen. Ich lese immer wieder und höre Behauptungen, das alles sei geschehen, weil der Nürburgring mein persönliches Prestigeobjekt sei.

(Zuruf von der CDU: Sicher! –
Pörksen, SPD: So ein Quatsch!)

Ich will Ihnen in aller Deutlichkeit sagen: Wenn in den vielen Jahren meiner politischen Arbeit etwas für mich Prestigeobjekt war, dann ging es um Entscheidungen darüber,

(Zuruf von der CDU)

wie junge Menschen in diesem Land, unabhängig davon, aus welchem Elternhaus sie kommen, alle Bildungsgänge, die unser Staat bereithält, erreichen können. Das sind für mich Prestigefragen der Politiker, die handeln, und meine Prestigemaßstäbe und nicht irgendein Bauwerk. So habe ich nie gedacht. Ich bitte, mir das abzunehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Bracht, CDU: Dafür haben Sie jetzt ja Zeit! –
Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Ich will fortführen – –

(Zurufe von der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren!

Beck, Ministerpräsident:

Frau Kollegin, auch wenn mir der Vogel gezeigt wird, werde ich ruhig weiterreden.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

– Sie haben mir gerade den Vogel gezeigt. Ob das Politik ist, weiß ich nicht. Aber das müssen Sie für sich selbst ausmachen.

(Baldauf, CDU: Ich kann mich gut erinnern!)

Ich will fortfahren in dem, was die nächsten Schritte gewesen sind. Wir haben im März 2010 einen Neuanfang gesucht und einen Ansatz gewählt, der auf der Grundlage – – –

(Bracht, CDU: Zugesagt haben! Sagen Sie das mal
zuerst! –
Zurufe von der CDU)

– Ich bin ja nur ruhig, damit die Leute hören, was ich sagen möchte.

Wir haben im März 2010 einen neuen Anfang gewählt auf der Grundlage eines Gutachtens, übrigens des viergrößten Wirtschaftsprüfungsinstituts der Welt.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Dort war unter anderem eine Trennung von Besitz und Betrieb empfohlen und, den Betrieb in einer Hand zusammenzuführen. Das waren die Empfehlungen. Diese Empfehlungen haben wir beraten und sind ihnen gefolgt. Auf der Grundlage dieser Empfehlungen ist dann auch der Vertrag mit Herrn Lindner und Herrn Richter bzw. den Firmen, für die sie stehen, gemacht worden.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ja in die Diskussion eingeführt worden, ob denn das vorwerfbar gewesen wäre und es für diese Entscheidung eine ausreichende wirtschaftliche Begründung gegeben hätte. Dazu will ich zunächst sagen: Für mich waren und bleiben immer der regionalpolitische Aspekt und der Infrastrukturaspekt beim Nürburgring wie an vielen anderen solcher Punkte im Vordergrund. Deshalb war es nie anders – wenn Sie die Reden nachlesen, können Sie das feststellen; ich habe sie noch einmal überprüfen lassen –, als dass ich diesen Infrastrukturasatz immer als erstes genannt habe. Ich glaube, das sollte auch in der Zukunft so bleiben.

Natürlich erwartet man dann, dass aus dem wirtschaftlichen Betrieb so viel wie nur möglich erwirtschaftet wird und aus dem laufenden Betrieb möglichst Zinsen, Tilgungen und Abschreibungen erwirtschaftet werden können. Aber in einer großen Zahl von Maßnahmen, die das Land oder auch Kommunen in Gang gebracht haben, kann das nicht erreicht werden. Trotzdem trifft man solche Infrastrukturentscheidungen.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Ich beziehe mich jetzt erneut auf die Zusammenfassung des Gutachtens. Ich kann das kurz machen, weil es heute Morgen in den Ausschussberatungen schon einmal sehr ausführlich dargelegt worden ist. In diesem Gutachten, das letztendlich der Entscheidung der Landesregierung beratend zugrunde lag, ist unter anderem als Kernaussage ausgeführt:

Erstens: Die Eigentumsgesellschaft wird ihren Zahlungsverpflichtungen nach der Einschwingphase aus eigener Kraft nachkommen können.

(Bracht, CDU: Wie lange soll die dauern? –
Pörksen, SPD: Wissen Sie doch!)

– Dazu komme ich auch noch, Herr Bracht. Einen Moment Geduld bitte. Ich komme zu dem Stichwort.

Zweitens: Es wird keine nachhaltige finanzielle Unterstützung mit Steuermitteln erforderlich sein.

(Frau Thelen, CDU: Tagträume!)

– Nicht ich, die viertgrößte Gutachterfirma der Welt.

Drittens: Die Pachteinnahmen der Eigentumsgesellschaft übersteigen Zinsen und Tilgung bereits 2015.

Viertens: Der konsolidierte Cashflow wird bereits ab 2017 positiv.

Fünftens: Die unterstellten Pachteinnahmen liegen unter der Leistungsfähigkeit der Pächter.

(Frau Thelen, CDU: Wer hat diesem Gutachter denn die Zahlen geliefert?)

Also, das Unternehmen wäre nach diesem Gutachten erfolgreich.

Sechstens: Das konsolidierte Gesamtergebnis wird ab 2019 positiv sein.

Dann wird noch dargestellt, dass bis 2019 allerdings die Eigenkapitalsituation negativ verläuft. Das wiederum ist als ein Sachverhalt dargestellt worden, der sich danach durch entsprechende Entscheidungen wieder deutlich verbessert.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Das war die wirtschaftliche Einschätzung, die uns vorlag. Wir haben die infrastrukturelle und die politische Einschätzung für die Region hinzugefügt und die Entscheidung getroffen, diesen Pachtvertrag zu Ende auszuverhandeln und ihm zuzustimmen.

(Zurufe der Abg. Bracht und Frau Thelen, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will gern darauf hinweisen, dass wir natürlich darüber diskutiert haben und auch die Frage eine Rolle gespielt hat: Gibt es andere alternative Möglichkeiten, um in der Eifel mit weniger oder mit dem gleichen Geld ähnliche Effekte für die Menschen und für die dortige Wirtschaft zu erzielen? – Trotz vieler Umfragen, Anfragen und Gespräche sind natürlich Vorschläge gemacht und auch umgesetzt worden, z. B. im Ahrtal Fremdenverkehrsverbesserung und vieles andere mehr. Aber nichts hat annähernd die Dimension der Möglichkeiten, wie sie dargestellt waren und – ich hoffe und bin zuversichtlich – auch sind, die der Nürburgring auf Dauer für die Region bietet.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Deshalb diese Entscheidung.

Lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt kommen, der mich doch sehr berührt hat. Es ist behauptet worden, über diese Entscheidung sei sozusagen am Parlament und an der Öffentlichkeit vorbei gehandelt worden und wir hätten die Öffentlichkeit vor der Landtagswahl getäuscht.

(Licht, CDU: So ist das!)

Ich habe hier die Zusammenfassung all der Sitzungen, die seit diesem März, dieser März-Entscheidungen, zu diesem Thema in öffentlichen Ausschusssitzungen – ich lasse den Untersuchungsausschuss deshalb weg, weil ich nicht selbst unterscheiden kann, was war da öffentlich, was war nicht öffentlich –, aber ich rede von öffentlichen Ausschusssitzungen und Parlamentssitzungen. Es sind – ich kann es Ihnen auch im Einzelnen vortragen – 15 Sitzungen in diesem Zeitraum vor der Landtagswahl gewesen.

(Frau Beilstein, CDU: Nur weil wir gebohrt haben! –
Dr. Mittrücker, CDU: Nichts haben Sie geantwortet! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Es gab 24 Landtagssitzungen, davon stand auf 10 dieser Plenarsitzungen, die bekanntlich wie auch die Ausschusssitzungen öffentlich sind, dieses Thema auf der Tagesordnung.

(Dr. Weiland, CDU: Von dem, was Sie damals gesagt haben, hat nichts gestimmt! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Ich bzw. meine Mitarbeiter haben sich die Mühe gemacht, in das Handarchiv zu greifen und mir die Presseberichterstattung aus dieser Zeit, soweit sie auf einen ersten Griff von rein rheinland-pfälzischen Medien zu greifen war, mitgebracht. Es sind 32 Presseberichterstattungen zu genau diesem Thema in dieser Zeit in rheinland-pfälzischen Zeitungen. Da sind das Fernsehen und der Hörfunk nicht mitgerechnet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte schön, wie wollen Sie jemandem ernsthaft erzählen bei der Breite der Diskussion, parallel zu einem Untersuchungsausschuss zu diesem Thema wäre dies an der Öffentlichkeit vorbeigeschleust worden seitens der Landesregierung? Ich weise das in aller Klarheit und Deutlichkeit zurück.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

– Meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was eben als Zwischenruf gemacht worden ist, „Einschwingphase“ und so weiter, war mir, wie ich zugeben muss, vor diesen Ereignissen auch ein neuer Begriff. Ich rate Ihnen, wenn Sie Fragen haben und sagen, dass alles ist nicht aufgeklärt, darüber ist nicht öffentlich geredet worden, einfach die Protokolle Ihrer eigenen Sitzungen noch einmal anzuschauen.

45. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, öffentliche Sitzung, am 28. September 2010, eine klare und deutliche Auseinandersetzung mit der Frage: Was sind Neuinvestitionen, 330 Millionen, was sind alte Belastungen, die nicht an den neuen Verpächter bzw. auf die neue Form übertragen werden? – Dort ist Ihnen auch dargestellt worden, dass die Formel-1-Kosten durch das neue Verfahren und den neuen Vertrag nicht erwirtschaftet werden können, wie übrigens offensichtlich in fast aller Welt bei Formel-1-Rennen nicht, wenn das, was der „stern“ vor einigen Wochen veröffentlicht hat, richtig ist. Ich bin sicher, dass es richtig ist, dass an anderen Rennstrecken Risikozuschüsse teilweise deutlich höher als bei uns gezahlt werden.

(Zurufe von der CDU)

Am 18. Januar ist in der Wirtschafts- und Verkehrsausschusssitzung – ebenfalls öffentliche Sitzung – diese Frage der Einschwingphase,

(Schreiner, CDU: Keinen Euro Steuergelder!)

wie viel zu erwirtschaften ist, im Detail dargestellt worden.

Ich rate nur, bevor wir uns gegenseitig vorwerfen, wir hätten nichts gewusst oder die Öffentlichkeit hätte nichts erfahren, doch wenigstens die Fakten zur Kenntnis zu nehmen, meine Damen und Herren.

(Dr. Wilke, CDU: Wahrheit!)

Präsident Mertes:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Weiland?

Beck, Ministerpräsident:

Ja, natürlich.

Präsident Mertes:

Herr Kollege Weiland.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Danke, Herr Präsident.

Herr Ministerpräsident, erinnern Sie sich daran, in welcher dieser zahlreichen Sitzungen, in der wir zwar über den Nürburgring gesprochen haben, aber – sagen wir einmal – aus heutiger Sicht nur sehr bedingt informiert wurden, Sie dem Hohen Hause erklärt haben, dass für die Finanzierung des Nürburgrings keine Steuergelder verwendet werden?

(Beifall bei der CDU)

Beck, Ministerpräsident:

Ich habe diese Aussage im Zusammenhang mit dem Gutachten gemacht, das ich Ihnen gerade eben in sie-

ben Punkten zitiert habe. Wenn dort dieses viertgrößte Wirtschaftsprüfungsunternehmen der Welt sagt, die Pachteinnahmen der Eigentumsgesellschaft übersteigen Zinsen und Tilgung bereits 2015, dann durfte ich damals davon ausgehen, dass das eine gerechtfertigte Aussage ist. Sie galt zu diesem Zeitpunkt.

Zu diesem Zeitpunkt konnte weder ich noch konnten Sie noch andere wissen, dass die Pächter ihre Pacht nicht in vollständigem Umfang zahlen, was derzeit zur rechtlichen Auseinandersetzung führt.

(Baldauf, CDU: Das stimmt doch alles gar nicht! – Weitere Zurufe von der CDU)

Aussagen kann man immer nur vor einem gesicherten Hintergrund machen. Aber wenn das kein gesicherter Hintergrund in der Politik ist, dann gibt es keinen, weder in der Politik noch in der Wirtschaft noch in anderen Bereichen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren – – –

(Abg. Licht, CDU, meldet sich zu Wort!)

– Nein, Herr Licht, ich möchte jetzt ein paar Sätze im Zusammenhang sagen. Später gerne.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da die Pachtzahlungen nicht in vollem Umfang geleistet worden sind, was wir jetzt rechtlich klären – – –

(Zurufe von der CDU)

– Wenn ich jetzt diese Rede halte, verstehe ich immer mehr, wie schwer es Grundschullehrerinnen und -lehrer vor ihren Klassen haben.

(Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Bürgerinnen und Bürger, nachdem die Pachtzahlungen wider eines geltenden Vertrages nicht und dann nicht in vollem Umfang gezahlt worden sind, ist diese wirtschaftliche Grundlage natürlich nicht mehr vorhanden gewesen. Es war dann klar – das hat sich mit dem zusammengefügt, was die rot-grüne Landesregierung vereinbart hatte –, einen Neuanfang zu machen und eine EU-konforme Lösung zu suchen. Diesen Ansatz haben wir gewählt.

Zunächst hat Herr Kollege Lewentz das getan, was seines Amtes ist, gemahnt. Es hat Gespräche gegeben.

(Zurufe von der CDU)

– Ja es ist nun einmal so, dass man, wenn man einen Anspruch hat, zuerst mahnen muss, bevor man ihn gerichtlich geltend machen kann.

Dann haben wir ihn gerichtlich geltend gemacht und dann gekündigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist gelungen – ohne diesen Insolvenzantrag wäre das abgeschlossen, und ich hoffe, es wird jetzt auch von den jetzt Verantwortlichen abgeschlossen –, eine entsprechende Vereinbarung über den Ausstieg der bisherigen Pächter zum 31. Oktober zu finden

(Billen, CDU: Was kostet die den Steuerzahler?)

und dann eine EU-konforme Ausschreibung zu machen und mit neuem Pächter oder Käufer in die Zukunft zu gehen.

(Bracht, CDU: Fällt Ihnen spät ein, dass man die EU einschalten muss!)

In der Zwischenzeit hat die Europäische Kommission ihr Wettbewerbsverfahren eingeleitet, wie an Hunderten von anderen Stellen in Europa im Übrigen auch. Das war allerdings der Zeitpunkt, zu dem wir nach den europäischen Regeln nicht mehr selbst handeln durften, sondern die einzelnen Schritte notifizieren mussten. Es war klar, bei der verminderten Pacht wird die Nürburgringgesellschaft Ende Juli zahlungsunfähig sein. Um dies zu vermeiden und unser Konzept umzusetzen, aus eigener Kraft eine Erneuerung zu erreichen, haben wir die sogenannte Rettungsbeihilfe beantragt, bei der es wohlge-merkt nicht darum ging, Geld von Europa zu bekommen, sondern im Haushalt bereitgestelltes Geld für die Übergangsphase, bis der Neuanfang möglich ist – Ausschreibungsfristen etc. –, die Finanzierung, sicherzustellen.

(Zurufe von der CDU)

Darüber hat die Europäische Kommission nicht entschieden.

(Zuruf von der CDU: Die war schuld!)

Diese Nichtentscheidung hatte für uns den gleichen Effekt wie eine negative Entscheidung; denn damit ist oder wäre, wenn wir nicht gehandelt hätten, der Insolvenzfall von selbst eingetreten.

Über diese Beurteilung haben Frau Lemke und ich vor der Presse geredet, und das hat nichts damit zu tun, dass die Gründe, die ich für die Problematik eben noch einmal wiederholt habe, auf Dritte abgeschoben werden. Es hat aber schon etwas mit der Frage zu tun, ob es in einem Rechtsstaat eine Ebene geben darf, die durch Nichtentscheiden irreversible Folgen herbeiführt, gegen die man sich weder gerichtlich noch auf andere Weise zur Wehr setzen kann. Das gibt es in einem Rechtsstaat sonst nirgendwo. Mit dieser Frage werden wir uns auseinandersetzen müssen, politisch und rechtlich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Bracht, CDU: Eine teure Erkenntnis!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insoweit geht es jetzt darum, dass wir, nachdem wir diesen Schritt zu einer geordneten Insolvenz gegangen sind, das Gericht eine eigentümergeführte Insolvenz angeordnet hat, was ein gutes Zeichen ist, das tun, was jetzt in unseren Möglichkeiten steht, um die jetzt Verantwortlichen, den neu-

en Geschäftsführer und denjenigen, der vom Gericht eingesetzt ist, in ihrem Bemühen zu unterstützen, eine neue Perspektive für den Ring zu schaffen.

Wir sind in dieser Angelegenheit Gläubiger und nicht rechtlos bis auf normale Außenstände, die unstreitig sind, und die zuvor bedient werden.

Ich will im Übrigen auch sagen, meine Kolleginnen und Kollegen können Ihnen bestätigen, bei all den Beratungen mit den Rechtsanwälten und den Diskussionen war meine erste Frage, was das für die Handwerker und die Dienstleister bedeutet, die noch Rechnungen ausstehen haben, was es für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet.

(Zurufe von der CDU: Ah!)

– Es mag Ihnen fremd sein, dass man so etwas fragt.

Erst als klar war, es wird von denen niemand Schaden nehmen, haben wir diesen Weg gewählt, meine Damen und Herren.

(Baldauf, CDU: Sie sind das Problem! – Weitere Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen, es gibt eine Gläubigerversammlung. Jetzt gibt es eine vorläufige Gläubigerversammlung, in der die ISB die Interessen des Landes vertritt. Insoweit haben wir darüber natürlich Möglichkeiten.

(Frau Klöckner, CDU: Sie vertreten Ihre eigenen Interessen!)

Da wir eine eigentümergeführte Insolvenz haben, ist der Geschäftsführer beauftragt, mit uns zusammenzuarbeiten. Das tut er. Es hat Gespräche gegeben. Ich werde mit Herrn Professor Dr. Schmidt am Montag zusammentreffen, um weitere Gespräche zu führen. Das ist alles sauber im Rahmen des Verfahrens, wie es das Gericht vorgelegt hat und wie es Vorgabe ist.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren – – –

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Mein lieber Herr Bracht, der Geschäftsführer und der Sachwalter, wie er heißt, werden die Interessen der Gläubiger abwägen, und das sind wir nun einmal auch. Nur, dass wir da nicht alles durcheinander bringen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ich will noch einmal deutlich sagen, wir werden alles in unserer Kraft Stehende tun, um das, was bisher erarbeitet war und in unsere Eigenlösung eingeflossen wäre, jetzt den Insolvenzbeauftragten an die Hand zu geben, sodass sie darauf aufbauen können.

Sie haben in einer Pressekonferenz und in Gesprächen signalisiert, dass sie dies tun. Natürlich aus Ihrer Verantwortung heraus, sodass die Vorarbeit entsprechend genutzt werden kann.

Es ist ein gutes Zeichen, dass gestern die Vereinbarung über „Rock am Ring“, das Festival für zwei Jahre weiterlaufen zu lassen, getroffen wurde, weil von dem Kündigungstermin kein Gebrauch gemacht worden ist, wie uns und der Öffentlichkeit mitgeteilt worden ist.

Heute laufen die Gespräche mit dem ADAC um die entsprechenden Rennen: 24-Stunden-Rennen, Truck Grand Prix und was noch dazugehört. Der AvD hat sich heute öffentlich geäußert, dass er seine Veranstaltungen weiterhin am Ring plant.

Wir können den Arbeitnehmerinnen und -nehmern und den Menschen in der Region in der Eifel sagen, es gibt realistische gute Chancen, dass dort weiterhin die Aktivitäten stattfinden, die wir brauchen, um die Impulse in die Region zu geben.

Das Verfahren selbst wird sich sicherlich auf einige Jahre hinziehen, wie das den Üblichkeiten entspricht. Ich glaube aber, dass man, wenn man die handelnden Personen kennt, sagen darf, niemand sagt, eine Insolvenz sei jetzt einmal ein schöner Weg, damit das Missverständnis nicht wieder hochkommt, das heute Morgen im Ausschuss schon einmal so unterstellt worden ist.

(Baldauf, CDU: Das war Herr Lewentz!)

– Nein, das hat Herr Lewentz nicht gesagt, das haben Sie ihm heute Morgen unterstellt. Er hat es richtiggestellt, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, aber wenn man den Fall hat, muss man daraus das Beste machen. Unsere Verantwortung – dafür werde ich arbeiten, dafür wird diese Landesregierung arbeiten – ist, dass wir aus dieser Situation das Beste machen mit all unseren Kräften und Möglichkeiten.

(Zurufe von der CDU)

– Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, dass Ihre Reaktionen deshalb so ausfallen, weil Sie sich das aus parteipolitischen Gründen nicht wünschen. Das kann und will ich mir nicht vorstellen, meine Damen und Herren. Wir auf jeden Fall und die Menschen wollen, dass das Projekt erfolgreich wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Zurufe von der CDU –

Frau Schneider, CDU: Sie haben den Karren an die Wand gefahren! –

Baldauf, CDU: Großspurigkeit!)

Eines füge ich noch hinzu: Natürlich wird die Landesregierung ihre Aufgaben weiter wahrnehmen. Es sollte niemand durch die zugespitzte Berichterstattung an-

nehmen, dass wir unsere großen Herausforderungen aus den Augen verlieren: Das ist, die Schuldenbremse umzusetzen. Das wird geschehen. Das ist, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik weiterhin so zu führen, dass das Land Rheinland-Pfalz mit an der Spitze der Länder in der Bundesrepublik Deutschland steht.

(Zurufe von der CDU)

– Ja, das sind wir, exakt.

Wir werden unsere Arbeit so weiterführen, dass wir die große Herausforderung der Energiewende bewältigen und damit Zukunftsfähigkeit schaffen.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Wir werden die Herausforderungen der altersmäßigen Zusammensetzung der Gesellschaft, die sich dramatisch nach oben verändert, annehmen und weiterhin daran arbeiten.

Davon werden wir uns nicht ablenken lassen. Das heißt nicht, dass unsere Arbeit und unsere Kraft nicht auch der Lösung dieses Problems gelten werden.

Ich bitte Sie, daran mitzuarbeiten. Ich bin zuversichtlich, dass das auch geschehen wird. Ich bin durchaus optimistisch, dass wir bereits in einigen Monaten und auf jeden Fall in einigen Jahren von einer deutlich zuverlässigeren Situation ausgehen können.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Baldauf, CDU: Das haben Sie schon öfter gesagt!)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Mitarbeitervertreterinnen und -vertreter der Nürburgring GmbH sowie Vertreter von ver.di. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, wenn ich jetzt der Kollegin Frau Klöckner das Wort erteile, möchte ich zuerst noch sagen, wenn ich die etwas robuste Resonanz des Parlaments heute nicht gerügt habe, dann einfach aus dem Grund, dass die Leidenschaft in einer solchen Debatte nun einmal vorhanden ist. Ich will es auch in Zukunft jetzt so halten. Nicht jeder Zwischenruf ist eine Störung. Ich bin auch sicher, der Ministerpräsident ist nach so vielen Jahren der Arbeit robust genug, das auszuhalten.

Bitte schön, Frau Abgeordnete Klöckner.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Sondersitzung des

Landtags findet nur in sehr außergewöhnlichen Fällen statt. Es ist kein Instrumentarium, das man leichtfertig einfach so nutzt. Diese Sondersitzung ist aber dringend nötig in Ferienzeiten.

(Beifall des Abg. Baldauf, CDU)

Warum? – Da es ein einmaliger Vorgang ist, eine Insolvenz einer nahezu landeseigenen Gesellschaft, da viele Millionen Euro Steuergelder vernichtet worden sind, da unser Haushalt in eine dramatische Schieflage kommt, da eine ganze Region, Unternehmer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ganz großer Sorge sind und weil die landeseigene Förderbank in Not ist. Ihre Aufgabe ist es, Mittelständler zu fördern. Das ist gefährdet.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU-Fraktion hätte sich eine Sondersitzung durchaus zu einem früheren Zeitpunkt gewünscht und begrüßt, nicht erst zwei Wochen nach Bekanntwerden der Pleite, zwei Wochen nach der Pressekonferenz der Landesregierung, aber es war der Wunsch von Rot-Grün, sich Zeit zu lassen und erst später zusammenzukommen.

Gut, Sie haben die Mehrheit in diesem Haus.

(Pörksen, SPD: Das bleibt auch so!)

Ihrem, nicht unserem Terminwunsch, den ich auch vermittelt hatte, wurde vonseiten des Landtagspräsidenten stattgegeben. Das kann man so machen, muss man aber nicht so machen.

Dass es der CDU ernst ist mit dieser Sondersitzung, zeigt, dass wir einen entsprechenden Antrag mit den notwendigen Unterschriften in der Ferienzeit eingereicht haben, und das zeigt auch, dass meine CDU-Fraktion heute komplett hier ist.

(Beifall der CDU)

Ich möchte zu Beginn den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich Dank sagen; denn nur durch deren große Unterstützung kann diese Sondersitzung in der Ferienzeit überhaupt stattfinden. Dass Abgeordnete aus Urlauben zurückkommen, sie abrechnen oder ganz verschoben, das gehört zum Mandat, das ist unser Job. Das gehört sich so.

Ich weiß aber, dass auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, die längst nicht das verdienen, was wir verdienen, ihren Urlaub abgebrochen oder unterbrochen haben. Auch dafür ein ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall der CDU)

Helmut Schmidt hätte jetzt gesagt: An dieser Stelle hat Ihr Applaus von der SPD-Fraktion gefehlt.

Man muss kein großer Motorsportfan sein, um die besondere Aura des Nürburgrings erahnen zu können, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Nürburgring ist ein internationales Markenzeichen. Die Faszination hört

nicht in Koblenz, Köln oder Mainz auf, selbst die internationale Presse hat über diese Insolvenz, über das Desaster intensiv berichtet, sogar „THE TIMES OF INDIA“.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Waren Sie in Indien in Urlaub?)

Liebe Kollegen, wir wären doch alle verrückt, wenn wir dieses weltweite Markenzeichen in der Eifel verkommen lassen würden.

(Beifall der CDU)

Die „Grüne Hölle“, die Nordschleife, die Silberpfeile oder der Nervenkitzel, legendäre Rennfahrer mit überragendem Können sind Publikumsmagnete gewesen und sind es immer noch: Jochen Rindt – übrigens in Mainz geboren –, Niki Lauda, Michael Schumacher oder Sebastian Vettel und viele andere.

Ich habe mit Motorsportfans und vielen Anwohnern des Rings gesprochen. Auch morgen werde ich mit meiner Fraktion am Nürburgring sein und einige der heute hier Vertretenen dort zu Gesprächen treffen. Ein Großteil der Popularität des Rings kommt auch daher, dass jeder Autofahrer selbst auf der Rennstrecke fahren darf, sei es im eigenen Auto oder im Renttaxi.

Die Menschen vor Ort haben die staatlich organisierte Pleite am Ring einfach nicht verdient.

(Beifall der CDU)

Die Menschen vor Ort, die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben es satt, mit Schönrederei noch länger hinters Licht geführt zu werden. Herr Ministerpräsident, es geht nicht um die Quantität der Sitzungen, von denen zahlreiche Sitzungen von der CDU beantragt worden sind, es geht um die Qualität der Sitzungen; denn nach den Sitzungen war das, was Sie uns während der Sitzungen erzählt haben, meist schon hinfällig.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele leben nicht nur vom Ring, sondern auch für den Ring. In meiner nun zehnjährigen Parlamentszugehörigkeit, sei es in Berlin oder in Mainz, habe ich noch nie so viele Briefe und E-Mails zu einem einzigen Thema bekommen. Ich kann Ihnen sagen, ich habe auch noch nie so viel Post von SPD-Mitgliedern bekommen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Sie sind entsetzt über diese Landesregierung. Sie sind erschrocken über das trotzige Verhalten eines Ministerpräsidenten, der wild und blind entschlossen ist, alles auszusitzen.

Sie sind enttäuscht von einem Ministerpräsidenten, der in seinem Amtseid schwor, zum Wohle des rheinland-pfälzischen Volkes zu agieren. Sie können es nicht fassen, wie die SPD für einen Freizeitpark solche Risiken

zum Schaden des rheinland-pfälzischen Volkes eingehen konnte.

(Beifall der CDU)

Daneben pendelt eine Ministerin der GRÜNEN, die sich nicht entscheiden kann, ob sie oberste Aufklärerin oder oberste Steigbügelhalterin des Ministerpräsidenten sein will.

(Beifall der CDU)

Die Wandlung der GRÜNEN vom Paulus zum Saulus nach der Regierungsbekehrung ist nicht nur bemerkenswert, sondern ich persönlich finde sie auch abschreckend.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hören Sie doch auf die Menschen, auf den ganz normalen Arbeiter. Ich darf Ihnen ein Zitat aus einem Brief des SPD-Ortsverbands Adenau vorlesen. Schon im Januar 2010 regte sich in der Region Widerstand gegen Herrn Beck und seine Landes-SPD.

Ich zitiere aus dem offenen Brief des SPD-Ortsvereins.

(Pörksen, SPD: Er ist uns bekannt!)

Er ist adressiert an die „lieben Genossinnen und Genossen“ und an den „lieben Kurt“. Dort heißt es: Wenn uns vorgeworfen wird, seitens der Verantwortlichen bei Regierung und SPD werde desinformiert und verschleiert, ist die kompetenteste Antwort, die wir gegenwärtig aus vertretbaren Erwägungen geben können: Die Leute haben recht. – Das von einem SPD-Mitglied. Nicht wir sagen dies, sondern eines Ihrer Mitglieder, Herr Ministerpräsident.

(Beifall der CDU)

Jetzt erst, Ende Juli 2012, mehr als zweieinhalb Jahre später sagt der Ministerpräsident, die Vorkommnisse am Ring taten ihm mehr als leid, nicht nur leid, sondern mehr als leid. Ich würde sagen, es tut Ihnen mehr als zwei Jahre zu spät leid, vor allem tut Ihnen das viele Millionen Euro zu spät leid.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Einwohner der umliegenden Gemeinden, zum Beispiel in Adenau oder Nürburg, sind bodenständige Leute. Sie haben von Anfang an die Expansionspläne der Landesregierung mit ganz großem Misstrauen betrachtet.

Der Nürburgring lebt, aber er hebt sich auch ab im internationalen Rennzirkus. Er besetzt ganz besondere Nischen, weil er nicht einfach nur ein Hochgeschwindigkeitszirkus ist und nicht am Rande einer Weltmetropole liegt. Nürburg und Adenau kommen an den Formel-1-Tagen locker an Metropolen wie Barcelona, Dubai oder Monte Carlo heran.

Aber dies gerät in Gefahr. Die Bescheidenheit, mit der die bodenständigen Leute vor Ort damit jahrelang und jahrzehntelang umgegangen sind, gerät in Gefahr, weil Herr Beck eigene Pläne hatte, die seine Gehilfen, Deubel und Kafitz, umsetzen sollten.

Ihnen war das nicht gut genug. Sie hatten eigene, höhere Pläne. – Wissen Sie, heute wäre es ein Segen, hätten wir das, was einmal war.

(Beifall der CDU)

Hätten Sie doch nur die Finger davon gelassen! – Blinde, kritiklose Goldgräberstimmung einer alleinregierenden SPD!

Als die Sozialdemokraten allein das Sagen hatten, war ihnen die Nähe zu Lindner und Richter offenbar wichtiger als der Kontakt zu den Anwohnern am Ring. Wer aber nur den Glamour sieht und den Alltag der Menschen außer Acht lässt, der entwickelt Konzepte, die keiner braucht.

(Beifall der CDU)

Ganz ehrlich, selbst während der Bauphase war noch nicht genau klar, wer denn das Zielpublikum ist. Sollten wirklich Kölner zum Feiern und Tanzen in die Disco in die Eifel fahren, um dann, nachdem sie ein alkoholfreies Bier getrunken haben, wieder zurück nach Köln zu fahren? – Das glaubt doch kein Mensch!

(Beifall der CDU)

Da können Sie doch nicht sagen, Sie seien so von angesehenen Agenturen beraten worden. Diese Agenturen haben zum einen mit Zahlen gearbeitet, die ihnen von Ihnen vorgelegt wurden, und sie haben zum anderen nach Vorgaben gearbeitet, die Sie gemacht haben. – Bitte nicht wieder die Verantwortung abschieben zu anderen!

(Beifall der CDU –

Zurufe von der CDU: So ist es! Genauso ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Maß und Mitte haben viele Menschen in dieser strukturschwachen Region ihren Lebensunterhalt verdient, weil sie bodenständig geblieben sind. Doch die SPD wollte das ganz große Rad drehen, und damit hat sie dann in der Tat wenige reich, aber ganz viele arm gemacht. – Ist das sozial und demokratisch, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall der CDU)

Soll ich Ihnen sagen, was das ist? – Für mich ist das in Beton gegossener Wahnsinn und arrogante Selbstüberschätzung.

(Beifall der CDU –

Bracht, CDU: So ist es!)

Man stelle sich einmal vor: Da trafen sich Manager vom Nürburgring mit Finanzvermittlern aus dem Rhein-Main-Gebiet in einem Luxushotel in Zürich; denn Zürich liegt

ja genau in der Mitte. Dort wurde auf Landesspesen in der Schweiz die Zukunft für die Eifel geplant. – Genau das nenne ich abgehoben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kollegen, trotz alledem! – Den ideellen, diesen unbezahlbaren Wert des Nürburgrings müssen wir wieder herstellen und auch klug bewahren. Das muss die Zielrichtung aller im Landtag vertretenen Fraktionen sein. Deshalb muss das Ruder schnell herumgerissen werden. Es muss das Überleben des Nürburgrings gesichert werden.

Der Nürburgring hat seinen Mythos mit dem Motorsport begründet, und ich bin mir sicher, darin liegt auch seine Zukunft und nicht in der Kirmes, nicht in der Amüsiermeile und auch nicht in Großmannssucht.

(Beifall der CDU)

Deshalb hat die CDU zehn Leitlinien für einen Neuanfang am Nürburgring formuliert und erarbeitet.

Erstens: Das Insolvenzverfahren am Nürburgring muss klare Verhältnisse schaffen. Es muss sichergestellt werden, dass das Insolvenzverfahren unbeeinflusst ablaufen kann. Es dürfen keine Informationen seitens der Landesregierung und der Nürburgring-Gesellschaften zurückgehalten werden, um Fehlentscheidungen der Vergangenheit zu verschleiern. Die mit dem Insolvenzverfahren befassten Personen und das Insolvenzgericht müssen jetzt ungestört arbeiten können. Darin bin ich mir übrigens mit dem neuen Insolvenzgeschäftsführer, Herrn Professor Dr. Schmidt, einig. Mein Kollege Bracht und ich saßen am Montagnachmittag mit Herrn Professor Dr. Schmidt bei uns im Büro zwei Stunden lang zusammen, und wir sind uns einig, welchen Weg wir gehen. Er ist froh, dass die Opposition diesen klaren Blick hat, und ich bin mir sicher, es geht nur gemeinsam.

(Beifall der CDU)

Lassen Sie mich zum zweiten Punkt unserer zehn Leitlinien kommen: Unverzüglich muss mit den Veranstaltern am Ring verhandelt werden, um weitere erfolgreiche Veranstaltungen zu sichern. Sie sind nämlich die Lebensgrundlage für eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit am Ring.

Drittens: Der teure Dauerstreit zwischen den Pächtern und dem Land muss schnellstens beendet werden. Alle vom Land 2010 verpachteten Anlagen müssen zurückgegeben werden.

Viertens: Die Geschäftstätigkeit der Unternehmen im Gewerbegebiet Nürburgring muss langfristig gesichert werden.

Fünftens: Handwerksbetriebe, die auf ihr Geld warten, dürfen nicht in existenzielle Schieflage geraten.

Sechstens: Der Ring braucht ein Geschäftsmodell, das sich auf den traditionellen Kern des Motorsports konzentriert

(Beifall der CDU)

und das nicht dauerhaft auf öffentliche Zuschüsse angewiesen ist. Die Rückbesinnung auf den Sport ist auch – meine ich – der EU-rechtliche Schlüssel zur Rettung des Nürburgrings.

Lassen Sie mich siebtens sagen, die profitablen Teile der Ring-Aktivitäten müssen ohne Belastungen der Vergangenheit arbeiten können. Die defizitären Teile müssen herausgelöst werden. Eine Prüfung muss ergeben, ob und inwieweit Aktivitäten in reduzierter oder anderer Form fortgeführt werden können, aber ohne, dass dafür dauerhaft öffentliche Mittel erforderlich sind.

Achtens: Im Mittelpunkt dieses Geschäftsmodells muss die Region mit ihren kleinen und mittelständischen Betrieben stehen. Dabei geht es um ein wohnortnahes Angebot von Arbeits- und auch Ausbildungsplätzen in der Eifel.

(Beifall der CDU)

Neuntens: Wir als CDU lehnen einen Investor ab, der Exklusivrechte für sich und sein Unternehmen beansprucht. Die Rennstrecke muss für den Freizeitfahrer und das Renntaxi auch weiterhin offen bleiben.

(Beifall der CDU)

Zehntens: Verehrte Kollegen, der Neuanfang am Nürburgring muss im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden. Vor dem Hintergrund der negativen Erfahrungen der Vergangenheit fordern wir eine institutionalisierte Transparenz und regelmäßige Austauschmöglichkeiten. Es gibt viele Interessen, das ist klar. Wir brauchen mehr Möglichkeiten, sich einzubringen, als es sie bisher gab. Deshalb: Mehr Bürgerbeteiligung am Nürburgring!

(Beifall der CDU)

Aber trotz allem, wieder einmal geht es – wir haben es soeben vom Ministerpräsidenten gehört, als würde er diese Rede das erste Mal halten – um einen Neuanfang. Beim ersten Anlauf sind Sie auf dem Boden gelandet. Mit dem zweiten Anlauf sind Sie in die Insolvenz gesteuert.

Herr Ministerpräsident, der dritte Versuch muss wirklich eine ganz andere Qualität haben. Schluss mit den SPD-Alleingängen der Vergangenheit, die Rheinland-Pfalz noch sehr teuer zu stehen kommen werden.

Wir sind heute – auch das möchte ich noch einmal sagen – nicht zu einer Sondersitzung zusammengekommen, weil der Ministerpräsident und das Kabinett einmal etwas falsch gemacht hätten oder weil man sich ganz kurz über eine lächerliche Achterbahn unterhalten müsste. Natürlich werden dort, wo Menschen sind, auch Fehler gemacht. Natürlich sind wir nicht alle unfehlbar, das ist doch klar. Herr Ministerpräsident, natürlich gehe ich

ganz fest davon aus, dass Sie es am Anfang wirklich gut gemeint haben. Davon gehe ich aus. Es stand noch nicht Ihr Bundesvorsitz der SPD zur Debatte, und Sie hatten auch noch nicht vor, Kanzlerkandidat zu werden, aber dann musste alles ziemlich schnell gehen wegen 2009. Das war doch der Anfang von allem und nicht, dass wir uns um die Eifel kümmern.

(Beifall der CDU)

Sprechen Sie bitte nicht davon, dass der Nürburgring ein Konversionsprojekt wie ein klassisches Projekt sei, nachdem die Kasernen geschlossen worden seien.

(Beifall der CDU)

Wir sind heute nicht zusammengekommen, weil es um einen Ausrutscher oder so etwas ginge. Das ist eine geplante Chronologie der Pleiten und der bewusst gemachten Fehler, weil man die Augen verschlossen hat.

Wir sind auch nicht zusammengekommen, weil beim Segeln gegen den Wind einem bloß einmal die Mütze etwas verrutscht sei, wie Ihr SPD-Generalsekretär gefaselt hat.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist ja allerhand!)

Erzählen Sie das einmal denen, die dies zur Einhaltung der Schuldenbremse nun schmerzhaft ausbaden müssen: den vielen Polizisten, die Überstunden vor sich herschieben, den Studenten, die keinen Platz im Seminar bekommen, den Kommunen, denen das Wasser bis zum Hals steht. – Wollen Sie ihnen wirklich erzählen, die Mütze sei nur ein bisschen verrutscht, und dann läuft die Nummer schon wieder? – Das ist lächerlich, und das ist eine Verhöhnung der Tatsachen.

(Beifall der CDU)

Ich kann nur sagen, wachen Sie endlich auf! Die Nürburgring-Probleme werden gewiss nicht mit derselben Verharmlosungsdenkweise gelöst, durch die sie damals entstanden sind. Das ist klar.

(Beifall bei der CDU)

Ich wende mich auch an die SPD-Fraktion: Liebe Kollegen, wann begreifen Sie endlich, dass die immer wieder behaupteten Unwahrheiten eben nicht zu Wahrheiten, sondern – was noch viel schlimmer ist – in dieser Regierung sogar zu Gewohnheiten geworden sind? – Die Katastrophe ist doch nicht einfach so passiert, sie hat sich lange abgezeichnet, sogar mit Ansage. Weder handelt es sich hierbei um eine Verkettung sehr unglücklicher Zufälle, noch liegt ein Versagen des ehemaligen Finanzministers Deubel vor. Der Ministerpräsident und seine Gehilfen – und darin schließe ich die Herren Leventz, Hering und Dr. Kühl ausdrücklich mit ein – haben ganz zielgerichtet mit Professor Dr. Deubel zusammengewirkt. Warnungen wurden eiskalt ignoriert, und Parlament und Öffentlichkeit wurde zumindest nicht die ganze Wahrheit erzählt.

(Beifall der CDU)

Da können Sie noch so oft Sitzungen einberufen, wie Sie wollen. Vier Ministerien, also die halbe Landesregierung, sowie drei Landesgesellschaften – die Mittelstandsbank des Landes, die Immobiliengesellschaft des Landes und die Nürburgring GmbH – haben trotz vielfacher Warnungen, kritischer Hinweise mit völlig ungeeigneten Geschäftspartnern sämtliche Sorgfaltspflichten außer Acht gelassen. So etwas hat es in diesem Land noch nicht gegeben. Das ist nicht ein kleiner Ausrutscher, Herr Ministerpräsident, das ist ein Vorkommnis, an dem die kommenden Generationen noch zu bluten haben werden. Das will ich ganz deutlich sagen.

(Beifall der CDU)

So harmlos, wie Sie eben getan haben, ist es mitnichten. Die Folgen: Anklage gegen einen früheren Minister, Anklage gegen Mitarbeiter von Landesgesellschaften, Anklage gegen Beschäftigte von Landeseinrichtungen – so weit nur das Zwischenergebnis bis jetzt. Der Vermögensschaden für das Land ist erheblich.

Dann sagen Sie doch bitte nicht länger, es sei einmal ein Ausrutscher gewesen, und jetzt stellen Sie sich den neuen Herausforderungen. Wir wollen uns Ihren Herausforderungen nicht mehr stellen, Herr Ministerpräsident. Das ist die Wahrheit, und das sehen auch die Bürger so.

(Beifall der CDU)

Für den eigenen Vorteil wurde ein schwerer wirtschaftlicher Schaden hingenommen. Wie konnte es denn überhaupt so weit kommen? – Bei dieser Passage waren Sie vorhin ein bisschen schnell. Sie haben es sehr schnell zusammengefasst und dabei ein bisschen etwas übersprungen.

Das müssen wir uns anschauen: ein menschenleerer Vergnügungspark für eine halbe Milliarde Euro. Die versprochenen privaten Investoren kamen nicht. – Das mache ich Ihnen nicht zum Vorwurf, wenngleich es dazu interessante Geschichten gibt, wie man sich die Investoren vorgestellt hat. Aber sich dann zeitgleich über die Finanzkrise und über Zockereien zu beschweren, das passt nicht so ganz zusammen, wenn man selbst Teil des Systems wird in dieser Sache.

(Beifall der CDU)

Die Investoren kamen nicht, aber keiner zog die Reißleine. Spätestens an diesem Punkt hätten Sie reagieren müssen. Vorher hätten wir Ihnen keinen Vorwurf gemacht. Als Sie in der Regierung mit anderen Koalitionspartnern waren, lagen solche Pläne schon in der Schublade. Sie wurden nur deshalb nicht vollends herausgeholt, weil niemals private Investoren dagewesen sind. Das ist doch der entscheidende qualitative Unterschied. Nur in Ihrer Alleinregierung musste alles durchgezogen werden. Das, was ein Unternehmer nie auf sich nehmen würde, weil es um sein eigenes Geld geht, haben Sie riskiert, ohne Rücksicht auf Verluste – und diese müssen wir heute tragen. Das ist das Ergebnis Ihrer Alleinregierung.

(Beifall der CDU)

Die landeseigene Förderbank musste einspringen statt privater Geldgeber. Die Regierung gab eine Landesgarantie, und das Ergebnis kennen wir: Schieflagen, Pleiten und vieles mehr.

Dass eine Regierung – wie ich bereits sagte – auch einmal Fehler machen kann, akzeptiere ich. Dass sie aber die Stoppschilder überfuhr, mit „Augen zu und durch“ den Karren weiter in den Dreck lenkte, ist – wie ich finde – unentschuldigbar.

Nun müssen wir schon fragen: Wer trägt für diese Geisterfahrt die Erst- und die Letztverantwortung? – Der Ministerpräsident, das hat er eben auch schon gesagt.

(Baldauf, CDU: Nix, und?)

– Ja, und? – Nix und, wahrscheinlich. Das ist ja Ihre Reaktion.

Er persönlich gab nämlich für das Projekt den Startschuss. In seiner Regierungserklärung am 30. Mai 2006 kündigte der Ministerpräsident an:

„Die Erlebnisregion am Nürburgring werden wir fortentwickeln und die Region damit touristisch wie strukturlpolitisch aufwerten.“

Der Ministerpräsident war nicht mehr zu stoppen, koste es, was es wolle. In einem Vermerk hielt ein leitender Beamter aus dem Wirtschaftsministerium im Jahr 2006 fest:

„Nachdem sich allerdings auch der Ministerpräsident in der Regierungserklärung für die Realisierung des Projekts ausgesprochen hat, dürfte an einer Weiterverfolgung des Projekts im Grunde kein Weg vorbeiführen.“

(Baldauf, CDU: An diesen Satz kann ich mich gut erinnern!)

Den Beamten unseres Landes war also von Anfang an klar: Wir haben es umzusetzen, und jedes Ministerium hat seinen Beitrag zu leisten. Sie können daher nicht davon reden, Sie übernehmen die Gesamtverantwortung, weil andere etwas getan haben, was Sie so gar nicht wussten, weil Sie einfach nur Gutachten von Dritten gehabt haben. Diese Nummer geht heute nicht auf, damit kommen Sie heute nicht durch.

(Beifall der CDU)

Hören Sie auf mit dem Märchen, die CDU und die FDP hätten alles mitgemacht. Das höre ich auch immer wieder. Wir haben Ihnen immer wieder Stoppschilder hochgehalten und Warnhinweise gegeben. Es gab einen Untersuchungsausschuss, und es wurden Anträge und Anfragen gestellt. Wir haben uns so häufig darüber beklagt, dass es keine Antworten gab, aber seien Sie ehrlich: Mit der FDP konnten Sie es damals nicht realisieren.

Als dann die Privatfinanzierung, die Sie uns vorgetäuscht haben, nicht funktionierte – erst sollten es 80 %, dann 50 % sein –, wurde irgendwann mitgeteilt, man habe die Verträge unterschrieben, und klar sei, das Land

und die Steuerzahler werden komplett haften. Das ist Hütchenspieler-Manier, aber keine ernsthafte Politik.

(Beifall der CDU)

Aber damit nicht genug. Ich denke, das „System Beck“ – das ist uns allen klar – hat viele Gehilfen in dieser Chronologie des Scheiterns.

Das Finanzierungsmodell war eine einzige Lachnummer, und beschäftigt hat sich jetzt die Staatsanwaltschaft damit. Die versprochenen Investoren kamen nicht. Die wurden nie gesichtet. Aber – das war genau der Punkt, und dies werfen wir Ihnen vor – dieses Beck-Projekt musste zu Ende gebracht werden, koste es, was es wolle, und drücken Sie nicht auf die Tränendüse, dass Ihre Prestigeprojekte die Ausbildung junger Menschen sei. Hier haben Sie das Geld für diese Ausbildung verzockt. Das ist genau die richtige Ehrlichkeit.

(Starker Beifall der CDU)

Wir wissen, Doktoren- und Professorentitel beeindruckten den Herrn Ministerpräsidenten. Deshalb hat er Herrn Professor Dr. Deubel alles geglaubt, sogar gesagt, er hätte das Finanzkonstrukt verstanden.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Ich habe es bis heute nicht verstanden.

(Frau Kohnle-Gros: Er war der Einzige, der es verstanden hat!)

Aber er sagt, er hätte es verstanden. Chapeau, Herr Ministerpräsident! Er war der Einzige, der es neben Herrn Professor Dr. Deubel verstanden hat. Wenn Sie alles wirklich verstanden hätten, wie konnten Sie dann diese Zockerei, diese Spekulation zulassen und sich zeitgleich in der Bankenkrise derart theatralisch hinstellen und beklagen, dass der erbbare Kaufmann nichts mehr gelte? Das ist doch Heuchelei, Leute.

(Starker Beifall der CDU)

Die Helfentruppe geht weiter. Herr Minister Lewentz, ich bin froh, dass Sie heute da sind. Wir haben uns in den vergangenen zwei Wochen schon Sorgen gemacht: Mensch, es wird doch nichts passiert sein. – Sie sind der zuständige Ressortminister. Man hat nichts mehr gehört. Komplette Tauchstation seit Bekanntgabe der Nürburgringleite am 18. Juli. Wie gewohnt ballern tagtäglich die Pressemitteilungen in zweistelliger Zahl aus Ihrem Haus. Das ist schön. Aber, was schon auffällig ist, als zuständiges Haus, Ressortminister, gibt es zahlreiche Pressemitteilungen seit dem 18., aber nichts zum Nürburgring. O.k., die Verleihung einer Ehrennadel war noch einmal eine Pressemitteilung wert. Aber von Ihnen hätte ich wirklich ein bisschen mehr Format erwartet.

(Beifall der CDU)

Herr Minister Lewentz, Sie wollten nach der Landtagwahl den großen Aufräumer am Ring geben. Was haben Sie uns nicht alles angekündigt! Zugegeben, am Anfang kam es auch ganz gut. Das haben Sie nicht schlecht

gemacht. Wenn man ein bisschen probt, kriegt man das auch hin.

(Zuruf von der SPD: Oh je!)

Da haben Sie erstens gesagt, Gespräche mit Ecclestone sind seit Monaten kurz vor dem Abschluss. Bisher erreicht: Nichts.

Bis Fastnacht versprochen Sie Klärung am Ring. Bisher erreicht: Nichts.

Bis Ostern wollten Sie mit den Pächtern Lindner und Richter alles in trockenen Tüchern haben. Bisher erreicht: Nichts.

(Zuruf von der CDU: Nichts!)

Herr Lewentz, Sie wollten schnell als Beck-Nachfolger ins Ziel kommen. Aber über den Ankündigungsminister sind Sie bisher nicht hinausgekommen.

(Beifall der CDU)

Herr Lewentz, heute müssen wir feststellen, Sie sind Teil des „Systems Beck“ und tiefer verstrickt, als wir alle dachten. Schon als Staatssekretär für die Innere Sicherheit zuständig haben Sie Polizisten gestoppt, die im Mai 2009 Hinweisen einer Vertrauensperson nachgehen wollten. Unter anderem stand die Gefahr im Raum, dass in der Schweiz das hinterlegte Bardepot nicht sicher war.

(Pörksen, SPD: Aber jetzt sagen Sie die Unwahrheit!
Ich war doch dabei! Glatt gelogen!)

Unvergessen Ihre Worte damals, man möge „es dabei belassen“. Auch den Bericht des Landeskriminalamtes vom Mai 2009 haben Sie gestoppt. Sie haben ihn damals abgezeichnet, eine Weiterleitung aber an Innenminister Bruch haben Sie unterbunden. Genau das führte zu keinerlei Konsequenzen. Herr Minister Lewentz, schon damals haben Sie Ihren Beitrag geleistet, Probleme herunterzuspielen. Herr Minister Lewentz, Sie setzen die Vertuschungsstrategie Ihrer Parteifreunde, Professor Deubel, Herrn Hering und des Ministerpräsidenten, nahtlos fort. Noch Ende des vergangenen Jahres haben Sie im Innenausschuss den Eindruck erweckt, das Land habe gute Chancen, das EU-Verfahren positiv zu bestehen. Auch das war in der Tat eine Sitzung. Ich weiß nicht, ob Sie die in Ihrer Aufzählung hatten. Auch das war eine Sitzung, die wir zum Nürburgring hatten. Da wurde uns gesagt, es gäbe lediglich Verständnisfragen der EU.

(Frau Thelen, CDU: Märchenstunde!)

– Das war eine Märchenstunde. Das waren Gute-Nacht-Geschichten, die wir da erfahren haben. Noch einmal: Es kommt nicht auf die Quantität der Sitzungen, sondern auf die Qualität der Aussagen an. Zum Beihilfeverfahren erzählten Sie Folgendes – ich darf das aus dem Ausschussprotokoll zitieren: „Staatsminister Lewentz: „Die Landesregierung (...) gehe davon aus, die Angelegenheit EU-konform zum Abschluss gebracht zu haben. (...) Die EU-Kommission habe mehrmals nachgefragt.(...) In erster Linie gehe es um Verständnisfragen. (...)“

Sie wissen ganz genau, es ging nicht gerade um ein paar Verständnisfragen. Warum haben Sie so häufig Fristverlängerung beantragt? Da ging es um essenzielle Fragen. Sie haben die EU hinter die Fichte geführt die ganze Zeit und sich dann gewundert, als sie richtig eingestiegen sind, warum das wissenschaftliche Gutachten der EU-Kommission zu dem Ergebnis gekommen ist, bei dem wir jetzt sind. Nicht das Nichthandeln der EU führt zur Insolvenz, sondern das fehlerhafte Handeln von Ihnen führt zur Insolvenz und zu dieser Sondersitzung.

(Starker Beifall der CDU)

Herr Minister Lewentz, da steht Ihnen Herr Hering in nichts nach. Im Gegenteil. Es ist immer wieder erstaunlich, mit welcher unbeteiligten Miene der Kollege im Haushalts- und Finanzausschuss sitzt, wenn es um den Nürburgring geht.

Herr Hering, Sie haben damals höchstpersönlich die Verträge mit Herrn Lindner, Herrn Richter und Co. ausgehandelt und durch den Aufsichtsrat gewunken. Diese Verträge sind jetzt ins Visier der EU-Kommission geraten. Wir erinnern uns deutlich an Ihre Worte auf der Pressekonferenz zur Vorstellung dieses neuen rettenden Betriebskonzepts (das jetzt insolvent ist). Nach mehr als 100 Stunden Verhandlungen sei „ein sehr faires“ Abkommen unterschrieben worden. In einer Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses am 30. März 2010 sagte der damalige Minister Hering, der Vertrag stelle sicher, dass „keine Belastungen für die Steuerzahler“ entstehen, da allein die mit der Betreibergesellschaft vereinbarten Mindestpachten bereits über den Zinsbelastungen des Landes liegen. Leute, was ist das denn für eine Aussage gewesen?

(Frau Thelen, CDU: Pure Träumerei!)

Ich würde gerne wissen, ob Sie heute noch zu dieser Aussage stehen.

(Beifall der CDU)

Herr Hering, Sie haben auch an Herrn Richter festgehalten, mit dem die Landesregierung nun im Clinch liegt. Es sind die Geister, die Sie selbst gerufen haben, über die Sie sich jetzt so bitter beklagen, aber die heute wiederum, wie wir von Herrn Lewentz hörten, doch gar nicht so schlecht sind. Herr Hering, Sie haben sehenden Auges an einem Unternehmen mit gerade mal 70.000 Euro Eigenkapital festgehalten. Ein Jahr vor der Landtagswahl waren Ihnen alle Mittel recht, um eine sogenannte Neuordnung durchzudrücken. Man muss sich nur den Pachtvertrag anschauen. Es war eine Abschlagszahlung vorgesehen. Die wurde noch gezahlt, ein halbes Jahr vor der Wahl. Das ist sicherlich nur Zufall gewesen.

Der Zahlungseingang wurde von Ihnen entsprechend bejubelt: Seht ihr, mein Konzept funktioniert. – Doch dann wurde es ziemlich still nach der Landtagswahl. Geendet hatte es genau einen Monat nach der Landtagswahl. Die zweite Pachtzahlung wurde schon nicht mehr geleistet. Da werfen Sie uns vor, wir würden schwarzmalen, wenn wir sagen, Sie hätten die Leute vor

der Wahl hinters Licht geführt? Das ist noch viel zu freundlich, was ich hier sage.

(Starker Beifall der CDU)

Herr Hering, Sie und die SPD haben mit einem notdürftigen Konstrukt auf Zeit gespielt. Sie haben den Bürgern nicht die ganze Wahrheit gesagt. Wir halten es deshalb für nötig, dass der Landesrechnungshof auch das vom früheren Wirtschaftsminister Hering ausgehandelte „Zukunftskonzept“ untersucht. Wir bringen einen Antrag dazu ein. Ich fordere die Fraktionen von Rot und Grün auf, hier mitzustimmen.

Der Landesrechnungshof ist ein eigenständiges, unabhängiges und in der Verfassung verankertes Kontrollorgan. Er ist eine nur dem Gesetz unterworfenen oberste Landesbehörde, in die wir alle großes Vertrauen haben und deren Prüfungsergebnisse wir respektieren. Eine Prüfung durch dieses Gremium wird sicher weiteres Licht in die Affäre bringe. Möglicherweise – ich weiß es nicht – ergeben sich auch Anhaltspunkte für strafrechtlich Relevantes.

Herr Dr. Kühl, ich komme nun auch zu Ihnen. Aus dem Untersuchungsausschuss – so erzählen es die Kollegen, ich war damals noch nicht Mitglied in diesem Landtag – wissen wir, dass es viele kritische Vermerke aus dem Wirtschaftsministerium, Ihrem damaligen Haus, gab. Sie waren dort Staatssekretär. Übrigens, der Generalsekretär, der von der verrutschen Mütze spricht, war das da auch. Der wusste auch, was los war. Aber kommen wir einmal zurück zum Parlament hier. Sie waren dort Staatssekretär. Ihre Fachbeamten hatten bereits im Frühjahr 2008 das Gefühl, dass seitens der Nürburgring GmbH „getrickst“ wurde. Dennoch führten die vielen kritischen Vermerke nie zu Konsequenzen. Ich frage mich, warum?

Herr Dr. Kühl, Ihr damaliges Wirtschaftsministerium stellte mit der „letzten Unterschrift“ sicher, dass die RIM-Finanzierung in Höhe von 85 Millionen Euro über Mediinvest an die MSR erfolgen konnte. Diese stillen Beteiligungen sind jetzt auch ins Visier der EU-Kommission geraten.

Unter Ihrer Verantwortung als stellvertretender ISB-Aufsichtsratsvorsitzender hat die ISB auch die erforderlichen Beschlussvorlagen für Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung zur Übernahme der Finanzierung vom Liquipool vorbereitet. Inwieweit haben Sie dabei eigentlich über Verluste in der sogenannten Einschwingphase, die sofort zur Abschwungphase wurde, nachgedacht und informiert?

Dann noch ein Stichwort zur BaFin. Bereits im März 2010 hat die BaFin die ISB um eine Darlegung des damals geplanten Geschäfts gebeten. Es gab weiteren Nachfragebedarf, als im Juli 2010 die staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen den früheren Sprecher der ISB-Geschäftsführung Metternich und den früheren RIM-Geschäftsführer Wagner ausgeweitet wurden und Durchsuchungen in den Räumen der ISB stattfanden.

Das passiert nicht einfach so, nur weil man einmal kurz einen Fehler gemacht hat, Herr Ministerpräsident. Herr

Dr. Kühl, an Sie geht ein besonderer Vorwurf. Sie sind promovierter Wirtschaftswissenschaftler. Ich halte Sie wirklich für einen ganz klugen Menschen und eigentlich auch einen integren Menschen.

(Ministerpräsident Beck: Da hast du aber Glück gehabt!)

Sie hatten als Staatssekretär und haben als Minister Zugriff auf den Sachverstand eines ganzen Ministeriums.

Als stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der ISB waren Sie regelmäßig mit Fragen im Zusammenhang mit der Erstellung von Finanzierungskonzepten sowie mit allgemeinen Zusammenhängen des Kreditmarktes befasst. Sie waren zugleich in Personalunion Mitglied des Aufsichtsrats der Nürburgring GmbH und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der ISB. Sie hatten alle kritischen Vermerke ihres Hauses. Sie hatten Gespräche mit vielen Informationen, aber Sie haben das Projekt nicht gestoppt.

(Dr. Weiland, CDU: Er durfte nicht!)

Nun zu Ihnen als SPD-Fraktion. Auch Sie haben versagt. Mit dem Wissen hätten eigentlich Ihre Zweifel wachsen müssen, oder wussten Sie nichts? Gut, dann muss man alles glauben. Dass die Regierung so lange ihren Kurs des „Augen zu und durch“ weiterfahren durfte, liegt auch am Verhalten der SPD-Fraktion. Die hat sich inzwischen zur fünften Abteilung der Staatskanzlei entwickelt. Es gibt keinen Einzigen unter Ihnen, der den Mumm hatte, einmal ins Rad zu greifen. Nicht einmal eine einzige Nachfrage gab es. Alle denken und sagen bei Ihnen zur gleichen Zeit das Gleiche, nicht zum Wohle des Landes, sondern zum Wohle der Partei, und die Partei hat bei Ihnen immer recht. Das macht mir Angst.

(Starker Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kontrolle der Regierung ist eigentlich Aufgabe des gesamten Parlamentes und nicht nur der Opposition.

(Starker Beifall der CDU)

Herr Hoch war beispielsweise stets zur Stelle, wenn es darum ging, die Landesregierung zu verteidigen, aufstrebend. In einer Pressemitteilung der SPD-Fraktion vom 10. Februar 2011 heißt es – Herr Hoch, Zitat –: „Neukonzeption am Nürburgring war wirtschaftlich sinnvoll. (...) Die Zukunftskonzeption hat im Untersuchungsausschuss nichts verloren. Anhaltspunkte für missbräuchliches Handeln haben sich heute nicht ergeben. (...)“. Herr Hoch, dieses blinde Sekundieren muss Ihnen heute doch verdammt peinlich sein.

(Beifall der CDU)

Oder stehen Sie noch immer zu dem, was Sie damals stramm vertreten haben? Sie wissen ganz genau, ich habe noch ein paar Zitate dazu. Es wird nicht besser für Sie, wenn ich sie vorlese.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, kam denn die Pleite für Rot-Grün wirklich so überraschend? Warnungen und Unwetterwolken haben das Projekt von Anfang an überschattet. Niemand konnte das übersehen.

Herr Ministerpräsident, Herr Innenminister und Herr Finanzminister, deshalb frage ich Sie: Haben Sie wirklich erst im Juli 2012 gewusst, dass die Nürburgring GmbH überschuldet ist?

Im März 2011 erschien Teil II des Rechnungshofberichts. Darin heißt es: „Die Pachtzahlungen der Betreibergesellschaft von Richter und Lindner werden nicht ausreichen, um die Zinszahlungen und die Abschreibungen für den Nürburgring abzudecken.“ – Das heißt doch im Klartext: Direkter Marsch in die Pleite! Festgestellt im Jahr 2010, publiziert im März 2011 und zugegeben in diesem Jahr. – Mir kann keiner weismachen, die böse EU hatte Sie einmal kurz gestoppt, weil sie nicht entscheiden wollte. Mit der Nummer kommen Sie nicht mehr durch.

(Beifall der CDU)

Sie kannten doch den Verlauf des Geschäftsjahres 2011 am Ring, der aufgrund der Besucherzahlen weit unter den Größenordnungen für einen rentablen Betrieb lag. Ich will Ihnen noch eines sagen: Es waren nicht nur die bösen Beraterfirmen. – Ich selbst bin am Nürburgring gewesen, habe mir eine Karte gekauft und bekam sofort eine neue Karte. Ich habe gefragt, was ich mit der Karte machen soll. Daraufhin wurde mir gesagt, dass die neue Karte für den nächsten Besuch ist. Ich habe gesagt, dass ich nicht weiß, wann ich das nächste Mal komme. Dann wurde mir gesagt, dass ich schon einmal gezählt bin.

Ich habe es weder mit der Omnipräsenz noch mit dem Klonen. Ich finde, es ist beachtlich, wie Zahlen getürkt und manipuliert wurden. Sie können mir doch nicht erzählen, dass das die Beraterfirma zu Ihnen gesagt hat. Das ist doch Ihre eigene Verantwortung. Das wurde auch von unseren Kollegen bereits gesagt.

(Beifall der CDU)

Nach den Presseberichten lag Ihnen am 16. Mai 2012 das Gutachten von Dornbach und Partnern vor. Darin steht – den Presseberichten zufolge –, dass die Nürburgring GmbH über 400 Millionen Euro Schulden hat. Das Vermögen kann aber nur auf 90 bis 126 Millionen Euro geschätzt werden, und das auch nur bei optimistischer Berechnung. Die Schulden sind viermal so hoch wie das Vermögen. Sie haben einfach weitergemacht, als ob nichts wäre.

Sie sind einfach frohgemut in den Urlaub gefahren. Haben Sie wirklich gemeint, mit einer neuen Finanzspritze von lediglich 13 Millionen Euro wäre an dieser dramatischen Überschuldung irgendetwas zu ändern gewesen und die EU hätte nur grünes Licht geben müssen?

Das ist eine Mischung aus Leichtsinns, vorsätzlicher Verschleierung und Rat- und Hilflosigkeit. Sie haben über die Wahl hin von dem vergeblichen Versuch gelebt, sich immer noch weiter durchzuwursteln, ohne zu wis-

sen, wie das jemals wieder gut werden sollte. Jetzt kommt die Wahrheit. Juristische Schlussfolgerungen ziehe ich nicht.

Herr Ministerpräsident, ich bin der Meinung, dass Sie auch Ihre Pflichten verletzt haben. Sie sind nicht fähig, mit den Finanzen und dem Vermögen dieses Landes verantwortungsvoll umzugehen. Wenn es eng wird – das hat mich heute, das muss ich Ihnen ehrlich sagen, enttäuscht –, sind immer die anderen schuld.

Ich habe gestern Ihr Interview in der „Süddeutschen Zeitung“ gelesen. Ich weiß nicht, in welcher Parallelwelt Sie sich bewegen. Ich meine, in einer solchen Situation ein solches Interview zu geben, tut mir mehr als leid. Gestern Abend haben Sie im SWR gesagt – ich kann es nicht wörtlich sagen, kann es aber gern nachschlagen –, dass Sie sich nicht entschuldigen. Heute sagen Sie aber, dass Sie sich entschuldigen. Das ist ein Schritt. Man ist mittlerweile für Kleinigkeiten dankbar.

Herr Ministerpräsident, Sie sagen dann, dass die anderen schuld sind. Ich habe einmal mitgeschrieben. Sie haben gesagt: Man hat Fehler gemacht. Da gab es Gutachten. – Sie haben immer alles weit weg von sich geschoben. Sie haben nie „ich“ gesagt. Sie waren aber dabei, als Boris Becker dort war. Das ist wohl Ihre Bildungsförderung, nämlich für drei Auftritte 450.000 Euro zu bezahlen. Davon würden unsere Schulen besser werden. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall der CDU)

Sie waren immer dabei. Wenn es etwas zum Verkünden gab und etwas erfolgreich aussah, haben Sie immer die Ich-Position vertreten. Wenn es etwas abzuschieben gibt, sind es die anderen, nämlich die Gutachter, die Berater, die Pächter, die Bundesregierung und die EU. Sie werfen dann noch in dieser ominösen Pressekonferenz der EU vor, sie hätte Sie hängen lassen.

Dass die Landesregierung inklusive Frau Ministerin Lemke – ganz gleich, wie Sie jetzt versucht, es zu drehen – nun Brüssel für die neuen Entwicklungen verantwortlich machen will, ist nicht nur ein schlechtes, sondern auch ein denkbar ungeeignetes Ablenkungsmanöver. Sonntags redet die SPD immer ganz gerne staatsmännisch für die EU und will den Europäer geben, aber mittwochs schickt die SPD die EU als bösen Buben vor. Das ist eine billige und ziemlich unwürdige Nummer.

Es zeugt von einem merkwürdigen Rechtsverständnis, der EU-Kommission zu unterstellen, sie beschneide – wie Frau Lemke twitterte – den Rechtsschutz. In Brüssel wird nach gültigem EU-Recht gehandelt. Übrigens erwarte ich von meiner Landesregierung auch, dass sie sich nach geltendem Recht verhält.

(Beifall der CDU)

Die Landesregierung hätte sich besser vorher schlaugemacht. Brüssel schiebt nun dem unheilvollen Verschleierungssystem Beck, Lewentz und Co. den Riegel vor. Das ist nicht dramatisch, sondern für die Steuerzahlerinnen und -zahler gut. Es ist nur traurig, dass es so weit kommen musste.

Diese Argumentation als Muster ist uns bekannt. Wir haben viele Beispiele dafür, wie Sie mit Voten unabhängiger Institutionen umgehen. Wir wissen, was der Ministerpräsident einmal über den unabhängigen Landesrechnungshof sagte. In einem Interview eines Regionalprogrammes sagte er, da wird „viel dumm‘ Zeug geredet“. Weiterhin hat er von einer Maßlosigkeit, wie er sie selten erlebt hat, gesprochen. Als das Bundesverfassungsgericht Ihrem früheren Justizminister einen „Verfassungsbruch“ bescheinigte, nannten Sie das nur eine „Bagatel- le“.

Ich komme zum 18. Juli zurück. Der Ministerpräsident trat – brav eskortiert von drei Ministern – vor die Presse. Alle vier taten betroffen erschrocken. Die EU erlaube nicht, dass Geld fließe. Deshalb sei der Nürburgring jetzt in eine Schiefelage geraten.

In der Pressekonferenz sagten Sie, Herr Ministerpräsident, Sie halten sich offen – Zitat – „rechtlich gegen Brüssel“ vorzugehen. Ich frage Sie einfach einmal: Auf welche rechtliche Grundlage stützt sich die Landesregierung? Wo wollen Sie rechtlich gegen Brüssel vorgehen? Wie sehen Sie die Chancen, und was bezwecken Sie mit diesem rechtlichen Vorgehen?

Ich bin ein bisschen um die Minister besorgt. Vielleicht kann uns Europaministerin Frau Conrad Auskunft geben. Ich weiß gar nicht, wo sie war. Sie ist Europaministerin. Zum Wahlsieg von Herrn Hollande ergriffen Sie zwar das Wort, aber dann waren Sie in dieser Sache auch auf Tauchstation.

Bei dieser Pressekonferenz wurde dann auch noch ein Schulterchluss mit der Bundesregierung suggeriert. Dies wurde bewusst vage formuliert, aber so offen gelassen, dass die Öffentlichkeit meinen konnte, auch die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister seien über die Brüsseler Entscheidung erbost.

Da die rot-grünen Fraktionen gehorsam alles nachplappern, griffen sie – ich glaube, es waren die GRÜNEN – die CDU in einer Pressemitteilung im letzten Satz an, dass die CDU wohl nicht wüsste, dass die Bundesregierung die Sichtweise der Landesregierung teile. Ich fand, das war spannend.

Das sieht die Bundesregierung aber ganz anders. Ein Telefonat mit der Kanzlerin, dem Bundesfinanzminister, der EU-Kommission und dem Wirtschaftsministerium – diese bringen Erhellung in das Ganze – ergab, dass sich alle unisono über diese kreative Interpretation in Mainz erstaunt zeigten.

Wenn die Bundesregierung formal Anträge der Landesregierung weiterreicht, weil nicht das Bundesland sie an Brüssel weiterreicht, und die Bundesregierung Kontakte und Gespräche vermittelt, ist das ein freundlicher Akt. Ich finde, es ist aber unanständig, daraus einen inhaltlichen Schulterchluss zu ziehen. Sonst lassen Sie keine Gelegenheit aus, der Bundesregierung gegen das Schienbein zu treten.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

– Herr Wiechmann, wenn Sie anderes von der Kanzlerin wissen, freut mich das. Telefonieren Sie mit ihr! Sagen Sie mir es! Dann werden wir es gegenüberstellen. Das tun wir gerne.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das hat mit einem freundlichen Akt nichts zu tun! Das ist einfach Quatsch, was Sie sagen!)

– Ja, es ist alles Quatsch, was wir sagen. Sie schützen den Ministerpräsident. Er hätte nichts falsch gemacht. Ich kann mich gerne in Ihre Sichtweise einklinken und sagen, dass wir das anders sehen.

Es gab Berliner Warnungen, dass es hier um Dauersubventionen gehen könnte. Sie kennen diese Warnungen. Rot-Grün im Land ist bestens die Bundestagsdrucksache 17/1174 vom 24. März 2010 bekannt. Darin heißt es in Frage Nummer 8: „Gibt es Fördermittel, die in der Vergangenheit genutzt worden sind, die gegen das EU-Recht verstoßen?“

Antwort: „Im Jahr 2003 entschied die Europäische Kommission auf Basis der Beschwerde von Konkurrenten, dass die Förderung eines Freizeitparks in Bremen gegen die europäischen Beihilferegeln verstieß und ordnete die Rückzahlung des rechtswidrigen Vorteils an (...)“ – Man hätte es wissen müssen. Aber die Landesregierung hatte es nicht für notwendig erachtet, in Brüssel die Beihilfen vorher zu notifizieren, obwohl es interne Vermerke gab, die davor warnten, es nicht zu tun.

In einer gewissen Bauernschläue glaubte also der Ministerpräsident, wenn wir in Brüssel nichts anmelden, dann wird uns schon das Schwert des Durchführungsverbotes nicht ereilen. Ganz clever wird dann auf den sogenannten Opel-Kredit verwiesen. Der Kredit sei auch rechtens gewesen.

Sehr geehrte Herren, mindestens einen gravierenden Unterschied gibt es. Dieser Kredit war zuvor in Brüssel notifiziert worden. Die Entscheidung kam sogar schnell. Wenn man will, geht das auch. Es ist schon eine schwache Ablenkungsnummer, wenn Sie sich jetzt wundern, dass die EU sorgfältig prüft, nachdem sie monatelang hinters Licht geführt worden ist.

(Beifall der CDU)

Als EU-Bürgerin erwarte ich, dass die EU-Kommission sorgfältig vorgeht und sich an Gesetze hält. Die rot-grüne Dolchstoßlegende, wonach die EU die Verantwortung für das Insolvenzverfahren trage, ist ein ganz platter rot-grüner Täuschungsversuch. Zur Insolvenz kam es nicht, weil sich die EU verweigerte, sondern weil die Beck'sche Amüsiermeile am Nürburgring dauerhaft Verluste und keine Gewinne brachte.

(Beifall der CDU)

Wenn wir uns künftig über die Haushalts- und Finanzpolitik der Griechen beschweren, wird man von Athen aus mit dem Finger nach Mainz und auf Kurt Beck und sein Kabinett zeigen.

Die EU hat die Verluste für die rheinland-pfälzischen Steuerzahler begrenzt. Wäre es nach dem mittlerweile verschwisterten Lemke/Beck-Team gegangen, wären die Steuermillionen endlos in dieses Fass ohne Boden geflossen. Frau Lemke sagte noch vor einiger Zeit, sie hätte jetzt einmal endlich einen Boden in dieses Fass gezogen. So dicht war wohl dieser Boden nicht.

Die GRÜNEN sind am Nürburgring nicht mehr Aufklärer, sondern Komplizen der SPD. Wirtschaftsministerin Lemke steht mit beiden Beinen fest im Beck'schen Nürburgringsumpf. Das unterwürfige Verhalten der grünen Wirtschaftsministerin, die dem Ministerpräsidenten attestierte, keine Fehler gemacht zu haben, ist peinlich.

(Beifall der CDU –
Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn
Sie zitieren, dann richtig!)

Frau Lemke, ich kann Sie ein bisschen verstehen. Sie haben auf der einen Seite Ihre grüne Basis, die mit Verve und Herzblut zusammen mit der CDU, mit dem Kollegen Europaabgeordneten Werner Langen, vor der Wahl vorgegangen ist. Sie haben Ihre grüne Basis, die sich die Augen reibt. Auf der anderen Seite sind Sie in der Koalition und bewegen sich wie eine Abrissbirne zwischen beiden Extremen. Es ist klar, dass das nicht gut gehen kann.

Beide sind mit einer Nürburgring-Legende bei der vergangenen Landtagswahl ins Amt gekommen. Der Herr Ministerpräsident hat den Bürgerinnen und Bürgern ein Erfolgsmodell vorgewaukelt. Frau Lemke hat Transparenz und Aufklärung versprochen. Beide haben gemauert und ihr Versprechen gebrochen.

(Beifall der CDU)

Das heißt, die GRÜNEN, die klar Schiff machen wollten, sind vom Schwert aus Brüssel sehr getroffen. Das ist eine sehr interessante, ungläubwürdige Wandlung.

Es gibt einige Pressemitteilungen. Diese kann man nachlesen. Wenn ich das sagen würde, wäre hier ein großer Tumult. Am 25. Februar 2010 sagte Frau Lemke – Zitat –: „Alle Verantwortlichen für dieses Desaster müssen dafür gerade stehen! Deshalb bin ich sehr gespannt, wie sich (...) Finanzminister Dr. Carsten Kühl (...) aus der Affäre zu ziehen versucht.“

Am 4. März 2010 sagte Frau Lemke: „Der Rücktritt von Prof. Deubel war konsequent. Aber er entlastet damit nicht Kurt Beck, der Deubel für sein Vorhaben die volle Rückendeckung gab. Kurt Beck hätte die ‚Märchen‘ auch hinterfragen müssen.“

(Beifall der CDU)

Am 14. April 2010 führte Frau Lemke aus: „Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat in erheblichem Maße finanzielle Beihilfen für das Nürburgring-Projekt geleistet, die allesamt nicht der EU gemeldet wurden. Es ist offensichtlich, dass die Bedingungen für eine erlaubte Beihilfe nach EU-Maßgaben nicht vorliegen. Das erklärt, warum die Landesregierung das Projekt nicht der EU-Kommission gemeldet hat. Im Klartext bedeutet dies,

dass die Landesregierung gegen EU-Recht verstoßen hat.“

Das hat Frau Lemke vor der Wahl gesagt. Nach der Wahl sagt sie, Herr Beck hat nichts falsch gemacht.

(Beifall der CDU)

Ich will Herrn Dr. Kühl ersparen, was die jetzige Ministerin über ihn noch gesagt hat. Ich glaube, das muss nicht sein. Aber wenn man sich anschaut, was im Wahlprogramm 2011 der GRÜNEN stand: „Am Nürburgring (...) zeigt sich, was geschieht, wenn man ein Land zu besitzen glaubt.“

Nichts anderes sagen wir hier, aber werden dann von den GRÜNEN gerügt, wir machten Klamauk. Wenn Ihnen nichts mehr einfällt, heißt es Klamauk. Ich erinnere an Ihren Klamauk, als Sie mit Bobbycars vor dem Landtag herumgefahren sind und gesagt haben, dass das ein Nürburgring-Rennen sei. Wenn einer Klamauk gemacht hat, dann Sie. Das können Sie gern machen, aber tun Sie nicht so, als seien Sie im Nadelstreifenanzug geboren worden und hier so hineingekommen.

(Beifall der CDU)

Über Twitter haben wir auch einiges gesehen: „Die Landesregierung darf nicht (...) zulassen, dass am Nürburgring weiterhin systematisch und gezielt Steuermillionen verschwendet werden.“ –

Dann sagt Frau Lemke – da muss man immer darauf achten, in welchem Jahr oder Monat es war; es kann sich ja um Monate handeln – am 18. Juli 2012 auf einmal, die EU sei schuld: „EU lässt Nürburgring durch Rechtsmittelverweigerung fallen. Insolvenz ist außerdem keine Notbremse.“ –

Dann gibt es noch wunderbare andere Pressemitteilungen. Ich sage einfach nur: 13. Oktober 2010. Da hat Ihre Kollegin Franziska Brantner einiges erwähnt. Das ist schon ganz spannend, vor allen Dingen der Hinweis, dass man – Zitat – „parteiübergreifend aktiv“ werden wolle. Parteiübergreifend sind die Grünen heute auch noch aktiv.

Das stimmt.

Nur nicht mehr mit uns. Unsere Haltung hat sich nicht geändert, sondern die der GRÜNEN, und deshalb können sie jetzt partiübergreifend aktiv mit der SPD werden. –

Das stimmt.

Frau Lemke, Herr Köbler, Sie sind ungläubwürdig geworden.

Die GRÜNEN sagten, sie seien mit der SPD nun in einer Wertegemeinschaft.

(Baldauf, CDU: Das ist aber gefährlich!)

– Das finde ich sehr gefährlich, so etwas. Aber Frau Lemke hat es gesagt.

Jetzt frage ich mich: Welchen Werten fühlen Sie sich eigentlich verpflichtet von der SPD? Den Werten der Transparenz und der Wahrhaftigkeit?

(Dr. Weiland, CDU: Des ehrbaren Kaufmanns!)

– Des ehrbaren Kaufmanns? Sind das Ihre Werte mit der Gemeinschaft?

Festzuhalten ist: Ein Wachhund waren Sie. Oder positiv gesehen: Sie waren wachsam in der außerparlamentarischen Opposition. Und jetzt sind Sie zum Schoßhund der Regierung geworden. Frau Lemke, ich finde, einer Politikerin, die Steuergelder für ein Projekt einfordert, das sie abreißen will, der fehlt jegliches Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit Steuergeldern.

(Beifall der CDU)

Über die ISB und über vieles andere auch haben wir heute Morgen gesprochen. Darauf möchte ich nicht eingehen. Ich will aber noch zu einem Punkt kommen, zum Thema „Landeshaushalt“. Wir können gern darüber reden. Wir haben nachher ja noch Zeit. Ich freue mich darauf.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aha, da sind Sie widerlegt worden!)

Sie haben heute Morgen in 30 Sekunden über 254 Millionen Euro kurz die Hand gehoben. Das ist Geld, mit dem wir viel machen könnten. Das war eine ganz kurze Sitzung: Ja oder nein? – Da gab es keine Begründung mehr, da gab es nichts mehr. Bei Ja oder Nein die Hand gehoben.

(Frau Schmitt, SPD: Was? – Ramsauer, SPD: Unglaublich!)

Das können Sie machen. Es gab eine Sitzungsunterbrechung. Ich hätte mir schon vorgestellt, dass Sie sich die Zeit gewünscht hätten, die übrigens noch da wäre, um sich selbst eine Rechtsmeinung einzuholen. Denn wenn Sie sich immer auf die Rechtsmeinung der Landesregierung verlassen, dann sind Sie häufig verlassen. Das hat man beim OLG-Präsidenten gesehen bei der Einschätzung. Da haben Sie sich auf die Rechtsmeinung der Landesregierung verlassen. Sie haben damit Schiffbruch erlitten. Jetzt brauchen wir wieder eine Rechtsmeinung. Wir holen ein Gutachten ein.

(Pörksen, SPD: Ein Gutachten?)

Es ist eine Rechtsmeinung. Sie können gern eine andere dagegenstellen. Aber zu sagen, die Regierung hat schon eins, es ist noch nicht da, aber wir fühlen, es wird ganz gut sein, das ist mir zu wenig. Ehrlich gesagt, das ist mir zu wenig.

(Beifall der CDU – Heiterkeit der Abg. Baldauf und Dr. Weiland, CDU)

Ich komme auf die Risiken für unseren Haushalt. Es wird Auswirkungen auf unseren Haushalt haben. Zu behaupten, wir hätten eine Rücklage, die schlichtweg nur aktiviert wird, weil man sie unter dem Kopfkissen hat, das ist

spätestens heute durch den Präsidenten des Landesrechnungshofs noch einmal klargestellt worden. Hier geht es ganz klar um neue Kredite, um eine neue Verschuldung. Dieses Geld wird fehlen.

Wenn wir sehen, was am Nürburgring verspielt worden ist, geht es um eine halbe Milliarde Euro. Was hätte man mit diesen Millionen in diesem Landeshaushalt und in diesem Land alles Gutes tun können?

Für 330 Millionen Euro könnte für alle Schüler im Land von der ersten bis zur 13. Klasse und alle Berufsschüler ein eigener Laptop angeschafft und zusätzlich eine komplette Lernmittelfreiheit eingeführt werden.

Für 330 Millionen Euro könnte ab sofort und angesichts zurückgehender Schülerzahlen dauerhaft eine Unterrichtsversorgung von 100 % plus x garantiert werden.

Für 330 Millionen Euro könnten problemlos die fehlenden Kita-Plätze in den rheinland-pfälzischen Großstädten geschaffen und gleichzeitig die Gruppengrößen in den Kitas signifikant verkleinert werden.

Mit dem Geld ließen sich im Hochschulbereich rein rechnerisch rund 21.000 Studentenwohnheimplätze schaffen und somit die Wohnheimplätze in Rheinland-Pfalz verdreifachen. Oder mit den 330 Millionen Euro könnte man das Jahresgehalt von zusätzlich fast 6.000 wissenschaftlichen Mitarbeitern bezahlen.

Und was hätte man mit 330 Millionen Euro zugunsten der Städte, Kreise und Gemeinden tun können?

(Beifall der CDU)

Ich weiß, dass man reflexartig und sicherlich nachher in irgendeiner der folgenden Reden auch wieder auf unsere Fraktionsfinanzen vor dem Jahr 2006 zu sprechen kommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, auch wir haben Fehler gemacht. Das will ich offen sagen, Herr Dr. Braun. Denn das ist schon ein qualitativer Unterschied. Keiner von uns ist kurz vor der Heiligensprechung oder heiliger als der andere.

(Pörksen, SPD: Das ist eine Frechheit!)

Aber es ist die Frage: Wie gehen wir mit Verfehlungen um?

(Pörksen, SPD: Verfehlungen?)

Das ist die zentrale Frage, und daran zeigt sich Format von Politikern, ob sie ernst zu nehmen sind.

(Pörksen, SPD: Verfehlungen?)

Wenn wir uns das anschauen, da gibt es einen Unterschied. Wir haben die Fehler und das, was rechtswidrig war, selbst entdeckt. Wir haben es selbst aufgedeckt. Wir haben die Staatsanwaltschaft um eine Prüfung gebeten, bevor diese Vorgänge in die Öffentlichkeit kamen.

Wir haben die nötigen Konsequenzen gezogen. Wir haben alles zurückgezahlt. Wir sind die Einzigen, die einen Schaden hatten, an dem wir bis heute tragen. Es ist nicht einfach für eine Fraktion, mit Altlasten zu leben. Aber beim Steuerzahler ist nichts hängengeblieben, und von den Verantwortlichen ist niemand mehr im Amt. Das ist der qualitative Unterschied zu Ihnen.

(Beifall der CDU)

Ich stelle fest: Der Eröffnungsbeschluss der EU-Kommission macht deutlich: Die Wähler sind im Vorfeld der Wahl durch den Ministerpräsidenten, sein halbes Kabinett und die SPD-Fraktion insgesamt getäuscht worden. Seit fast fünf Jahren – Spatenstich im November 2007 – versuchen Sie, uns glaubhaft zu machen, Sie hätten die Lage im Griff, während Herr Beck noch im Landtagswahlkampf behauptete, der Nürburgring sei ein Erfolgsmodell. Er saß auch bei Maybrit Illner in der doch sehr denkwürdigen Sendung, in der er sagte, es würde kein einziger Cent oder Euro an Steuergeldern fließen. All das ist nicht eingetroffen, sondern das Gegenteil. Ich muss sagen: Das trifft den Steuerzahler schwer.

Was sind jetzt die Konsequenzen, Herr Ministerpräsident? In der „Süddeutschen Zeitung“ erklärten Sie, wie ich vorhin sagte, Gesamtverantwortung. Ich finde, dieser Satz kommt viel zu spät, aber immerhin. Sie fordern immer gern von anderen, dass sie Verantwortung übernehmen sollen: von Managern, der Wirtschaft, dem ehemaligen Bundespräsidenten, dem ehemaligen Bundesverteidigungsminister. – Wissen Sie, was auffällig ist? Sie sind immer der Erste, der nahelegt zu zeigen, was Anstand ist, was Politiker der CDU alles tun sollten.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Auffällig ist nur, dass Sie bei Herrn Mappus sehr leise sind. Vielleicht mag das Gründe haben.

(Heiterkeit des Abg. Baldauf, CDU –
Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Abgewählt
worden!)

Sie selbst haben sich sehr viel Zeit gelassen mit Ihrem Hinweis: Es tut mir mehr als leid. Erst jetzt im Vorfeld der heutigen Sondersitzung haben wir diesen Satz von Ihnen gehört. Aber was heißt das jetzt für Sie? Was bedeutet für Sie, die Gesamtverantwortung zu übernehmen? Jeder von uns fragt sich: Ja, und jetzt? – Dann zucken Sie mit den Schultern und sagen: Ja, nichts.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Machen wir weiter wie vorher.

Sie müssen die Verantwortung übernehmen, aber erst einmal müssen Sie definieren, was Sie damit meinen. Es gibt Kassiererinnen, es gibt Arbeiterinnen, die einen Pfandbon oder Maultauschen mitnehmen und dann einfach vor die Tür gesetzt werden. Die wissen, was Konsequenz heißt. Sie setzen Millionen Euro in den Sand und sagen: Nichts, weiter geht's.

(Beifall der CDU)

Ich finde, man kann den Leuten draußen nicht mehr erzählen, was das soll.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, es ist schade. Eigentlich haben Sie den richtigen, den würdevollen Zeitpunkt eines anständigen Rücktritts schon längst verpasst. Sie hätten schon längst in Würde zeigen können, was Format eines Politikers ist, der – zugegeben – durchaus in einer so langen Zeit, die er geschafft hat, Ministerpräsident zu sein, auch Dinge getan hat, von denen unser Land profitiert. Aber hier haben Sie etwas getan, woran wir lange, lange, lange zu knabbern haben werden. Und das wird eingehen in Ihr politisches Werk. Schade drum!

(Beifall der CDU –
Baldauf, CDU: Ja, ist so!)

Wenn man jetzt überlegt: Wer käme danach? – Wahrscheinlich ist genau das das Dilemma. Ein Ministerpräsident Hering? Soll er jetzt das Zukunftskonzept für Rheinland-Pfalz entwickeln, nachdem sein Zukunftskonzept gescheitert ist? Oder ein Ministerpräsident Lewentz, der seinerzeit Polizisten gestoppt hat?

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Heißt „Gesamtverantwortung übernehmen“, Sie machen den Weg jetzt frei für Neuwahlen, Herr Ministerpräsident? Eigentlich müssten Sie das tun.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD: Oh!)

Eigentlich müssten Sie genau das tun, sich neues Vertrauen von den Bürgerinnen und Bürgern geben lassen.

Heißt „Gesamtverantwortung übernehmen“, Sie bilden Ihr Kabinett um? Dann müssten Sie mindestens zwei Minister abziehen. Die SPD-Fraktion muss selbst wissen, ob sie mit ihrem Vorsitzenden in dieser Frage Glaubwürdigkeit zutage tragen kann.

Herr Ministerpräsident, sagen Sie es uns. Sie haben die Chance, hier noch einmal reinzugehen. Sagen Sie uns: Was heißt für Sie „Verantwortung übernehmen“?

(Fuhr, SPD: Wollt ihr schon wieder eine
Wahl verlieren?)

Der Wähler, der Steuerzahler, die CDU-Fraktion erwarten, dass Sie das jetzt hier und auch heute konkret sagen. Einfach wie Pattex auf dem Stuhl zu kleben, aussitzen und weitermachen wie bisher, das hat nichts mit Verantwortung zu tun, sondern es hat etwas mit Sturheit zu tun. Verantwortung ist etwas anderes.

(Beifall der CDU)

„Die Parteien, die ihn ins Amt brachten, haben nun natürlich auch Verantwortung, mit ihm zu sprechen und ihm die Situation im Interesse dieses hohen Amtes und auch seiner Reputation deutlich zu machen. Zu hoffen ist, dass er aus eigenem Antrieb zu den richtigen Entscheidungen findet.“

Das sage nicht ich originär, das ist ein Zitat dieses Ministerpräsidenten gegenüber Herrn Bundespräsidenten Wulff. Das muss man wirken lassen, anderen diese Empfehlung zu geben. Herr Wulff hat nicht diesen Schaden hinterlassen, den Sie nicht zugeben wollen.

(Beifall der CDU –
Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! –
Ministerpräsident Beck: Unglaublich! –
Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Persönliche Bereicherung!)

Herr Ministerpräsident, wir geben Ihnen die Chance, aus eigenem Antrieb zu handeln.

(Fuhr, SPD: Unverschämt, das zu vergleichen!)

Ich kann nur eindringlich an Sie appellieren: Übernehmen Sie Verantwortung! Wenn es Ihnen unmöglich ist, es zu vergleichen, dann gehen wir zu dem ehemaligen Verteidigungsminister zu Guttenberg,

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Oder sagen Sie „Das ist auch nicht zu vergleichen“? Auch ihm hat er als Allererster den Rücktritt empfohlen.

(Ministerpräsident Beck: Stimmt überhaupt nicht!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben einen Amtseid gesprochen, und wir geben Ihnen noch einmal die Gelegenheit, drüber nachzudenken.

(Pörksen, SPD: 24 Stunden oder wie?)

Wir geben Ihnen noch einmal die Gelegenheit,

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sie geben!)

sich Gedanken zu machen. Wenn Sie dennoch alles aussitzen wollen, dann gehen wir weiter.

Unsere Verfassung sieht in Artikel 99 die Entziehung des Vertrauens durch den Landtag vor. Einen solchen Antrag werden wir gegen Sie zur nächsten Landtagssitzung einbringen, Herr Ministerpräsident. Das ist in der Geschichte dieses Bundeslands noch nie vorgekommen. Aber Sie lassen uns keine andere Wahl.

Danke schön.

(Anhaltend Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Hering das Wort.

Abg. Hering, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Umsetzung des Projekts „Nürburgring“ sind folgenschwere Fehler gemacht worden. Das ist auch für uns die bittere Wahrheit. Boulevard und Frei-

zeitpark sind überdimensioniert geplant und falsch konzipiert worden.

Es ist zu einer erheblichen Baukostenüberschreitung gekommen, die Hochkonjunktur 2008 ist nur ein Grund dafür.

(Billen, CDU: Ich wollte gerade sagen!)

Für private Hotels und Freizeiteinrichtungen wurde das wirtschaftliche Risiko vom Land übernommen. Einschätzungen und Prognosen von Experten waren zu optimistisch. Hinweise aus der Region hätten besser berücksichtigt werden müssen.

Zu Recht und nachvollziehbar sind die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer verärgert und enttäuscht und fordern nachhaltige Lösungen der Probleme am Ring.

Meine Damen und Herren, aber eines ist auch richtig: Die Menschen zweifeln nicht an der persönlichen Integrität unseres Ministerpräsidenten Kurt Beck.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, es ist unanständig und unangemessen, dies mit den persönlichen Verfehlungen des Herrn Wulff, bei dem es um persönliche Bereicherungen ging, zu vergleichen. Das ist menschlich unanständig.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) –

Zurufe von der CDU: Ah! –
Bracht, CDU: Was ist dann Wählertäuschung?)

Bei den Investitionen am Nürburgring gab es eine einzige Motivation: einer strukturschwachen Region in der Eifel und deren Menschen zu helfen.

(Zurufe von der CDU –
Frau Thelen, CDU: Mit Gigantomie!)

Es gehört zur entscheidenden Triebfeder der Politik von Kurt Beck, durch Arbeitsplätze Menschen Perspektiven und Regionen Entwicklungsperspektiven zu geben. Dass Rheinland-Pfalz so gut dasteht, dass wir wirtschaftlich zu den erfolgreichen Bundesländern gehören, hat entscheidend mit dieser Politik für strukturschwache Regionen zu tun, die erfolgreich in Rheinland-Pfalz gestaltet wurde.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Kurt Beck ist niemand, der sich aus der Verantwortung stiehlt. Hier geht es darum, sich Kritik zu stellen und die Menschen in der Eifel nicht im Stich zu lassen. Genau das werden wir tun. Wir werden gemeinsam mit unserem Ministerpräsidenten Kurt Beck diesen Umstrukturierungsprozess in der Eifel mitgestalten. Wir geben das klare Signal: Wir lassen die Menschen nicht im Stich. Auch das gehört dazu, Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Deswegen weisen wir Ihre Forderungen mit Entschiedenheit zurück. Auch da werden Sie eine klare Antwort der Regierungsfractionen im Landtag bekommen.

Ja, es hat falsche Einschätzungen gegeben. Sie haben hier von bewussten Täuschungen gesprochen. Das sind genau die Grenzüberschreitungen, die Sie bewusst in Kauf nehmen, um Menschen etwas zu unterstellen, was nicht den Fakten entspricht. Das ist Ihre Art Politik zu machen, die Sie auch hier im Landtag formulieren.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das sollte trotz hitziger politischer Auseinandersetzungen nicht vorkommen. Es ist ein durchschaubares Spiel. Ihnen scheint jedes Mittel recht zu sein, um die unglückliche und schwierige Situation am Nürburgring parteipolitisch für sich zu nutzen.

Ich will in aller Sachlichkeit die Erinnerung bei Ihnen etwas auffrischen bezüglich dem, was vor der Wahl kommuniziert wurde. Die folgenschweren Fehler, die zur heutigen Insolvenz der Nürburgring GmbH geführt haben, lagen in der Planung und Konzeption des Projekts „Nürburgring 2009“. In dieser Situation, nach dem Scheitern der Privatfinanzierung, musste gehandelt werden. Wir haben uns entschieden, eines der führenden internationalen Wirtschaftsprüfungsunternehmen, Ernst & Young, zu beauftragen.

(Frau Kohnle-Groß, CDU, und Dr. Mittrücker, CDU:
Das hatten wir schon einmal!)

Diese lassen sich keine Vorgaben machen. Das viertgrößte Unternehmen in der Welt lässt sich von einem Bundesland wie Rheinland-Pfalz keine Vorgaben machen.

(Licht, CDU: Ohne Vorgaben hätten sie nicht rechnen können!)

Sie haben uns die Trennung von Besitz und Betrieb empfohlen und uns empfohlen, auch diesen Vertrag mit den Betreibern abzuschließen.

(Zuruf des Abg. Dr. Mittrücker, CDU)

Aber wir haben auch vor der Wahl klar kommuniziert und Ihnen berichtet – Sie wissen das ganz genau, weil Sie in den Ausschussberatungen, in diesen über 20 Sitzungen, anwesend waren –, dass auch nach den Studien von Ernst & Young sich nur das Invest von 330 Millionen Euro langfristig refinanzieren kann. Das war die Aussage, die getroffen werden konnte.

(Zuruf des Abg. Weiner, CDU)

Es wurde aber auch klar berichtet, dass dies nicht für die Altschulden und nicht für die Verluste von Formel 1 gilt. Das wussten Sie alle vor der Wahl. Das war Ihnen mitgeteilt worden. Darüber haben Sie mit uns intensiv diskutiert.

Sie brauchen mich gar nicht so ungläubig anzuschauen, Herr Licht; denn Sie haben im September 2010, ein

halbes Jahr vor der Wahl, die Ausführungen von mir und Ernst & Young zutreffend zusammengefasst. Zitat von Ihnen in dieser Ausschusssitzung: Irgendwann hieß es dann, geht nicht, das machen wir per Zuschuss. Das ist doch Steuergeld. Das sind doch dann genau über 92 Millionen Euro, von denen vor Jahren nie die Rede war. Das muss ich doch einfach noch einmal hier feststellen. –

Das haben Sie ein halbes Jahr nach unseren Ausführungen zusammenfassend festgestellt. Das heißt, Sie waren darüber informiert. Es ging um die 330 Millionen Euro mit der Möglichkeit, sie langfristig zu finanzieren. Diese Einschätzung müssen wir jetzt korrigieren, aber wir haben uns auf die klaren Aussagen von Ernst & Young gestützt. Das war zum damaligen Zeitpunkt solide, das zu tun; denn es gab im Jahr 2009 keine andere wirtschaftlich tragfähige Alternative. Auch das hat Ernst & Young ermittelt. Erinnern Sie sich, es war die Hochphase der Wirtschaftskrise. Es war unmöglich, Immobilien zu vermarkten oder andere externe Betreiber zu finden, die in das Projekt nicht eingebunden sind.

Die Pächter haben die vertraglich vereinbarte Pacht nicht gezahlt. Das heißt, sie haben ihre Hauptverpflichtung als Pächter nicht erfüllt, die geschuldete Pacht zu zahlen.

Dann wurde seitens der Regierung, des zuständigen Ministeriums konsequent gehandelt. Der Pachtvertrag mit Lindner und Richter wurde gekündigt. Es wurde ein Räumungsvergleich unterschrittsreif vereinbart. Die Nürburgring GmbH war bereit, den Zwischenbetrieb zu organisieren, finanziert durch das Land, um in enger Absprache mit dem Koalitionspartner genau das umzusetzen, was die EU im Beihilfeverfahren von uns fordert, eine wettbewerbsrechtlich tragfähige Situation – über die man auch streiten kann – herzustellen. Dazu waren wir bereit.

Es wurde eine Rettungsbeihilfe beantragt, die nicht heißt, die EU soll uns das Geld bereitstellen, sondern die Erlaubnis geben, mit eigenem Geld diesen Umstrukturierungsprozess im Sinne der EU zu gestalten.

Es war für uns überraschend, dass trotz der klaren Signale diese Zustimmung nicht erteilt wurde und wir durch Nichtentscheidung gezwungen wurden, Insolvenz anzumelden.

Ich will klar betonen und den getätigten Aussagen von Herrn Köbler ausdrücklich zustimmen, die Fehler bezüglich des Projekts „Nürburgring“ wurden nicht in Brüssel gemacht, die wurden hier in Rheinland-Pfalz gemacht. Dazu müssen wir uns auch klar bekennen. Nur die EU hat verhindert, dass wir eine eigene Lösungskonzeption umsetzen.

(Bracht, CDU: Die Dritte!)

Das Kloster Eberbach zum Beispiel – das kennen Sie sehr genau; dort, wo ein ehemaliger Mitarbeiter von Ihnen tätig war – hat eine Rettungsbeihilfe auch nach vorhergehender widerrufender Beihilfe bekommen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Hier hat die EU bewusst anders entschieden als im Fall von Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Dr. Mittrücker, CDU: Ja! Ja! Die anderen
sind schuld!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe zahlreiche Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Vertretern der Region geführt. Ich bin froh, dass wir anschließend Gespräche mit Vertretern beider Betriebsräte führen können. Lassen Sie mich eines versichern: Ich persönlich und wir alle nehmen die Sorgen und Nöte der Menschen dort ernst, die Klarheit darüber haben wollen, wie es mit ihrer persönlichen Situation weitergeht. Auch vielen anderen, deren Existenz von der Fortführung des Projekts „Nürburgring“ abhängig ist, muss Klarheit gegeben werden, wie es weitergeht. Das ist und bleibt für uns alle ein wichtiges Anliegen.

Ich bin mir aber sicher, das Projekt „Nürburgring“ und der Nürburgring selbst werden eine gute Zukunft haben, weil es dort qualifizierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt, die sich gerade im letzten Jahr enorm für das Projekt mit enormen Kompetenzen und Einsatzbereitschaft eingesetzt haben, und weil die Region hinter diesem Projekt steht.

Für diesen Mythos Nürburgring, die in der Welt nach wie vor bekannteste Rennstrecke, die nach wie vor enorme Potenziale hat, haben wir eine Gesamtverantwortung. Wir müssen unabhängig von Parteiinteressen gemeinsam daran arbeiten, dass diese Schritte, die notwendig sind, auf den Weg gebracht werden. Sie liegen auf der Hand. Einige haben Sie auch genannt. Es ist die schnelle Einigung mit den Pächtern, damit die Ausschreibung auf den Weg gebracht werden kann, um möglichst schnell Klarheit herzustellen.

Der wichtigste Schritt ist es jetzt, die Großveranstaltungen am Nürburgring sicherzustellen. Ich bin froh, dass es gute Signale gibt, dass „Rock am Ring“ am Ring bleiben wird und erfreulicherweise der ADAC die wichtigsten Veranstaltungen angemeldet hat. Wir hoffen, dass es sehr zügig zu den entsprechenden Einigungen kommt.

Der Sanierungsgeschäftsführer und der Sachwalter haben in ersten Äußerungen ausgesagt, als wie bedeutsam sie die Strukturpolitik ansehen und wie wichtig es ihnen ist, alle Arbeitsplätze zu erhalten. Das zeigt, dass auch von diesen Personen das Projekt mit hoher Verantwortung und hoher Kompetenz geführt wird. Deswegen sind wir froh, dass vom Gericht diese kompetenten Personen, auch auf Vorschlag der Gesellschaft, eingesetzt wurden. Das gibt Hoffnung in der Region.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich möchte bewusst an dieser Stelle auch dem Sanierungsgeschäftsführer, Herrn Professor Dr. Schmidt, danken, der am Runden Tisch die richtigen Worte gefunden hat und mit seinen Ausführungen und den aufge-

zeigten Perspektiven vertrauensbildend gewirkt hat. Auch das ist wichtig in dieser Zeit.

Meine Damen und Herren, es ist auch gut, dass der Generalsekretär den von ihm erhobenen Vorwurf zurückgenommen hat, mit der Eigenverwaltung werde gemauschelt. – Es ist die Entscheidung eines unabhängigen Gerichts, diese Personen einzusetzen, um für die weiteren Zukunftsschritte zu sorgen. Die Insolvenz in Eigenverwaltung ist eine große Chance, gerade für die Region sowie auch für die Einbindung der Region. Das sollte nicht zerredet werden, und deswegen bin ich froh, dass Sie die unüberlegten Äußerungen entsprechend zurückgenommen haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie sagten des Weiteren, es sei eine Notwendigkeit, sich zu seinen Fehlern zu bekennen. Insoweit haben Sie auch die Verpflichtung, seriös und verantwortungsvoll mit dieser schwierigen Situation umzugehen. Die Äußerungen, die Sie zu unserer Investitions- und Strukturbank, der Förderbank des Mittelstandes Rheinland-Pfalz, gemacht haben, sind verantwortungslos.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Dr. Weiland, CDU: Das ist eine Frechheit!)

Sie haben die Stellungnahme eines Anwalts zu einer Gesellschaft des Landes, der einen Schadenersatzprozess gegen das Land Rheinland-Pfalz führt, zum Anlass genommen, sie der Presse zu übergeben. Die Presse hat daraus – und ich sehe nicht das Verschulden bei der Presse – die Aussage getätigt, Abgeordnete könnten sich gegebenenfalls strafbar machen.

(Frau Klöckner, CDU: Wer hat denn das gesagt?)

– Sie haben es nicht gesagt, aber es wurde aus dem Gutachten herausgelesen, das Sie der Presse übergeben haben. Sie haben dies in der Diskussion zumindest fahrlässig bzw. billigend in Kauf genommen. Auch das ist keine anständige Vorgehensweise in dieser sensiblen Problematik.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Dr. Weiland, CDU: Das ist billige Ablenkung!)

Darin wird von Ihnen die Aussage getroffen, die Frage sei problematisch, ob das Land seine Verpflichtung aus dem Kreditvertrag erfüllen kann, der ISB die 330 Millionen Euro zurückzuerstatten. Mit diesen Aussagen in der Öffentlichkeit bringen Sie die Investitions- und Strukturbank in Gefahr. In der Ausschusssitzung heute Morgen ist Ihnen dargelegt worden, dass diese Zahlungen seitens des Landes Rheinland-Pfalz geleistet werden können, und wir haben dem als Regierungskoalition auch zugestimmt.

(Dr. Weiland, CDU: Die Rechtmäßigkeit ist nicht belegt worden!)

Uns war klar, was mit der Verweigerung der Zustimmung Ihre Absicht war. Sie wollen das Thema am Leben halten. Die klare Aussage von uns lautet: Es gibt keine Gefahr für die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz. Sie kann ihre kompetente Arbeit uneingeschränkt fortführen. Dies ist das klare Signal an die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz, und auch das gehört zur Ehrlichkeit der Diskussion dazu.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Dr. Weiland, CDU: Das gehört in die Reihe der vielen Behauptungen, die sich nachher als falsch erwiesen haben!)

– Das wird sich noch bestätigen. Aber wir haben heute Klarheit geschaffen und sind nicht Ihren Weg gegangen.

Sie haben Frau Wirtschaftsministerin Lemke und den GRÜNEN-Koalitionspartner angesprochen, der vor der Wahl das Projekt Nürburgring kritisiert hat. Die GRÜNEN haben sich – im Nachhinein Chapeau! – aus der außerparlamentarischen Opposition, in der sie damals gewesen sind, ohne Teilnahme an den Parlamentsitzungen zum Teil sehr kompetent gezeigt, was die Einbindung der Region anbelangt. Auch das gehört im Nachhinein hinzu. Sie zeigen aber auch jetzt, was es heißt, Verantwortung zu übernehmen.

Es gilt nun, gemeinsam mit der Region unter Zurückstellung von parteipolitischen Interessen das Projekt wieder zum Laufen zu bringen und die Schwierigkeiten zu beseitigen. Genau dies tut die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und dies tun auch die grünen Regierungsminister, wenn es auch Kritik in den eigenen Reihen geben möge, weil man weiß, dass man die Gesamtverantwortung für das Land zu tragen hat, und dieser Verantwortung kommt der Koalitionspartner in hervorragender und konstruktiver Weise nach.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, durch die vom Gericht genehmigte Insolvenz in Eigenverwaltung erarbeitet die Gesellschaft selbst – auch unter Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – ein Sanierungskonzept. Die Konsequenz der EU-Auflagen und der Insolvenz wird sein, dass am Ende private Investoren einsteigen und die Nürburgring GmbH wirtschaftlich betreiben werden. Gut und zielführend sind dazu die Aussagen des Sanierungsgeschäftsführers Professor Dr. Schmidt, der klar geäußert hat, es wird keine Rosinenpickerei am Nürburgring geben. Er verfolgt Konzepte, mit denen alle Arbeitsplätze mit einer guten Zukunftsperspektive für den Ring erhalten werden sollen. Dies zeigt auch, es ist die richtige Person für diese Aufgabe ausgewählt worden.

Ich bin auch Uwe Klemens und ver.di dankbar wie auch den Betriebsräten, die am Runden Tisch die Region bei der Erarbeitung der weiteren Zukunftsperspektive für den Ring einbinden. Auch dazu hat es – wie mir berichtet wurde – am Montag eine sehr interessante Diskussion gegeben, in der klar geäußert wurde – auch in Bezug auf Aussagen, die Sie getroffen haben, Herr Licht –,

dass Parteipolitik in dieser Angelegenheit keine Rolle mehr zu spielen hat. Die Region will die Zusammenarbeit aller, um das Projekt tragfähig zu machen und nachhaltigen Erfolg am Ring zu erzielen. Wir stehen zu einem offenen und ehrlichen Dialogprozess, und wir haben auch klar zugestanden, wo die Fehler in der Vergangenheit gelegen haben.

Zu dieser Vorgehensweise muss sich auch die CDU bekennen. Eines ist klar: Wir als Sozialdemokraten stehen für die Verantwortung und die Weiterentwicklung in der Eifelregion. Wir werden den Dialog mit der Region nicht abreißen lassen, und wir werden daran arbeiten, verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Kollege Köbler das Wort.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist wahr: Das 85. Jahr seines Bestehens ist für den Nürburgring sicherlich eines der schwersten Jahre, und es sind – das möchte ich ohne Umschweife klar sagen – schwerwiegende Fehler gemacht worden. Für uns als GRÜNE gilt das, was wir damals gesagt haben, vielleicht noch mehr als vor der Wahl: Es ist ein überdimensioniertes Projekt, Es ist zu teuer, es ist zu viel investiert worden, und es ist nicht überzeugend zu glauben, dass man in der Eifelregion einen ganzjährigen Betrieb tatsächlich wirtschaftlich am Laufen hält, um eine entsprechende Refinanzierung zu bekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu haben wir auch heute eine gewisse Bestätigung erfahren, aber ich sage auch, es ist eine bittere Bestätigung; denn im Gegensatz zur CDU-Fraktion sind wir um das Wohl des Landes und auch des Landeshaushalts bemüht

(Zurufe von der CDU: Oh! –
Zuruf von der CDU: Billiger geht es nicht!)

und freuen uns nicht darüber, wenn andere in der Verantwortung Fehler machen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Bracht, CDU: Das ist anmaßend!)

Winfried Kretschmann sagt: Politik ist dafür da, schwierige Probleme zu lösen. Für die einfachen Probleme braucht es keine Politik.

(Bracht, CDU: Noch besser ist es, sie zu vermeiden! –
Zuruf der Frau Abg. Beilstein, CDU)

Ja, wir haben es am Nürburgring mit einem schwierigen und großen Problem zu tun. Dabei werden wir, unseren Leitlinien entsprechend, treu bleiben: Ehrlichkeit, Transparenz, aber auch Verantwortung und Blick in die Zukunft. – Zur Verantwortung gehört eben auch, die Fehler klar zu benennen und dazu zu stehen. Ich bin Herrn Ministerpräsidenten Kurt Beck und der SPD-Fraktion dankbar, dass sie dies heute in großer Offenheit ebenfalls getan haben.

(Zurufe von der CDU: Oh! –
Bracht, CDU: Wo denn? Wann denn?)

Es gehört aber jetzt auch dazu, diese Verantwortung insgesamt mit zu übernehmen und entsprechend Fehler zu korrigieren; denn es geht uns doch hoffentlich allen nach wie vor um die Menschen in der Region, um die strukturschwache Region der Eifel und uns in diesem Hause natürlich vor allem um den Landeshaushalt. Deswegen ist es doch unsere gemeinsame Aufgabe, auch in dieser Situation alles dafür zu tun, dass möglichst viel von dem, was wir heute im Haushalts- und Finanzausschuss an Steuermitteln für den Nürburgring freigegeben haben, wieder in ein am Ende wirtschaftlich tragfähiges und sinnvolles Konzept zurückfließt, einerseits mit Blick auf den Landeshaushalt, aber andererseits auch ganz klar mit Blick auf die Menschen in der Region, auf deren Arbeitsplätze und deren Unternehmungen, auf die Menschen, die dort leben. Diese Menschen haben mir persönlich, als ich am Montag vor Ort war, unisono gesagt:

(Dr. Weiland, CDU: Sie sind der beste Mann!
Das ist ja lächerlich! –
Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Sie sind es leid, Spielball von politischen Scharmützeln in Mainz zu sein. Geben wir doch diesen Menschen endlich wieder eine Zukunftsperspektive, und schlachten wir es nicht aus für weiteres parteipolitisches Klimbim, wie wir es gerade von Frau Klöckner lange gehört haben. Aber wenn es darauf ankommt, ist sie im Urlaub oder – wie jetzt gerade – nicht da, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Dr. Weiland, CDU: Wir lesen gemeinsam Rosa-
munde Pilcher! Dummes Zeug!)

Ja, die Investitionen in das Projekt „Nürburgring 2009“ waren überambitioniert, ja, sie waren überdimensioniert. Es gehört selbstverständlich zur Transparenz dazu, dass dieses Parlament, aber auch die Bürgerinnen und Bürger, zeitnah informiert werden, wenn so etwas wie die Anmeldung der Insolvenz einer Landesgesellschaft passiert. Dies ist unmittelbar geschehen.

Ich lasse mir als Abgeordneter, auch als Abgeordneter einer regierungstragenden Fraktion, auch stellvertretend für die GRÜNEN-Ministerinnen, aber auch für die Landesregierung nicht andauernd und ständig vorwerfen, es gehe um Mauscheleien und Intransparenz.

(Dr. Weiland, CDU: Das ist aber so!)

Das ist nachweislich nicht der Fall. Bereits am 31. Mai – Herr Dr. Weiland, Sie waren dabei –

(Dr. Weiland, CDU: Das hat Frau Lemke vor
der Wahl selbst gesagt!)

hat der Finanzminister im Haushalts- und Finanzausschuss zu der Frage der beantragten Rettungsbeihilfe dezidiert und ausführlich – Sie können es im Protokoll nachlesen – das Verfahren sowie die einzelnen Schritte erläutert. Er hat gesagt, weshalb wir dies tun. Wir tun es deswegen, um in eine Übergangsphase zu kommen, um den Nürburgring sozusagen im Kerngeschäft zu betreiben, und um die Dinge, die sich nicht amortisieren, nicht zu belastend werden zu lassen. Wir tun es also zum Schutz des Steuerzahlers und zum Schutz des Landeshaushaltes.

(Dr. Weiland, CDU: Schönrederei ist das! Ha, ha!)

Herr Dr. Kühl hat Ihnen auch ganz klar gesagt, wenn die Europäische Union bis Ende Juli eine entsprechende Zusage verweigert, droht gegebenenfalls auch die Insolvenz der Nürburgring-Gesellschaft.

Diese Transparenz war – zumindest seitdem ich in diesem Hause bin, seit Mai letzten Jahres – immer und zu jeder Zeit gegeben. Ich bitte Sie, Abstand davon zu nehmen, andauernd und ständig hier von fortdauernder Mauschelei zu sprechen. Sie haben dafür keinerlei Belege. Das ist nicht unredlich, das ist schlicht die Unwahrheit, liebe Kollegin von der CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD –
Dr. Weiland, CDU: Fortdauernd!)

Es bedeutet eben auch, die Verantwortung zu übernehmen, vor Ort zu gehen und mit den Menschen zu diskutieren und zu sagen: Wie soll es denn wieder gehen? – Das ist ganz klar. Die Leute vor Ort – ob das die Arbeitnehmer sind, ob das Unternehmerinnen sind, ob das andere Menschen dort sind –, sagen ganz klar, der Rennsport ist es. Der Rennsport war es immer am Nürburgring, und der Rennsport ist es jetzt auch. Letztlich geht es genau darum. Am Ende wird es den Nürburgring geben. Am Ende wird dort auch Rennsport betrieben werden. Meine Überzeugung ist mittlerweile, es wird am Ende auch wirtschaftlich tragfähig auf Dauer gelingen. Ich glaube, diese Botschaft muss man dieser Tage auch einmal klar senden, weil dort tatsächlich Zukunfts- und Existenzängste jetzt nachvollziehbarerweise entstanden sind.

Wenn man sich dem stellt, dann bekommt man aber auch ein Gefühl dafür, dass die Menschen vor Ort nicht sagen, die freie Wirtschaft kann es besser. Das ist nicht die Botschaft, die ich erhalten habe. Die Botschaft, die ich erhalten habe, ist: Ihr müsst euch um uns kümmern. Korrigiert die Fehler. Macht es diesmal richtig. – Das ist eine Botschaft, die man mitnimmt. Das bedeutet auch, Verantwortung für diese Menschen zu haben, die sehr rennsportaffin sind, von denen ich jetzt einmal unterstelle, dass sie nicht sozusagen zum Stammklientel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehören.

(Zuruf von der CDU)

Frau Klöckner, Ihre Rede hat für einen JU-Ortsverein gereicht, aber auch da nur nach fünf Pils.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD – Dr. Weiland, CDU: Arroganter Lümmel!)

Nein, ich habe Verantwortung für 4 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer. Da gehören diese Menschen auch dazu, egal ob sie meine Partei gewählt haben oder nicht. Das gehört zur Verantwortung dazu.

Der Betriebsrat hat klipp und klar gesagt: Wir wollen nicht weiter Spielball werden – wir Arbeitnehmer – von der Politik. Wer dem Betriebsrat nicht glaubt – Sie haben es vielleicht nicht so mit den Arbeitnehmern –,

(Zuruf von der CDU: Oh!)

der mag dem Pastor glauben.

(Frau Klöckner, CDU: Fragen Sie mal den Pastor!)

Der Pfarrer hat ganz klar gesagt: Hören Sie auf mit diesen parteipolitischen Scharmützeln!

– Frau Klöckner, wenn Sie ihn treffen, dann bitten Sie doch um Vergebung, wir wollen ja alle in den Himmel.

(Frau Klöckner, CDU: Also, Herr Kollege!)

Es ist viel zu ernst, um hier diese Scharmützel weiter zu betreiben.

(Billen, CDU: Welche Scharmützel?)

Ich will aber auch einen Blick in die Vergangenheit werfen. Es war in der Vergangenheit so – wir haben einmal ein bisschen recherchiert, und es ist wirklich überwältigend, man könnte hier Abgeordnete zitieren, die früher hier im Parlament waren, die heute noch in anderen Funktionen tätig sind, ich habe mir jetzt überlegt, das zu lassen, es ist aber eindeutig –, es waren alle Fraktionen, alle Parteien, meine ich, immer für den Ausbau des Nürburgrings zu einem Erlebniszentrum.

(Frau Klöckner, CDU: Unter Bedingungen!)

Mit einer Ausnahme: Das war immer die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Frau Thelen, CDU: Wir waren auch gegen steuerfinanzierten Ausbau, Herr Köbler!)

– Das gehört zur Ehrlichkeit dazu, ob das die CDU war in Regierungsverantwortung, auch später noch in Opposition,

(Licht, CDU: Ja!)

oder ob das die mittlerweile bedeutungslos gewordene FDP ist.

(Frau Thelen, CDU: Aber doch nicht bedingungslos!)

Ich habe Drucksachen, unterschrieben von einem ehemaligen Wirtschaftsminister. Darin heißt es: Die Investi-

tion in ein Erlebniszentrum ist eine bedeutende Strukturförderung der Region in der Eifel. – Unterschrieben „Rainer Brüderle, Staatsminister“.

(Frau Schneider, CDU: Aber nicht steuerfinanziert!)

Es ist also nicht so, dass es hier nur eine Regierung und eine Partei oder Fraktion war, die bis vor Kurzem eindeutig davon ausgegangen ist, dass der Nürburgring ein Infrastrukturprojekt ist. Also tun sie nicht so, Sie haben ja selbst noch bis vor wenigen Wochen – Frau Klöckner, das ist nach EU-Lesart beihilferechtswidrig – gefordert, dass man jedes Jahr 5 Millionen Euro Steuergeld in die Formel 1 stecken solle. Da gab es den Eröffnungsbeschluss schon. Das heißt, Sie haben in Ihren Aussagen wissentlich gegen die EU-Rechtsauffassung verstoßen.

(Dr. Weiland, CDU: Das stimmt nicht!)

Davon wollen Sie heute auch nichts mehr hören. Also tun Sie nicht so, als wären Sie da komplett unschuldig und als wäre es nur so, dass es nur diese eine Auffassung gab. Wir GRÜNEN können das sagen, weil wir immer die andere Auffassung hatten und gesagt haben, wir müssen uns das kritischer anschauen. Aber deswegen muss ich den Koalitionspartner an der Stelle in Schutz nehmen. Die überwiegende Mehrheit der hier im Parlament vertretenen Fraktionen und wahrscheinlich auch eine große Mehrheit in der Bevölkerung – zumindest in der Region – ist immer anderer Auffassung gewesen. Das sage ich auch als GRÜNER, wir haben immer gesagt, es wird sich am Ende für den Steuerzahler wahrscheinlich nicht lohnen, aber Sie tun hier scheinheilig, als wären Sie es immer gewesen. Das ist das Schmücken mit fremden Federn. Das glaubt Ihnen keiner. Das zeigen alle Umfragen. Die Wählerinnen und Wähler in Rheinland-Pfalz sind halt doch schlauer, als Sie denken, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Da ist es auch nicht redlich, hier meine damalige Kollegin im Landesvorsitz und jetzige Ministerin sowie stellvertretende Ministerpräsidentin Eveline Lemke mit Zitaten zu konfrontieren, die sie wohl vor der Wahl getan hat.

(Zurufe von der CDU)

Ich weiß, dass sie, und ich weiß, dass auch meine Partei und wir

(Weitere Zurufe von der CDU)

nach wie vor zu diesen Positionen stehen und genau mit dieser Position in diese Landesregierung eingetreten sind.

(Ernst, CDU: Und jetzt?)

Es ist unredlich, aus einem Zitat, das Eveline Lemke gemacht hat, in dem sie gesagt hat, dass sie

(Ernst, CDU: Sie ist Unternehmensberaterin!)

und die Landesregierung bei der Beantragung der Beihilfe in Brüssel keinen Fehler gemacht hat, zu suggerieren, wir würden jetzt auch sagen, es hätte nie einen Fehler am Nürburgring gegeben. Nein, das ist unanständig. Das verletzt auch parlamentarische Spielregeln, weil sie das aus dem Zusammenhang reißen und unterstellen.

(Zurufe und Heiterkeit bei der CDU)

Sie können sich sicher sein, dass die grüne Herangehensweise, die wir vor der Wahl an Kriterien angelegt hatten, die gleiche ist, die wir jetzt auch in der Verantwortung nach der Wahl umsetzen, nur jetzt in einer anderen Position.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Aber wer so viele Wahlen wie Sie verloren hat, der kann sich das vielleicht nicht vorstellen, dass es eben auch zur Verantwortung gehört, dass man jetzt gemeinsam mit einem Koalitionspartner, der mit einer anderen Position in die Regierung gekommen ist – das ist kein Geheimnis, das steht ja in den Wahlprogrammen, das ist auch kein Popanz oder Skandal, dafür gibt es doch verschiedene Parteien, was soll denn das –, einen Weg gefunden hat. Das zeigt die vertrauensvolle Arbeit auch genau in diesem ganz, ganz schwierigen Punkt. Der gemeinsame Weg heißt,

(Frau Schneider, CDU: Die EU zu beschimpfen!)

mögliche Rückführungen – soweit möglich – von Steuer-
subventionen, keine neuen Dauersubventionen. Das heißt, alles nur gemeinsam mit der EU-Kommission zu tun, und das heißt auch Rückführung am Nürburgring auf das Kerngeschäft zu einem dauerhaft wirtschaftlich tragfähigen Konstrukt. Das, was wir als GRÜNE auch vor der Wahl gesagt haben, setzen wir jetzt vertrauensvoll und gemeinsam mit dem Koalitionspartner um. Wir hätten es gerne in der Verantwortung des Landes mit Unterstützung der EU getan. Deswegen bedauere ich auch, dass diese Hilfe nicht kam, aber ich sage auch, die Insolvenz ist nicht aller Tage Abend.

Wer Herrn Professor Schmidt erlebt hat, der ist guter Dinge. Begreifen wir doch das Insolvenzverfahren jetzt als Chance, um genau diese Zukunft für den Nürburgring zu entwickeln, Reduzierung auf das Kerngeschäft, dauerhafte Unabhängigkeit von Steuersubventionen und eine tragfähige Zukunft für die Arbeitnehmerinnen und die Wertschöpfung und die Unternehmen in der Region. Meine Damen und Herren, dafür arbeiten wir hart.

(Starker Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wer Professor Schmidt erlebt hat – Frau Klöckner, es ist schön, dass Sie sich am Montag mit ihm entsprechend unterhalten haben, ich habe auch am Montag die Gelegenheit gehabt, ihn kennenzulernen –, sieht, der führt doch genau das weiter, was unter Federführung von Innenminister Lewentz die Landesregierung unter Betei-

ligung der entsprechenden Fachministerinnen und Fachminister entsprechend vorbereitet hat.

(Bracht, CDU: Das hoffen wir nicht, dass die das weiterführen!)

Die Trennung von den Pächtern und die Verhandlungen um die große Veranstaltung „Rock am Ring“ sind entsprechend gesichert. Glauben Sie mir, „Rock am Ring“ steht mir noch ein Stück weit näher als das eine oder andere Autorennen. Als GRÜNER freue ich mich da ganz besonders.

Es wird doch genauso weiter verfahren. Deswegen ist es schon etwas überzogen, was wir heute hier hören, auch gegenüber dem Koalitionspartner, der ja heute auch deutlich Fehler in der vergangenen Legislaturperiode in der Alleinverantwortung eingeräumt hat. Frau Klöckner, aber wenn Sie schon anfangen, auf der einen Seite dem Koalitionspartner Wahlbetrug vorzuwerfen, das auf der anderen Seite mit einem Gutachten von Dornbach belegen, das auf Mitte Mai 2012 datiert ist, dann ist es nicht ganz glaubwürdig. Wenn der Ministerpräsident sagt, ihm war es wichtig, dass die Handwerkerrechnungen bezahlt werden, Sie dazwischenrufen und ihn auslachen und Widerspruch leisten und dann in Ihren zehn Thesen,

(Pörksen, SPD: Zehn-Punkte-Programm!)

zehn Geboten – weiß ich nicht –, zehn Geschichten sagen, wichtig ist, dass dort alle Handwerkerrechnungen bezahlt werden, dann grenzt das schon an Realsatire, was wir hier vorhin gehört haben.

(Starker Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Es war heute Morgen schon so ähnlich. Sie sind ja mit dem Vorwurf reingegangen, die Förderbank, die ISB, habe sich Vorteile verschafft – nur dann kann sie gegen Beihilferecht verstoßen – durch die Landesgarantie. Als Sie im Ausschuss gnadenlos widerlegt worden sind, haben Sie angefangen zu unterstellen, die landeseigene Bank hätte einen Schaden durch dieses Darlehen gehabt.

(Pörksen, SPD: So schnell geht das!)

So wirr und so inkonsistent sind Ihre Argumentationen. Da denkt man schon das eine oder andere Mal, ob man die Passagen dann nicht doch im Wortprotokoll nachliest. Es soll ja wieder ein Politischer Aschermittwoch kommen. Mal sehen, da habe ich heute eine ganze Menge Vorlagen dafür bekommen.

Unsere Kernforderungen sind klar benannt. Wir haben im Übrigen als GRÜNE als einzige einen Parteibeschluss, im Gegensatz zu Ihnen, weil Sie werden keine einheitliche Position finden, da bin ich mir sicher. Ich erinnere auch daran, dass bei dem Spatenstich zum Projekt „Nürburgring 2009“ nicht nur Mitglieder der Landesregierung auf dem Foto sind, sondern sämtliche CDU-Bürgermeister mit dem Landrat an der Spitze. Die übertreffen sich ja im Lächeln.

(Baldauf, CDU: GRÜNE sind auch drauf!)

Sogar Abgeordnete sind dabei und freuen sich sozusagen auf diese Investition, von der Sie heute suggerieren, dass Sie es ja schon immer gewusst hätten. Was machen Sie jetzt mit den Kollegen? Wollen Sie die aus der Partei ausschließen? Wollen Sie denen auch das Misstrauen aussprechen? Da bin ich einmal gespannt, wie Sie auch innerparteilich diese Klärung herbeiführen.

Wir GRÜNE haben dieses Jahr eine Parteitagsdebatte geführt und einen Parteitagsbeschluss herbeigeführt und klare Kernforderungen formuliert. Ein bisschen etwas haben Sie auch abgeschlossen und heute vorgetragen: Trennung von den Pächtern, weil wer seine Pacht nicht zahlt, der muss vom Hof gejagt werden, Reduktion aufs Kerngeschäft – das ist der Motorsport – und klar, keine weiteren Bausubventionen und Entlastung unseres Landeshaushalts, und alles in Abstimmung mit der EU-Kommission.

Da kann man sich auch einmal über eine Entscheidung ärgern, aber man bleibt standhaft und sagt: Auch wenn uns die Entscheidung jetzt nicht passt, dann beißen wir halt in den sauren Apfel und gehen diesen schwierigeren und steinigere Weg. – Ich kann nicht entdecken, wo da ein Weniger an Glaubwürdigkeit ist. Ich glaube, meine Fraktion, meine Partei, aber auch die Koalition insgesamt zeigt gerade in dieser schwierigen Situation ein großes Maß an Transparenz, an Ehrlichkeit und damit auch an Glaubwürdigkeit, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wenn Sie es schon immer gewusst haben, dann frage ich mich, warum Sie erst heute nach über fünf Jahren so etwas wie ein „Konzeptchen“ für den Nürburgring vorlegen. Ich sage Ihnen klipp und klar: Wer in der Verantwortung ist und Dinge umsetzt, kann auch Fehler machen. Wer aber überhaupt keinen Plan hat, wird nie in Verantwortung kommen. Das ist auch gut so.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Was bedeutet maximale Transparenz? Die Landesregierung hat in vielen Ausschüssen – das berichten mir die Kolleginnen und Kollegen –, z. B. im Innenausschuss, Rechtsausschuss, Haushalts- und Finanzausschuss und im Wirtschaftsausschuss, immer und immer wieder über den Nürburgring berichtet. Das war gut und richtig. Die Dokumente sind immer zugeleitet worden. Auch vertrauliche Dokumente sind zur Einsicht vorgelegt worden. Es ist aber selbstredend, dass man nicht gegen EU-Recht verstoßen kann, damit Sie das an die Presse weitergeben können. Die Transparenz ist immer hergestellt worden.

Wir haben jetzt dafür gesorgt, dass die Transparenz noch maximiert wird, indem auf Anregung der Koalitionsfraktionen der Parlamentarische Beirat installiert wird. Dieser muss – wir haben überhaupt keine Berührungängste – zeitnah direkt nach dem Ende der Sommerferien tagen. Sie möchten den einen oder anderen externen Experten dazu bitten, weil Sie in ihrer Fraktion niemand finden. Wenn dies zur Wahrheitsfindung dient, soll es

daran nicht scheitern. Dieses Angebot machen wir Ihnen gerne.

Wir müssen gemeinsam den neuen Weg beschreiten. Dann wird er auch auf Dauer funktionieren. Ich bitte Sie und auch Ihre Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament inständig, dem Beispiel der Bundesregierung zu folgen und das Land Rheinland-Pfalz dabei zu unterstützen, dass es eine sinnvolle Lösung für den Nürburgring gibt, die mit dem EU-Recht vereinbar ist. Das Kerngeschäft, das funktioniert und die Arbeitsplätze sichert, muss ein Stück weit anders bewertet werden als die eine oder andere Kirmes, der Freizeitpark oder die Achterbahn, die nicht funktioniert. Man muss differenziert darauf schauen.

Sie haben auch Ihre Kontakte. Nutzen Sie sie! Hier oben haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch ein Recht auf eine konstruktive Opposition. Das, was wir als GRÜNE, die sehr kritisch mit dem Projekt sind, tun, kann ich auch von Ihnen entsprechend erwarten. Arbeiten Sie im Parlamentarischen Beirat mit! Nehmen Sie die Transparenz an! Wenn Sie etwas nicht verstanden haben, fragen Sie noch einmal nach, oder lassen Sie es sich schriftlich geben.

(Ramsauer, SPD: Sehr gut! –
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Verwechseln Sie nicht missverstehen oder nicht verstehen mit Intransparenz oder Mausehelei. Das lasse ich mir für die Zeit, in der wir in der Verantwortung sind, auf gar keinen Fall vorwerfen. Bitte beenden Sie dies. Wir stehen für eine maximale Transparenz.

Meine Damen und Herren, wir haben nichts zu verbergen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Sie wissen, dass Sie uns keine Vorwürfe machen können. Wir waren in der vergangenen Legislaturperiode leider in der außerparlamentarischen Opposition. Wir haben uns aber auch außerhalb des Parlaments mit Eveline Lemke an der Spitze wahnsinnig in diese Thematik hineingearbeitet. Ich danke dem Kollegen Hendrik Hering für die anerkennenden Worte für diese Arbeit in keiner leichten Zeit, wie Sie uns glauben können.

Nun stellen Sie wilde Forderungen. Sie haben es offensichtlich im Untersuchungsausschuss in der vergangenen Legislaturperiode nicht geschafft, das entsprechend nachzuweisen, was Sie heute wieder und wieder behauptet haben. Wir können uns doch politisch gerne über den Nürburgring streiten. Da sind wir GRÜNE immer vorne mit dabei. Das ist gar kein Problem. Aber hören Sie doch auf. Wenn Sie mit politischen Argumenten nicht weiterkommen, drohen Sie mit dem Strafrecht; Untreue oder welche Sau noch geritten wird.

(Pörksen, SPD: Frechheit!)

Ich finde, es ist außerhalb der parlamentarischen Spielregeln, wenn man versucht, Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten mit strafrechtlichen Konsequenzen zu

drohen und zu sagen, wenn Sie so oder so abstimmen würden, dann würden Sie sich der Untreue schuldig machen. Das ist nicht nur ungeheuerlich, sondern ein maßloser Vorgang, der außerhalb jeder parlamentarischen Spielregel steht.

Wir haben vorhin erfahren, dass Sie doch die Verfassung gelesen haben. Diese Auseinandersetzung ist es nicht wert, die Verfassung und die Rechte des Parlaments, die die Demokratie unserer Vorfahren gegen Autokraten, Diktatoren und Monarchen erstritten hat, derartig zu unterhöhlen und infrage zu stellen. Sie sollten sich etwas schämen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Sie können alle Vorwürfe machen und über alles mit uns politisch diskutieren. Kritisieren Sie Rot-Grün, die SPD-Regierung, die GRÜNEN oder wen Sie wollen. Das gehört zum politischen Schlagabtausch dazu. Wenn Sie aber Behauptungen aufstellen, die Sie nicht belegen können, wie Untreue, Wahlbetrug, Rechtsbruch und Insolvenzverschleppung, dann hören Sie doch endlich auf, diese Dinge einfach nur in den Raum zu stellen.

Sie haben behauptet, der Haushalt wäre verfassungswidrig, und haben nicht den Mut gehabt, vor das Verfassungsgericht zu ziehen. Da haben Sie schon gezeigt, dass Sie es nicht können, nicht drauf haben und wahrscheinlich gar nicht an das glauben, was Sie sagen. Wenn alle Ihre wildesten Vorwürfe auch nur den Ansatz von Belegbarkeit in Ihren Augen haben, müssten Sie doch jetzt die Konsequenzen ziehen und sagen, wir beantragen einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Ich habe damit überhaupt kein Problem. Wir haben nichts zu verbergen.

Da Sie das vielleicht ahnen, haben Sie Angst davor, dass der Untersuchungsausschuss wieder ein Rohrkrepierer wie in der letzten Wahlperiode werden kann, in dem Sie es nicht hinbekommen haben. Wer ständig bellt, muss auch irgendwann einmal beißen. Wer nicht den Mumm hat, seine Thesen entsprechend der empirischen Überprüfung zu stellen, hat auch nicht den Mumm, dieses Land zu regieren. Ich bin über die Umfragen froh. Ich glaube diesen auch nicht alles. Die Menschen in diesem Land gehen Ihnen nicht auf den Leim, und sie wissen, dass man in der Regierung auch Fehler machen kann.

Meine Damen und Herren, man braucht aber vor allem das Format, um das Land in die Zukunft zu führen. Dieses Format hat die Koalition. Die Opposition lässt es selbst in dieser Frage schmerzlich vermissen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir haben den Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler angenommen. Wir stellen uns der Verantwortung und auch den schwierigen Problemen, die wir am Nürburgring zweifelsohne haben, die wir aber vielleicht nicht ursächlich mit zu verantworten haben. Wir haben aber die Verantwortung übernommen, diese zu korrigieren.

Vielleicht ist Ihr Verdruss auch damit begründet, dass da eine unbeschwingte Truppe aus der APO kommt und jetzt in der Regierung gute Arbeit macht und Sie das nicht dürfen. Ich verstehe das menschlich sogar. Wenn Sie sich die Umfragen einmal genau anschauen, die wir erleben, müssten Sie sich doch eigentlich tierisch ärgern.

Es ist unfair, dass Sie von den Fehlern und Problemen, die die Landesregierung eingestanden hat, nicht profitieren können. Das liegt daran, dass die Menschen es honorieren, wenn man Probleme offen anspricht und die Verantwortung übernimmt. Sie honorieren nicht, wenn man nur Feuerwerke abzieht, die zuerst schön glimmen, aber dann ist es wieder dunkle Nacht. Am Ende ist kein geholfen.

(Schreiner, CDU: Das sagt der Richtige!)

Wir haben unsere Rolle als GRÜNE gefunden. Das eine oder andere ist in der außerparlamentarischen Opposition oder in der Regierungsverantwortung anders. Es ist trotzdem dieselbe Richtung. Es sind dieselben Inhalte und Werte. Man muss vielleicht das eine oder andere an der Basis länger erklären. Das ist gar keine Frage. Ich kann das aus voller Überzeugung tun. Ich muss meiner Basis nicht sagen, wir machen nur aus Koalitionstreue mit.

In der vergangenen Legislaturperiode sind Fehler gemacht worden. Wir sind aber der Überzeugung, dass es zu unserer Verantwortung dazugehört, diesen Weg aktiv mit zu begleiten und gemeinsam zu gehen. Wir haben ein hohes Maß an Vertrauen beim Koalitionspartner, für das ich mich bedanken möchte. Ich spüre auch ein hohes Vertrauen in der Fraktion, die wir immer sehr eng über alle Vorgänge, die uns zugänglich sind, entsprechend unterrichtet haben. Wir haben den Rückhalt unserer Parteibasis. Unser Antrag auf dem letzten Landestag ist ohne Gegenstimme einstimmig angenommen worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie bekommen zum Nürburgring eine gemeinsame Position nie hin, weil auf der einen Seite die Leute die Meinung vertreten, null Steuergeld, das ist alles Vergnügungspark, und die Leute vor Ort sagen, wir brauchen das Land im Hintergrund, weil wir die Struktur und die Arbeitsplätze sichern wollen. Das haben wir schon des Öfteren gehört. Darüber gibt es auch legendäre Zeitungsartikel aus dem „Trierischen Volksfreund“. Wenn man einmal recherchiert, hat man auch manchmal seinen Spaß, weil sich Ihre Leute vor Ort gegenseitig zerlegt haben.

Sie werden eine gemeinsame Position nicht hinbekommen. Sie haben dazu nicht den Mut und bekommen keine gemeinsame Linie hin. Deswegen fehlt Ihnen offenkundig auch ein Stück weit die Reife, um dieses Land zu regieren, weil es sich genau daran bemisst.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Meine Damen und Herren, zur Ehrlichkeit gehört auch, dass wir jetzt mit der Ablösung des ISB-Darlehens auch Mittel aus dem Haushalt aktiviert haben. Es ging heute

Vormittag um gut 330 Millionen Euro. Ich will mich nicht nur auf die 254 Millionen Euro beschränken.

Ich glaube, zu einer ehrlichen Analyse gehört auch, dass Zweifel berechtigt sind – man sollte das lieber ehrlich sagen –, dass dieses Geld voll umfänglich auch wieder zurückfließt. Gleichwohl kann heute niemand, ob er optimistisch oder pessimistisch ist, seriös sagen, wie viele Steuermittel am Ende wieder zurückfließen bzw. was unter dem Strich möglicherweise an der Steuerzahlerin oder am Steuerzahler hängen bleibt. Es ist schlichtweg unseriös, das heute zu tun.

Das kann man erst dann tun, wenn nicht nur erkennbar, sondern bereits in Umsetzung der Insolvenzgeschäfts-führer mit dem Insolvenzverwalter und mit der Europäischen Kommission die Restrukturierungskonzeption angeht, seine Konzepte vorlegt und zeigt, welche Pacht-, Verkaufs- und Vermarktungserlöse gegebenenfalls möglich sind. Dann wird man einen Schnitt machen können. Wir werden mit Sicherheit auch noch die Gelegenheit haben, darüber zu sprechen.

Wir haben heute die Vorsorge dafür getroffen, dass die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen und das Fass tatsächlich einen Boden hat. Es ist nämlich nicht davon auszugehen, dass es über diese Mittel hinausgeht.

Gehen wir lieber einmal von dem „worst case“ aus. Das sind maximal 330 Millionen Euro. Ich glaube, es wird am Ende für den Steuerzahler besser ausgehen. Ich gebe aber keine Versprechungen, die ich hinterher nicht einhalten kann.

Es ist noch ein dritter Punkt hinzugekommen. Sie haben erneut und wiederholt behauptet, dass dieses Geld den Kitas, der Bildung und den Kommunen fehlen würde. Das ist ganz nett, wenn man im Wahlkampf ist. Sie wissen aber auch, dass das, was wir heute Vormittag beschlossen haben, damit schlicht und ergreifend nichts zu tun hat.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Es wird in der Bildung, bei den Kindertagesstätten und bei den Kommunen keinen Cent gekürzt. Hören Sie doch auf, so etwas zu behaupten. Das glaubt Ihnen doch keiner mehr. Wir haben das seriös gegenfinanziert, die Vorsorge getroffen, die Rücklage eingebaut und Mittel, die sowieso in den Nürburgring geflossen wären, genommen. Das finde ich besonders gut. Wir haben aufgrund der günstigen Zinssituation beim Schuldenmanagement knapp 60 Millionen Euro an dieser Stelle eingesetzt.

Es ist kein Geld, das den Kindertagesstätten, den Schulen oder den Kommunen fehlt. Es ist unredlich, wenn Sie das weiterhin behaupten. Das müssen Sie zurücknehmen. Hören Sie doch auf, dieses Land immer weiter schlechtzureden und eine Sau nach der anderen durch das Dorf zu treiben. Rheinland-Pfalz steht viel besser da. Die Regierung hat einen Teil dazu beigetragen.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie werden so schnell keine Wahl gewinnen, weil Sie das Land schlechtreden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich will in dem Zusammenhang nur ganz kurz etwas zum Thema „ISB“ sagen. Wer öffentlich eine Förderbank derartig mit halbseidenen Behauptungen in Misskredit bringt und ihr damit, wie wir heute Morgen gehört haben, jetzt schon nicht nur einen Rufschaden, sondern auch einen materiellen Schaden zugefügt hat, handelt grob fahrlässig, wenn er weiß, dass diese Förderbank für die Mittelstandsfinanzierung, zum Teil für die Kommunalfinanzierung und für Investitionen vor Ort da ist.

(Bracht, CDU: Den Schaden haben Sie und hat kein anderer zugefügt! –
Pörksen, SPD: Sie und Ihr dummes Gequatsche!)

Das hat der Geschäftsführer der Förderbank heute gesagt. Es sind nicht meine Worte, die ich mir ausgedacht habe. Das steht auch gar nicht auf meinem Skript; das weiß ich erst seit heute Morgen.

(Bracht, CDU: Verursacher sind Sie doch!)

Sie betreiben damit eine zutiefst wirtschafts- und mittelstandsfeindliche Politik. Korrigieren Sie das.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD –
Bracht, CDU: Sie waren das doch!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass diese Sondersitzung des Landtags heute richtig und wichtig ist. Es ist eine schlichte Unwahrheit, wenn hier behauptet wird, der Termin wäre irgendwie durchgedrückt worden. Sie war richtig und wichtig, um klipp und klar zu zeigen: Wir stehen hier zu dem, was sich am Nürburgring tut. Es wird hier auch klipp und klar von Fehlern gesprochen. Es war auch richtig und wichtig, das hier im Parlament stellvertretend für die Debatte in der Gesellschaft zu führen. Ich glaube, es ist gut, dass der Ministerpräsident auch ungeschminkt gesagt hat, welches die Motivation und die Fehler waren,

(Frau Thelen, CDU: Ja, ist klar!)

und er auch klipp und klar gesagt hat, wie es weitergehen wird.

Wir als GRÜNE werden uns nicht aus der Verantwortung stehlen. Wir werden dazu stehen und am Nürburgring weiterhin konstruktiv mitarbeiten, auch insgesamt in dieser Landesregierung konstruktiv mitarbeiten, weil die Landesregierung eine hervorragende Arbeit macht,

(Heiterkeit bei der CDU)

sehr zukunftsgerichtet arbeitet im Bereich der Energiewende, was die Wirtschaftssituation, die Investitionen in Bildung, in Kitas und in Hochschulen angeht.

(Bracht, CDU: Am Nürburgring haben Sie das sechs Jahre gemacht!)

Sie können mir glauben, dass das Vertrauen meiner Fraktion in diese Landesregierung gerade jetzt ungebrochen ist. Gerade in solchen Zeiten, in schwierigen Situationen, zeigt es sich auch.

(Frau Beilstein, CDU: Und an der Basis! –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Deswegen werden wir den Wählerauftrag auch erfüllen, und der lautet: Die Grünen sollen gemeinsam mit der SPD Regierungsverantwortung übernehmen. Wenn man Umfragen nur ein bisschen glaubt, ist es nach wie vor der Wille der übergroßen Mehrheit, dass diese Regierung – Rot-Grün – in dieser Konstellation mit diesen Personen diese bisher weitgehend erfolgreiche Arbeit bis zum Ende der Legislaturperiode fortführt. Dazu stehe ich, und ich bin der Überzeugung, dazu stehen meine Fraktion und auch die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Da brauchen Sie hier überhaupt keine Unsicherheiten zu schüren. Das wird zu keinerlei Erfolg führen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Jetzt kommt es darauf an, nicht nur in diesem Land, sondern auch am Nürburgring in die Zukunft zu schauen,

(Schreiner, CDU: Die SPD zittert vor Ihnen!)

gemeinsam mit dem Geschäftsführer, Herrn Professor Schmidt, der laut Ihres Generalsekretärs ein hervorragender Mann ist – er hat ja Ihren Meldungen aus dem Urlaub widersprochen, Frau Klöckner –,

(Licht, CDU: Was auch falsch ist! Falsche Behauptung!)

für den Nürburgring an einer Lösung zu arbeiten, die tragfähig ist. Das bedeutet Rückführung auf das Kerngeschäft, das bedeutet entsprechende Vermarktung oder Verpachtung, das bedeutet enge Abstimmung mit der EU-Kommission. Unsere Leitlinien bleiben dabei Offenheit und Transparenz, Verantwortlichkeit und auch die Verantwortung für den Landeshaushalt, dass Steuermittel in Zukunft nicht mehr dort hineinfließen.

Das ist auch unsere Verantwortung für die Menschen in der Region, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Unternehmerinnen und Unternehmer in der Eifel, die wir dabei nicht aus dem Blick verlieren, sondern uns einer Diskussion mit ihnen stellen und Sie auch ganz stark im Blick haben. Deswegen war ich am Montag auch persönlich vor Ort.

Wenn es uns gelingt – dafür gibt es gute Anzeichen; „Rock am Ring“ ist eines, die ersten Konzeptionen von Professor Schmidt sind ein anderes Anzeichen –, weiterhin erfolgreich Politik für Rheinland-Pfalz und vor allem für die Zukunft unseres Landes zu machen, dann bin ich davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger das weiterhin unterstützen werden und wir einen ganz klaren demokratischen Auftrag dafür haben, das weiterzuführen, was wir hier miteinander tun,

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

den sozial-ökologischen Wandel in Rheinland-Pfalz zu gestalten.

Nachdem Sie sich sehr lange mit der Vergangenheit abgearbeitet haben, möchte ich Ihnen mit Erlaubnis des Präsidenten noch ein Zitat mit auf den Weg geben: „Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.“ – Albert Einstein.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Staatsminister Roger Lewentz.

**Lewentz, Minister des Innern, für Sport
und Infrastruktur:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren seit 09:00 Uhr, zunächst in Ausschusssitzungen, jetzt in dieser Sondersitzung, für die Region Nürburgring und für die Zukunft der Menschen dort. Ich finde es richtig, dass wir die Gelegenheit hatten, heute Morgen in den Ausschusssitzungen aus Sicht der Landesregierung sehr ausführlich Stellung zu nehmen. Ich glaube, wir konnten alle Fragen beantworten.

Für mich ist das heute ein Tag, den ich mit einem guten Stück Demut, aber auch mit Blick auf die Zukunft unverzagt gestalten möchte. Ich möchte dem Herrn Ministerpräsidenten ganz herzlich für eine sehr persönlich gehaltene Rede danken.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Ich bin davon überzeugt, Sie war diesem Anlass angemessen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch Ihre Rede, Frau Klöckner, war phasenweise eine sehr ordentliche Zusammenfassung der Vergangenheit,

(Ramsauer, SPD: Aber nur phasenweise! –
Dr. Weiland, CDU: Oberlehrer Lewentz! Wo sind wir denn hier?)

garniert – wie zu erwarten – mit den angekündigten Vorwürfen in der zu erwartenden Schärfe. Das ist für eine Oppositionsführerin so zu erwarten gewesen. Was mich sehr gewundert hat, war, dass diese Rede inhaltlich sehr nach hinten orientiert gewesen ist. Vielleicht ist auch das bei einer Oppositionsführerin ein Stück zu erwarten gewesen. Aber die Zukunftsentwürfe für den Nürburgring, insbesondere für die Menschen, die dort tätig sind, die eigenen Vorstellungen, wie man den Nürburgring nach vorn entwickeln will, habe ich sehr vermisst.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Dr. Weiland, CDU: Ihre Vorstellungen haben zur
Insolvenz geführt!)

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war in den letzten Tagen und Wochen hier. Ich habe meinen Urlaub wie andere auch nach vier Tagen abgebrochen. Ich habe versucht mitzuarbeiten, wie viele in meinem Haus – Staatssekretär Häfner, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ebenso meine Kolleginnen und Kollegen und deren Mitarbeiter –, um Antworten für die Zukunft formulieren zu können. Vielleicht ist das für mich an der einen oder anderen Stelle etwas ungewöhnlicher. Ich habe an der Stelle einmal auf eine gewisse Öffentlichkeitsarbeit verzichtet. Ich glaube, das konnte man auch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den Zeitungen durfte man Rücktrittsforderungen lesen, vor allem solche in Auslandsurlauben formulierte – es hat immer eine ganz besondere Note, aus dem Ausland im Inland Politik betreiben zu wollen und sich auch noch jeden Tag zu überbieten –, mit

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Rücktrittsforderungen an den Ministerpräsidenten, Rücktrittsforderungen an Minister, Rücktrittsforderungen an ehemalige Minister, Forderungen nach Neuwahlen, jeden Tag etwas Neues. Das war schon relativ ungeordnet.

Was mich jedoch als persönlich Betroffener am meisten ärgert: Es scheint mir an einer gewissen Ernsthaftigkeit zu mangeln. Fordern, Argumentieren und Handeln klaffen weit auseinander. Ich will Ihnen das mit einem Bild beschreiben. Dieses Handeln von Frau Klöckner erinnert mich an folgendes Bild: In Mainz liegt der Ball auf dem politischen Elfmeterpunkt,

(Licht, CDU: Den Satz hatten Sie schon einmal! Den hatten Sie schon einmal vorgelesen! Das ist nicht neu! Das ist gar nicht neu!)

und die Schützin liegt gleichzeitig in südeuropäischen Gefilden am Strand beim Sonnenbaden. Ob das ernsthaftes Handeln ist, ob das zusammengeht, das weiß ich nicht. Ich hätte schon erwartet, dass Sie hier ist. Aber gut. Sie ist es nicht. Es hat nicht funktioniert. Es sollte wohl auch so nicht sein.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Weitere Zurufe der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einige richtige Blicke in der Vergangenheit habe ich Frau Klöckner ja zugestanden.

(Licht, CDU: Ist ganz alt!)

Lassen Sie mich auf einige Schwachpunkte und Falsch-aussagen der Rede eingehen.

(Billen, CDU: Das ist doch nicht mehr wahr!)

Zu der ISB ist einiges gesagt worden. Wir haben heute Morgen vom Geschäftsführer gehört: Nein, die landeseigene Förderbank kommt nicht in Schwierigkeiten. – Frau Klöckner, Sie haben uns mit einem gewissen Tremolo in der Stimme erzählt, wie viele Briefe von SPD-Mitgliedern

bei Ihnen eingehen, Sie haben auch einen Brief zitiert, der auch nicht neu war; der ist aus 2010 und schon im Untersuchungsausschuss zitiert worden.

(Pörksen, SPD: Richtig! Vorlesen!)

Ich hätte gern von den aktuellen und vielen neuen Briefen gehört, die Sie offenkundig nicht vorweisen können.

Sie haben Tränen zur Formel 1 vergossen. Frau Klöckner, als wir mit Herrn Ecclestone am Rande des letzten Formel-1-Rennens gesprochen und gesagt haben, es gibt eine Obergrenze der Opposition von 5 Millionen Euro, hat er müde mit den Augen gezuckt und gelächelt.

Sie müssen das eine mit den anderen Forderungen immer in Übereinkunft bringen. Ihre zehn Forderungen sind nichts Neues. Die sind teilweise okay. Zum Beispiel: „Unverzüglich muss mit den Veranstaltern am Ring verhandelt werden, um die erfolgreichen Veranstaltungen zu sichern; sie sind Lebensgrundlage für eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit am Ring.“ – Dazu ist viel gesagt worden. Ich will das gleich mit aktuellen Beispielen belegen: „Der teure Dauerstreit zwischen den Pächtern und dem Land muss schnellstens beendet werden.“ „Alle vom Land 2010 verpachteten Anlagen müssen zurückgegeben werden.“ – Was haben wir denn das ganze Jahr gemacht? –:

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Am Schluss hierzu die Voraussetzungen geschaffen. „Die Geschäftstätigkeit der Unternehmen im Gewerbegebiet Nürburgring muss langfristig gesichert werden.“ – Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wir haben doch dafür gesorgt, dass sich diese Gewerbegebiete so ordentlich entwickelt haben. „Handwerksbetriebe, die auf ihr Geld warten, dürfen nicht in eine existenzielle Schief-lage geraten.“

Das hat der Herr Ministerpräsident in seiner Rede betont und gefordert. Sie haben gelacht und gefeixt, und dann wird es als Punkt 5 Ihrer Liste präsentiert. Ist das dieser ehrliche Umgang mit der Zukunft, den wir alle für unseren Nürburgring brauchen?

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Klöckner hat mit Blick auf Aussagen und Protokolle des Untersuchungsausschusses auch auf mich Bezug genommen. Es waren allerdings dummerweise wieder von Herrn Baldauf abgeschriebene Reden; die waren damals schon falsch und sind jetzt nicht richtiger geworden.

(Baldauf, CDU: Oh! –
Pörksen, SPD: Richtig!)

Dann hat Frau Klöckner, wahrscheinlich weil sie das thematisch in die Nähe einer Landtagswahl bringen wollte, vom Bericht des Rechnungshofs gesprochen und den in den März 2011 datiert. Tatsächlich ist er im Januar 2012 gekommen.

Das Schönste – das hat mir richtig gut gefallen – war das Bild mit den zwei Eintrittskarten. Wir stellen uns einmal Frau Klöckner in ihrer gesamten Zurückhaltung

(Heiterkeit des Abg. Pörksen; SPD)

– kein Twitter, gar nichts – vor. Sie fährt auf den Ring, und es gibt diese Episode. Sie kauft eine Karte – das ist gut –, sie hat also kein Privileg in Anspruch genommen. Dann gibt man ihr eine zweite Karte.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Die hält sie zurück, weil möglicherweise im Sommer 2012 eine Sondersitzung des Landtags sein könnte. Jetzt hat sie diese Karte dummerweise in der Wiedervorlage verlegt. Sie hätte uns sonst ja beide Karten gezeigt. Das sind Geschichten, die eine Rede unnötigerweise garnieren und anreichern sollten, wo man sich wirklich fragen muss, was das soll, wenn wir über Ernsthaftigkeiten reden.

(Licht, CDU: Hier ist sie! Hier ist die Karte!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist so was von billig.

(Weitere Zurufe von der CDU –

Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ist es die zweite? –

Zuruf von der CDU: Lügner! –

Frau Brede-Hoffmann, SPD: Vielleicht ist es die dritte!)

Sie kennen doch Ihre Vorsitzende genauso gut wie ich. Sie kann doch keine halbe Minute Zurückhaltung üben, wenn sie eine solche Möglichkeit in die Hand bekommen hätte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu vielen Vorwürfen,

(Bracht, CDU: Kennen Sie die Situation am Nürburgring immer noch nicht?)

unter anderem verbunden mit einem Vergleich zu Verfehlungen in Ihrer Landtagsfraktion,

(Bracht, CDU: Nicht so große Sprüche machen!)

gibt es einen großen Unterschied: Bei uns hat sich keiner persönlich bereichert. Das will ich an dieser Stelle auch einmal deutlich machen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Zurufe der Abg. Bracht und Billen, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ich möchte mich an dieser Stelle gern als Fan des Nürburgrings outen. Ich bin mir über die Bedeutung für unser Land, natürlich insbesondere für die Region, für die dort lebenden und arbeitenden Menschen, sehr bewusst. Für uns und für mich – so haben wir es immer verstanden – ist der Ring eine herausragende Infrastruktureinrichtung. Jürgen Häfner und ich und viele andere haben sich seit dem 19. Mai mit der gesamten Kraft, die uns zur Verfü-

gung stand, dem gewidmet, dass diese Infrastruktureinrichtung Zukunft erhält und Zukunft bekommen wird. Es ist übrigens auch ein großartiger Werbefaktor für unser Land. Da liegen wir nicht auseinander.

Ich freue mich sehr, dass die Betriebsräte Herr Bohr, Herr Hoffmann und Herr Jung und Vertreter von ver.di heute hier sind. Wir haben in diesen Monaten viel miteinander gesprochen, uns informiert und versucht, gemeinsam an dieser Zukunft zu arbeiten. Ich will an dieser Stelle noch einmal betonen, diese Arbeit ist nicht vorbei, ganz im Gegenteil, wir müssen wieder die Ärmel hochkrempeln und daran mitarbeiten, dass diese Zukunft geschafft werden kann.

Ich war damals bei der Eröffnung der Grand-Prix-Strecke Gast gewesen. Das, was Ministerpräsident Vogel damals gesagt hat, habe ich nicht mehr im Wortlaut im Ohr, aber dem Grunde nach. Damals war für alle klar, diese Infrastruktureinrichtung ist zu 100 % staatlich zu finanzieren. Damals hat der Bund seinen Ausstieg eingezahlt und uns, dem Land und dem Landkreis, den Ring in staatliche Obhut übertragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir waren gemeinsam der Meinung nach unseren Bemühungen und auch nach Ihrer Aufforderung, nachdem wir feststellen mussten, dass Pachtzahlungen nicht so erfolgen, wie im Betriebspachtvertrag vereinbart – ich habe heute Morgen in der gemeinsamen Ausschusssitzung einiges dazu gesagt –, die Verfügungsgewalt über den Nürburgring wieder in unsere Hände bekommen zu müssen, um dann gemeinsam mit der Europäischen Kommission die Zukunft umstrukturierend organisieren zu können.

Wir haben dies 31-mal seit der Landtagswahl im Plenum und in den Ausschüssen diskutiert, 31-mal in einem guten Jahr. Ich finde, das ist schon erheblich. Ich bin davon überzeugt, dass Sie alles sagen können, aber nicht, dass in 31 Sitzungen keine Informationen geflossen wären. Das wäre zu billig und zu einfach.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe am 19. Mai die Verantwortung übernommen und sofort Gespräche mit Herrn Lindner und Herrn Richter, unseren Vertragspartnern, geführt. Ich habe von ihnen immer gesagt bekommen, am Nürburgring verdienen wir gutes Geld, wir haben eine gute Zukunft vor uns.

Ich war sehr erstaunt, als dann über den Sommer hinweg festgestellt werden musste, dass im ersten Mindestpachtjahr, in dem Herr Lindner und Herr Richter 5 Millionen Euro Mindestpacht hätten zahlen müssen, die Pachtzahlungen ausgeblieben sind, und zwar in einem Vertragswerk, das sie unterschrieben und mitentwickelt haben, und das im ersten Jahr eine Mindestpacht von 0 Euro, im zweiten Jahr eine Mindestpacht von 5 Millionen Euro und im dritten Jahr, in dem wir uns jetzt befinden, eine Mindestpacht von 10 Millionen Euro und dann folgend 15 Millionen Euro vorsah mit den Folgen, die wir Ihnen heute Morgen erläutert haben, nämlich dass dann auch die Deckungsbeiträge für die Nürburg-

ring GmbH auskömmlich gewesen wären, um die Zukunft dort zu organisieren.

Schon im ersten Mindestpachtjahr keine Pacht zu zahlen bedeutet, wir waren als Landesregierung gefordert zu reagieren. Wir haben ein Mahnverfahren auf den Weg gebracht, den Betriebspachtvertrag gekündigt und eine Zahlungsklage und Herausgabeklage gegen die NAG bei Gericht anhängig gemacht. Das halte ich in dieser Zeitabfolge für ein sehr konsequentes Handeln, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Da wir aber wussten, dass Gerichtsverfahren über mehrere Instanzen länger dauern können, haben wir, Ministerpräsident Beck und ich, persönlich mit Herrn Lindner und Herrn Richter zweimal verhandelt und vereinbart, dass wir uns so vereinbaren werden, dass die Verfügungsgewalt zum 31. Oktober 2012, 24:00 Uhr, auf uns zurückgeht und wir dann – das war immer das, was wir der Europäischen Kommission gesagt haben – in der Lage sind, nicht mehr gebunden an einen Vertrag, der bis 2030 und länger geht, die Zukunft auch im Sinne und in enger Absprache mit der Europäischen Kommission zu organisieren. Ich glaube sehr, dass man nicht sagen kann, das wäre kein verantwortliches Handeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben nichts auf die EU geschoben. Wir haben nur zu einem gewissen Zeitpunkt die Möglichkeit dieser Umstrukturierung durch die Europäische Kommission aus der Hand genommen bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am 16. Juli – Sie wissen es – war ich in der letzten Verhandlung mit Herrn Lindner einig und fix – das Vertragswerk war ausgehandelt –, dass dieses Ziel 31. Oktober Rückübertragung der Verfügungsgewalt erreicht war. Das habe ich Kommissar Almunia geschrieben. Ich will Ihnen diesen Brief vorlesen. Sie werden aus diesem Brief keine Vorwürfe herauslesen können, aber eine Bitte um eine sehr konstruktive Mithilfe:

Sehr geehrter Herr Vizepräsident Almunia, im Namen der rheinland-pfälzischen Landesregierung danke ich Ihnen für Ihre Unterstützung bei der Entwicklung eines Restrukturierungskonzeptes für den Nürburgring im Rahmen des geltenden Beihilferechts zum Wohle der Beschäftigten am Nürburgring und in der gesamten Region – darum geht es uns immer –. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie darüber informieren, dass es uns gelungen ist, mit dem derzeitigen Betreiber des Nürburgrings, der NAG, eine vergleichsweise Einigung zu erzielen. Wie Ihnen sicher nach dem Treffen mit meinem Kollegen, Herrn Finanzminister Dr. Kühl – er war am 12. Juni bei Herrn Almunia und unsere Experten am 13. Juni in der Kommission –, bekannt ist, war dies die grundlegende Voraussetzung für unser Restrukturierungskonzept, da es uns in die Lage versetzt, die Verfügungsgewalt über den Nürburgring zurückzugewinnen und den Restrukturierungsprozess anzustoßen.

Daher würde ich mich freuen – das habe ich an Herrn Almunia geschrieben –, wenn Sie diesen wichtigen Erfolg in Ihre Erwägungen bei der Entscheidung über die Rettungsbeihilfe für die Nürburgring GmbH mit einbeziehen würden. Ohne die Rettungsbeihilfe stehen die Nür-

burgring GmbH und ihre verbundenen Unternehmen vor der Insolvenz – das war klar; wenn wir das nicht genehmigt bekommen, die Gelder, die im Haushalt zur Verfügung stehen, einzusetzen, dann wird es schwierig –.

Ich weiß, dass es in Ihrer Verwaltung rechtliche Zweifel gibt, die gegen eine Genehmigung der Rettungsbeihilfe sprechen könnten. Allerdings ist es nach meinem Verständnis auch noch nicht sicher, dass Beihilfen vorliegen, die die Kommission zwingen würden, ihren Antrag abzulehnen. In dieser noch ungeklärten Situation möchte ich einen In-dubio-pro-reo-Ansatz vorschlagen für unser Land zum Vorteil unseres Landes, damit wir gemeinsam die Zukunft organisieren können.

Indem wir nun eine Einigung mit den derzeitigen Betreibern erreicht haben, fehlt nur noch die Genehmigung der Rettungsbeihilfe, um zum Wohle der Beschäftigten, unserer Gesprächspartner und der gesamten Region eine gesteuerte Privatisierung anzugehen.

Mit freundlichen Grüßen
Lewentz. –

Antwort der Europäischen Kommission: Die Europäische Kommission sieht keinen Gesprächsbedarf. – Ich glaube nicht, dass das der richtige Umgang mit einer Landesregierung ist.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn dieses Handeln so in Brüssel üblich ist, dann erwarte ich das auch für viele andere Rennstrecken in Europa. In Belgien, Spanien, Monaco, der Große Preis von Europa in Ungarn und an vielen anderen Stellen werden öffentliche Gelder eingesetzt, damit Rennstrecken funktionieren und Formel 1 möglich ist.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Ich erwarte von der Europäischen Kommission, dass sie dort genauso handelt wie bei uns. Im Übrigen erwarte ich auch von jedem rheinland-pfälzischen Europaabgeordneten, dass er sich das einmal anschaut und die Fragen, die sich daraus ergeben, zu eigen macht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben dann festzustellen, dass wir uns in einem Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung befinden. Sie haben einen anderen Weg vorgeschlagen. Herr Professor Schmidt – Herr Licht, Sie waren dabei – hat am Montag am Runden Tisch gesagt, wenn das von der CDU vorgeschlagene Verfahren gekommen wäre, wäre die Wahrscheinlichkeit groß, dass für die drei Gesellschaften drei Insolvenzverwalter eingesetzt worden wären, die unabhängig voneinander versucht hätten, das Maximum sozusagen aus der jeweiligen Insolvenz herauszuholen. Dann hätte nichts mehr zusammengepasst.

Diese Insolvenz in Eigenverwaltung ist alles, nur keine Mauschelei. Ich finde es schon sehr unverschämt, einer Landesregierung und dann im Umkehrschluss dem Direktor eines Amtsgerichts vorzuwerfen, man würde miteinander mauscheln und – mit Blick auf den Amtsge-

richtsdirektor – er würde sich für eine solche Mauschelei empfänglich zeigen. Das ist für mich in einem Rechtsstaat äußerst ungewöhnlich.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie sich überlegen, wer sich über das Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung mit vereinbart hat, dann werden Sie sehen, dass es die vorläufige Gläubigerversammlung ist. Wer gehört der an? Natürlich die ISB, die Gemeinde Nürburg mit ihrem Ortsbürgermeister, die Gemeinde Müllenbach mit ihrem Ortsbürgermeister, ein Vertreter der Arbeitnehmer und die Bundesagentur für Arbeit.

Bei allen dürfen Sie voraussetzen, bei allen ist es gewollt, Arbeitsplätze zu erhalten und die Zukunft zu sichern. Deshalb hat man sich für dieses Verfahren eingesetzt.

Ich bin ebenso wie Herr Hering und Herr Köbler dankbar, dass Herr Professor Dr. Dr. Schmidt diese Aufgabe übernommen hat und jetzt dort Geschäftsführer ist. Ich bin wirklich sehr beeindruckt, wie er am Runden Tisch am Montag – dort waren die Vertreter der Gemeinden, der Verbandsgemeinden, des Landkreises, der Arbeitnehmerinnen und -nehmer und der dort Handelnden anwesend – klar seine Zukunftsaussichten und den Weg, den er beschreiten will, aufgezeigt hat.

Er sagte als Erstes: Ich gehe von einer Best-Case-Betrachtung aus. Ich will am Nürburgring unter Einbeziehung des Landes die Zukunft organisieren. – Er hat gesagt, das Land ist ein wichtiger Partner und Gläubiger am Ring.

Er sieht derzeit und auf absehbare Zeit keine Gefahr für die Arbeitnehmerinnen und -nehmer. Warum? – Weil das Land die 330 Millionen Euro, mit der die ISB belastet ist, übernommen hat und damit diese Gesellschaft, unsere NG, Geld verdient und Geld einsetzen kann. Er hat das große Potenzial und die großen Chancen, Geld zu verdienen und Wirtschaftskraft am Ring zu generieren, ausdrücklich unterstrichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alle Anwesenden haben gesagt, das sei der richtige Weg. Diesen Weg wollen wir gemeinsam gehen. Diese Gemeinsamkeit geht so weit, dass die betroffenen Kommunen – ich will kein Geheimnis daraus machen, dass ich, als ich dort hingefahren bin, durchaus damit gerechnet habe, dass man möglicherweise ein gewisses Scherbengericht über uns hereinbrechen lassen wird – gemeinsam mit dem Land dort die Zukunft organisieren wollen, mit uns, mit der Landesregierung. Man hat sogar seitens der Kommunen angeboten – ich sage das völlig wertfrei, weil ich weiß, dass die Zukunft nur mit der Europäischen Kommission zu entwickeln ist –, sogar so weit zu gehen, dass man sich vorstellen kann, in eine Gesellschaft mit eigenem Geld nicht nur des Landkreises, sondern auch der Verbandsgemeinden hineinzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist doch eine Herangehensweise und ein Geist, wie wir ihn uns

nur wünschen können, dass wir uns nach vorne orientieren und entwickeln wollen.

Ja, vorhin ist Pfarrer Kohnz zitiert worden. Er hat gesagt, er wolle keine Parteitaktik. Der Wähler müsse den Eindruck haben – Herr Licht, er hat Sie angeschaut; das war an Sie gerichtet –, dass alle Interesse an dieser Zukunft haben.

Es gab leider nur im Lokalteil der „Rhein-Zeitung“ einen Artikel, der wie folgt überschrieben war: „Ring: Aufbruchstimmung beim vierten Runden Tisch“. – Dann ist Pfarrer Kohnz zitiert worden. Ich glaube, deswegen kann ich das sagen.

„Für den Nürburger Pfarrer Klaus Kohnz haben die diversen ‚Runden Tische‘ eine wichtige Bedeutung:“ – ich habe an allen teilgenommen – „Sie tragen zur Bewusstseinsklärung der Probleme hier bei. Es laufen viele Informationen zusammen.“ Er habe den Politikern auch sehr deutlich gesagt, dass politisches Gezänk das letzte ist, was wir gebrauchen können.“ – Das geht an uns alle. – „Durch die“ – dann hat er ein sehr schönes Wort genommen – „sogenannte Nürburgring-Affäre hat die Region schon genug gelitten.“

Herr Dr. Weiland, Sie haben vorhin von einem Bankrottprojekt Nürburgring gesprochen. Frau Klöckner hat gesagt, der Nürburgring sei verkommen worden lassen, und von der Pleite des Rings gesprochen. Das sind keine Worte, die man vor Ort damit verbindet, dass Sie ernsthaft an einer Zukunft orientiert sind.

(Dr. Weiland, CDU: Bankrott ist nur ein anderes Wort für Insolvenz! Insolvenz hieß früher Bankrott!)

Sie wollen parteipolitisch eine solche Situation ausnutzen. Das ist auch als Opposition vollkommen in Ordnung.

(Bracht, CDU: Die Wahrheit wollen Sie nicht hören!)

Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, dass die Lichter am Ring nicht ausgehen werden.

Ich darf heute Herrn Friedhelm Eickhorn, Präsident des Hesse Motor Sports Clubs, zitieren, der den AvD-Oldtimer-Grand-Prix mit 700 historischen Rennwagen organisiert. Er hat heute in der Presse verlautbart: „Die Atmosphäre in der Grünen Hölle ist einfach einmalig, das findet man nirgendwo anders auf der Welt.“ Ganz egal, wie sich die Eigentumsverhältnisse auch ändern, bleibe diese Veranstaltung am Ring und Sorge unter anderem für 9.000 Übernachtungen. Das ist eine gute Botschaft.

Herr Lieberberg hat heute gesagt, die Unsicherheit um Deutschlands populärstes Open-Air-Rockfestival „Rock am Ring“ ist beendet. „Rock am Ring“ findet vom 7. bis 9. Juni des nächsten Jahres statt.

Ich darf Ihnen auch sagen, dass Herr Lindner heute verkündet hat, dass alle rennbezogenen Verträge weitergehen sollen. „Truck Grand Prix“ und das „24-Stunden-Rennen“ sind ausdrücklich genannt. Er hat

noch im August eine Entscheidung zur Formel 1 angekündigt.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind Entwicklungen, die vor Ort wieder Vertrauen schaffen. Wir haben angekündigt, dass wir diese Zukunftsentwicklung sehr eng begleiten wollen: ich persönlich, meine Kollegin, meine Kollegen und – das habe ich festgestellt; das war von Anfang an klar – beide Fraktionen. – Ich glaube, das ist der richtige Weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt haben wir in der feurigen Rede von Frau Klöckner vieles gehört. Für mich war es neu, dass CDU und LINKE im Land gemeinsam demonstrieren. Da heiligt wahrscheinlich der Zweck jedes Mittel.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Frau Klöckner hat dann noch einiges zu dem Thema „Rücktritte“ gesagt. Ich habe es ausgeführt. Ja, das war teilweise wie der alte Adenauer: Was interessieren mich – sagen wir einmal – meine Aussagen von gestern?

(Dr. Weiland, CDU: Reden Sie von Frau Lemke oder von wem?)

„Die rheinland-pfälzische CDU-Chefin Julia Klöckner hat von Wulffs Kritikern mehr Respekt gefordert. ‚Auch Politiker sind fehlbar, sie sind Menschen. Ungeschicklichkeiten und Fehler müssen deshalb offen benannt werden – aber ohne dass immer gleich Rücktrittsforderungen folgen‘, sagte Klöckner.“

Auch an dieser Stelle: Bei uns hat sich keiner persönliche Vorteile verschafft.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Alexander Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wenn ein Minister mit 35 Milliarden Euro Schulden im Rücken die erste Insolvenz eines Landesbetriebes zu verantworten hat, – – –

Ich weiß nicht, ob irgendwo in der Bundesrepublik ein Landesbetrieb schon einmal Insolvenz anmelden musste.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Dann hätte ich einmal recherchiert!)

Meine Damen und Herren, wenn dieser Minister eine Beschreibung wiedergibt, die von der Wirklichkeit weit entfernt ist, weil er wesentliche Punkte, die zu diesem

Ergebnis geführt haben, völlig außer Acht lässt, ausblendet, – – –

(Beifall der CDU –
Dr. Weiland, CDU: Genauso ist es!)

Herr Minister, die Region weiß sehr genau, dass die Union zur Strukturpolitik stand, steht und auch stehen wird. Aber Sie haben doch den städtebaulichen Vertrag gebrochen. Die Region hat sich darum gesorgt, dass mit öffentlichen Geldern ein Wettbewerb finanziert wird, den die Betriebe in der Region am Schluss nicht aushalten werden. Davor hat die Region nicht nur gewarnt, sie hat dagegen gesprochen, und die Menschen haben immer wieder betont, dass sie das so nicht mittragen werden.

(Vizepräsident Dr. Braun übernimmt den Vorsitz)

Darauffin haben Sie einen städtebaulichen Vertrag unterzeichnet, in dem Sie der Region zugesichert haben, dass diese Investitionen nur privat finanziert werden und Sie nur dann mit dem Bauprojekt beginnen werden, wenn sie privat finanziert werden.

(Beifall der CDU)

Diesen Vertrag haben doch Sie gebrochen. Sie haben doch die Region betrogen in diesem Punkt, und nicht nur in diesem Punkt.

Meine Damen und Herren, wie sehr Sie sich im Geschäft auskennen, wie man mit diesen Karten umgeht und umgegangen ist, möchte ich Ihnen gern einmal privat erzählen. Es gibt so viele Dinge, die Sie offensichtlich nicht kennen und von denen Sie nie den Mythos je begriffen haben, um den es den Menschen immer ging

(Baldauf, CDU: Deshalb ist er jetzt auch nicht mehr zuständig, sondern der Insolvenzverwalter!)

und den Sie vor die Wand gefahren haben.

Meine Damen und Herren, wir werden an diesem Pult noch viel mehr über die Zukunftsentwürfe reden. Wir werden noch deutlich machen, was in den nächsten Wochen geschieht und zu geschehen hat. Ich sage Ihnen schon jetzt in aller Deutlichkeit, die Region um und am Nürburgring braucht eine Zukunft ohne staatlich subventionierte Koppelungsgeschäfte. Die haben Sie erst möglich gemacht.

Dies ist eine schwierige Aufgabe für Herrn Professor Schmidt, und ich bin gespannt, was vor allen Dingen Herr Lieser in den nächsten Monaten, vielleicht sogar Jahren noch an Diskussionen in diesem Parlament auslösen wird. Ich bin gespannt, was morgen und übermorgen noch von diesem Projekt zu erwarten ist.

Meine Damen und Herren, heute Morgen und auch gerade eben wurde der Versuch gemacht, diejenigen, die kritische Fragen stellen, weil gewisse Dinge nicht sauber, nicht ordentlich, nicht vollends und uns nur immer mit halben Wahrheiten erklärt worden sind, in eine Ecke zu stellen, als stellten sie die Reputation infrage.

(Beifall der CDU)

Ich kann mich noch sehr genau erinnern, als Deubel in einer Ausschusssitzung deutlich machte, dass die CDU und die FDP, dass die Öffentlichkeit dafür verantwortlich sei, wenn die Finanzierung scheitert, weil wir kritische Fragen stellen. Wenn wir das doch endlich unterlassen könnten, dann würden die Millionen über die Schweiz, über Luxemburg, über spanische Banken, wie wir heute wissen, über Banken in England, in Dubai und woher auch immer schon fließen.

Meine Damen und Herren, ich weiß sehr genau, dass in dieser Sache noch nicht alles aufgeklärt ist. Gerichtsverfahren stehen noch aus.

Herr Köbler, wenn ich Sie reden höre, muss ich sagen: Bei aller Liebe! – Diese Rede müssen Sie an Ihre Partebasis schicken.

(Beifall der CDU –
Baldauf, CDU: Das finde ich auch!)

Wie die Region von Ihrer Partei denkt, haben wir vor Kurzem in öffentlichen Äußerungen gehört. Frau Lemke, in der Region werden völlig andere Äußerungen gemacht.

Meine Damen und Herren, Herr Köbler, wenn Sie versuchen, eine Insolvenz mit parteipolitischem Klimbim abzutun, dann ist das doch wohl der Höhepunkt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf das Schreiben der EU vom 20. März aufmerksam machen. Darin wird mit dem Einleiten des Verfahrens noch Informationsbedarf deutlich gemacht. Es wurden insgesamt 34 einzelne Punkte aufgelistet, und Sie hatten – in mehrfachen Fristverlängerungen – über ein Jahr Zeit zu antworten. Ich möchte deutlich machen, welche Risiken über die dort genannten 524 Millionen Euro hinaus noch bestehen. Ich möchte Sie nur einmal auf das Kleingedruckte aufmerksam machen. Auch das müssen Sie ertragen.

In dem Schreiben heißt es:

Der Gesamtbetrag – und zwar nicht der Betrag über 524 Millionen Euro – entspricht nicht dem endgültigen Betrag, da insbesondere die Beihilfemaßnahmen über das Jahr 2011 hinaus laufen könnten. Deutschland – also Sie – wird aufgefordert, der Kommission Angaben über die Beihilfen zu übermitteln, die zukünftig im Zusammenhang mit dem Nürburgring-Komplex gewährt werden, einschließlich die im Jahr 2012 gewährt werden.

Im März hat man Sie aufgefordert, die EU anzurufen, bevor Sie nächste mögliche EU-Beihilfemaßnahme beschließen. – Was haben Sie gemacht?

Heute Morgen haben wir in der Ausschusssitzung gehört, dass die ISB im März zum ersten Mal von der drohenden Insolvenz erfahren hat, vielleicht war es bei anderen schon früher, vielleicht war es im Februar. Ich habe beispielsweise im Januar schon einmal den Staatssekretär danach gefragt, da eine GmbH, die sich nur auf die Pachteinahmen stützen kann, irgendwann logischerweise vor der Insolvenz steht, wenn sie keine

anderen Zahlungen erhält. Der Staatssekretär hat sich nicht geäußert.

(Baldauf, CDU: Sie können ja einmal den Vertragsschließenden fragen!)

Ihnen wurde also im März gesagt, dass Sie, bevor Sie eine weitere Maßnahme einleiten, dies bei der EU anmelden müssen.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, dann schreiben Sie der EU-Kommission in Ihrem Rettungshilfeantrag, dass Sie zum einen um die Genehmigung bitten, am 30. Juli 3,078 Millionen Euro Zins und Tilgung zu leisten und dass Sie am 30. Oktober die 3,14 Millionen Euro Zins und Tilgung leisten dürfen. Dabei teilen Sie – fast lapidar – mit:

Der guten Ordnung halber weisen wir – also die Landesregierung – die deutschen Stellen darauf hin, dass bereits am 15. Mai 2012 eine ISB-Zinsrate in Höhe von 2,98 Millionen Euro gestundet wurde.

Sie haben doch dann gegen das verstoßen, was Ihnen im März mitgeteilt worden ist.

(Staatsminister Lewentz: Sie wissen schon, dass das vertraulich ist!)

Sie haben doch dagegen verstoßen.

Meine Damen und Herren, ich weiß, was jetzt gerade hinter meinem Rücken passiert. Das ist das Problem, das wir seit Jahren haben: Der Öffentlichkeit wird mitgeteilt, dass dem Landtag alles vorgelegt wurde (man vergisst zu sagen, vertraulich). Das heißt, wir dürfen über diese Dinge überhaupt nicht reden. Gott sei Dank war das in der Zeitung zu lesen.

Vizepräsident Dr. Braun:

Herr Licht, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass es ein vertrauliches Protokoll war und dass Sie daraus nicht zitieren dürfen.

(Ministerpräsident Beck: Wir machen uns sonst strafbar!)

Abg. Licht, CDU:

Ich zitiere aus der „Rhein-Zeitung“, Herr Kollege.

(Zuruf der Abg. Baldauf und Dr. Weiland, CDU:
Es steht doch in der Zeitung! –
Frau Klöckner, CDU: Sie dürfen nicht alles glauben,
was die Regierung sagt!)

Ich bin sogar völlig unverdächtig, weil die „Rhein-Zeitung“ schon die vertraulichen Unterlagen hatte, als sie noch im Ministerium lagen. Sie lagen vier Wochen im Ministerium und sind uns erst Ende letzter Woche überstellt worden.

(Beifall der CDU)

Das heißt, die „Rhein-Zeitung“ hat schon aus vertraulichen Unterlagen berichtet, die ich – das sage ich auch aus einem gewissen Eigenschutz heraus – noch überhaupt nicht lesen konnte. Gott sei Dank, muss ich sagen.

(Frau Klöckner, CDU: So viel zum Thema „Transparenz“, Herr Köbler!)

Herr Köbler, so wird Transparenz auch unter Ihrer Regierungsbeteiligung gesehen.

(Beifall der CDU)

Herr Dexheimer hat heute Morgen eine Bemerkung gemacht, die deutlich macht, wo man Hab-Acht-Stellung einnehmen muss. Ich zitiere ihn: Wir, die ISB, sind der verlängerte Arm der Landesregierung. –

Das ist bemerkenswert.

(Staatsministerin Frau Lemke: Das steht wörtlich in der Vereinbarung III!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich das weitere Kleingedruckte aus dem Schreiben einmal näher anschauen, dann sagt die Kommission zu diesen 524 Millionen Euro:

Da der Kommission gegenwärtig die Höhe der Beihilfen nicht bekannt ist, die mit der Garantieerklärung des Landes für das Darlehen der ISB, der Garantieerklärung des Landes für die stillen Beteiligungen der RIM an der Mediinvest, der Verpachtung des Nürburgring-Komplexes, der Rangrücktrittserklärungen unter der Übertragung der Anteile an der MSR gewährt wurden, sind diese Beihilfen in dem Betrag ebenfalls noch nicht mit eingerechnet. –

Was droht uns denn bei einer wirklich dramatischen Entscheidung der EU-Kommission noch?

Meine Damen und Herren, Sie haben den EU-Kommissar angeschrieben. Ich kann uns an dieser Stelle als Opposition nur beglückwünschen, dass dieser Kommissar der Sozialistischen Partei angehört. Stellen Sie sich doch nur einmal vor, er wäre ein konservativer Kommissar. Die Welt würde in diesem Saal untergehen. Gott sei Dank, kann ich nur sagen, ein Sozialist!

Meine Damen und Herren, wie selbstkritisch Sie im Wirtschaftsministerium mit EU-Beihilfen umgegangen sind, möchte ich Ihnen aus einem Protokoll vom 13. April 2010 darlegen. Dabei ging es um Mittelstandsfragen, der Mittelstandslotse hat berichtet. Der damalige Minister Hering hat damals auf Punkte verwiesen, dass die ISB eben nicht in jedem Fall die Kredite geben kann.

Ich zitiere: Die ISB habe dann aber ihre grundsätzliche Zusage aufgrund der EU-Bestimmungen im Hinblick auf Unternehmen in Schwierigkeiten zurückgezogen, da es in diesen Fällen nicht zulässig sei, öffentliche Mittel in die Privatwirtschaft fließen zu lassen. –

(Beifall der CDU)

Also, in anderen Fällen durchaus anders geurteilt.

(Pörksen, SPD: Das ist überhaupt nicht vergleichbar!)

Wie man insgesamt auch mit dem Schreiben der EU-Kommission noch umzugehen hat, zeigt beispielsweise auch eine Bemerkung, Stichwort „ISB“, Hinweis 38, Seite 12 des Protokolls. Das kann jeder noch einmal nachlesen: Nach Maßgabe des ihr vom Land erteilten Kreditauftrags führte die ISB nicht die üblichen Kreditprüfungshandlungen durch. –

Das hat nicht die CDU geschrieben. Das hat nicht jemand von uns erfunden. Meine Damen und Herren, wenn so etwas von neutraler, von anderer Stelle angemerkt wird, dann sind doch Zweifel an dem angebracht, was heute Morgen an Beschlüssen im Ausschuss erfolgte. Heute Morgen haben wir darüber diskutiert, dass die Union ein Gutachten eingeholt hat.

(Pörksen, SPD: Das ist doch kein Gutachten! Quatsch!)

– Mögen Sie es nennen, wie Sie wollen. Wir haben heute Morgen aber dann gehört, dass zur Beurteilung der Rechtmäßigkeit ein Gutachten von Herrn Minister Kühl in Vorbereitung ist.

(Pörksen, SPD: Das ist fertig, nur noch nicht da!)

– Es ist fertig, nur nicht da, höre ich jetzt wieder. Wir haben angemahnt, dass es zur Beurteilung dann doch wichtig wäre, dass das Parlament diese Expertise kennt, um dann auf Grundlage von verschiedenen Meinungen, auch Rechtsmeinungen, zu urteilen. So viel zur Transparenz von Herrn Köbler.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn es um Verantwortung geht, in vielen Stationen der gesamten Entwicklung 2006 bis heute wurde immer deutlich, dass die Union Ja zum Ring sagte, aber Nein zu diesen privaten Finanzierungen und zu Finanzierungen, die alle gescheitert sind, so oder so. Wir haben auch deutlich gemacht, auf wie viele Stationen diese Insolvenz in den vergangenen Monaten ja fast zielgerichtet mit dem Pachtvertrag Richter und Lindner hinsteuerte.

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute Mittag noch einmal deutlich versucht, in der Öffentlichkeit klarzumachen, dass Sie sich auf einen renommierten Wirtschaftsgutachter berufend diese Aussagen getroffen haben. Wenn Sie aber Ernst & Young immer verfolgt haben, dann hieß das immer im Kleingedruckten „auf den Angaben der NG“,

(Beifall der CDU)

also im Grunde auf den Angaben, die Sie, die Ihre Regierung ihnen gemacht hat.

(Pörksen, SPD: Wo steht das?)

Zuletzt können Sie das sogar noch einmal wörtlich nachlesen in dem von der Landesregierung beauftragten Empirica-Gutachten,

(Dr. Weiland, CDU: Genau!)

das erst viel später erstellt wurde, in dem noch einmal deutlich gemacht wurde, wie toll das sei und was Wunderbares da am Entstehen ist und dass mit der Pacht alles gelöst werden kann. Das wurde dort noch einmal hineingeschrieben.

Wenn ich mir dann ganz neutral den Rechnungshof betrachte

(Zuruf von der SPD: Ganz neutral!)

– ja, meine Damen und Herren von der SPD –, so hat der Rechnungshof zumindest dann einmal eigene Berechnungen angestellt. Er hat nicht auf Angaben der NG geurteilt,

(Dr. Weiland, CDU: Genau!)

sondern er ging einmal hin und hat gesagt: Wir zählen einmal nach. Wir rechnen einmal nach. – Der Rechnungshof kommt in seiner Beurteilung auf eine jährliche durchschnittliche Mindestpacht von 24,5 Millionen Euro. Wenn das in den Jahren in der Form mit der berühmten Einschwingphase nicht zu leisten ist – das ist ja logisch, man kann das ausrechnen –, steigert sich die Pacht, die dann morgen oder übermorgen zur Zahlung fällig ist beziehungsweise fällig wird. Da sind Sie ganz schnell auf notwendigen über 30 Millionen Euro. Auf diese Zahlen – da bin ich sicher – sind Ihre Fachleute in internen Diskussionen selbst gekommen. Ich bin sicher, darauf sind in internen Diskussionen auch die Fachleute der ISB selbst gekommen.

(Pörksen, SPD: Wieder so eine Behauptung!)

Aber „Augen zu und durch!“. Das war die Parole.

(Frau Thelen, CDU: Wir machen's einfach!)

Meine Damen und Herren, in dem Letzten steckt Ihre Verantwortung, Herr Ministerpräsident. Diese Chronologie der Täuschungen ist nur in einem „System Beck“ möglich gewesen.

(Beifall der CDU)

Die Verantwortung für dieses System trägt der Zeitdruck der Eröffnung. In diesem Zeitdruck der Eröffnung stecken Millionen an Bauschäden, die durch diesen Zeitdruck entstanden sind. Das sind Millionensummen, die durch den Zeitdruck entstanden sind, weil vor der Bundestagswahl unbedingt dieser Termin der Eröffnung stehen musste.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, dafür stehen Sie in der Verantwortung. Ich will aus einem Bericht vom 10. Juli 2009 zitieren. Zu dieser Zeit gab es eine Menge Pressereisen. Da wurde der Ministerpräsident begleitet. Man hat geschrieben, wie sein Eindruck ist und wie er sich mit den

Dingen auseinandersetzt. Da gibt es so eine schöne Passage. Ich will Sie Ihnen nicht vorenthalten: Beck konzentriert sich ganz auf seine Rolle im Land, nachdem er sich aus dem Bund verabschiedet hat. Eine alte Frau, die vom Einkauf kommt, fragt er „Na, was gibt es denn heute zu Mittag?“ – also „nah bei de Leut“, so wie man ihn draußen kennt –.

(Staatsminister Lewentz: Genau!)

Dann gibt es wieder Momente, wo er sich von der Gruppe abwendet und mit ernstem Gesicht an seinem Handy Telefonate führt. Auch in Rheinland-Pfalz läuft alles nicht mehr so rund. Deubels Abgang sei ihm sehr schwer gefallen, sagt er, dann zieht er die Augen zusammen, und jetzt wird er zitiert: Aber jeder von uns im Kabinett weiß, wenn er Fehler macht, muss er dafür die politische Verantwortung übernehmen. Da gibt es nichts. –

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Der Artikel endet: Es ist ein Satz von unerbittlicher Konsequenz, auch ein Satz, der ihn selbst einmal aus der Kurve werfen wird. –

Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie noch einmal auf, ziehen Sie die Konsequenzen, und gehen Sie.

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Lemke das Wort.

Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Herr Präsident, vielen Dank.

Liebe Kollegen aus der Opposition, lassen Sie mich doch noch einmal aufnehmen, was Sie heute so alles losgelassen haben. Sie haben zu einer erheblichen Verunsicherung beigetragen. Wir haben es heute Morgen im Ausschuss durch den Geschäftsführer der ISB gehört,

(Frau Klöckner, CDU: Wir sind an allem schuld!)

angeblich sei in Zukunft in Rheinland-Pfalz weder Geldversorgung noch Wirtschaftsförderung noch die Tätigkeit unserer Förderbank ISB gewährleistet.

Liebe Frau Klöckner, wie kommen Sie bloß dazu, so etwas zu behaupten, und dann auch noch in Ihre Rede einzubringen, hier gehe es wie in Griechenland zu?

(Frau Klöckner, CDU: Haben Sie nicht bei der „ZEIT“ angerufen?)

Das ist unverantwortlich, und wenn Sie Wirtschaftskompetenz beweisen wollen, dann lassen Sie in Zukunft solche Aussagen.

(Starker Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vielleicht helfe ich Ihnen jetzt einfach noch einmal kurz mit dem, was wir heute Morgen diskutiert haben; denn auch dem Kollegen Licht reicht offensichtlich das Gedächtnis nicht von 09:00 Uhr morgens bis 18:00 Uhr abends.

(Licht, CDU: Wenn Sie wollen, melde ich mich noch einmal, dann werde ich Sie zitieren!)

Wir haben hier über die finanztechnischen Sachverhalte, die Sie eben angesprochen haben, intensiv gesprochen, und ich habe ausführlich Stellung bezogen zu den Terminen, die die Mitarbeiter der Fachministerien in Brüssel wahrgenommen haben. Diese waren im April und Mai. Ich empfehle Ihnen, Ihren Kollegen in der Fraktion ausführlich dazu zu berichten. Ich bin sicher, dass wir es natürlich auch wieder zwei Tage später in der Zeitung lesen. Ach, das ist ja nicht notwendig, die waren ja heute Morgen dabei.

(Frau Klöckner, CDU: Haben Sie bei der Zeitung angerufen, um Artikel zu stoppen am Sonntag?)

Das war wirklich ausführlich. Vielleicht sage ich Ihnen auch noch einmal an dieser Stelle, der Terminus technicus „verlängerter Arm der Landesregierung“ für die ISB beziehungsweise „verlängerter Arm der Bundesregierung“ für die KfW ist ein technischer Begriff. In der Verständigung II

(Fuhr, SPD: Jetzt hört er wieder nicht zu! – Frau Brede-Hoffman, SPD: Jetzt hören Sie doch zu!)

wird geregelt, welche Spielregeln Förderbanken im Unterschied zu anderen Banken haben. Dies ist eine Vereinbarung, die die EU-Kommission mit den nationalen Regierungen getroffen hat, und auch die Bundesregierung verwendet diesen Begriff. Er ist technischer Art, und er trifft auf alle Förderbanken zu. Ein Google- und Wikipedia-Eintrag wird Ihnen zeigen, dass die anderen Landesregierungen ebenfalls unter die gleichen Förderbedingungen fallen.

Nun zu einer weiteren Falschaussage, von der wir heute so viele gehört haben, die nach meiner Meinung jedoch einmal korrigiert werden muss. Sie haben gesagt, ich hätte behauptet, es wären keine Fehler gemacht worden. Das ist überhaupt nicht der Fall. Ich stehe auch zu jedem einzelnen Zitat, welche Sie vorhin vorgetragen haben oder Herr Köbler vorgetragen hat. Auch wir GRÜNEN stehen nach wie vor zu dem, was wir an Mängeln gesehen haben, die verknüpft sind mit dem Projekt Nürburgring. Wir haben uns aber auch bewusst in diese Koalition begeben, um hier zu einer Umstrukturierung zu kommen, die wir betreiben, und insbesondere, seitdem wir mit in der Landesregierung sind.

Auf der besagten Pressekonferenz, auf der wir die Insolvenz verkündet haben, wurden wir gefragt. Ich habe eine Frage von Georg Link vom SWR beantwortet, die sich konkret auf unser Verhältnis mit der EU und den Dialogprozess bezieht. Ich – weil wir ja ein Wortprotokoll haben – darf vielleicht mit Einverständnis des Präsidenten aus diesem Wortprotokoll der Pressekonferenz zitieren. Ich antworte auf Herrn Link: Ihre Frage unterstellt, dass wir hier gemeinsam in dieser starken Arbeit mit der EU-

Kommission im letzten Dreivierteljahr Fehler gemacht hätten. Dies haben wir nicht. Wir waren hier äußerst gründlich. Wir haben alles abgewogen. Wir haben alle Optionen mit der Kommission diskutiert. Wir konnten nicht finalisieren, weil die Kommission uns hier den Rechtsschutz versagt hat. – So weit das Zitat.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Nun erkläre ich Ihnen auch noch gern – dass war Ihre Frage, Frau Klöckner –, was wir denn nun vorhätten mit der EU, was das denn zu sagen hätte, wie wir jetzt weitermachen wollten mit diesen rechtlichen weiteren Schritten, weil uns hier die Rechtsfolgen versagt worden wären.

(Frau Klöckner, CDU: Rechtlich vorgehen gegen die EU!)

Ein Grundsatz, die Ziffer 23 nach der Deggendorf-Interpretation der EU-Richtlinien, sagt, es muss eine Rechtsfolgenabwägung vor einer Rechtsprechung erfolgen, die auch die Kommission sich auferlegt hat. Das heißt, sie darf keine Tatsachen schaffen, bevor sie nicht den Fall abgewogen hat. Dies ist aber hier dadurch passiert, dass die Kommission nicht entschieden hat, wir die Rettung nicht erhielten und in die Insolvenz gehen.

Ich darf jetzt aus dem Eröffnungsbeschluss zitieren. Ich habe dieses Zitat ebenfalls auf der Pressekonferenz genannt. In dem Eröffnungsbeschluss der Kommission zum Hauptsacheverfahren steht nämlich drin: „Die Eröffnung einer eingehenden Prüfung gibt Deutschland und Dritten die Möglichkeit, zu den betreffenden Maßnahmen Stellung zu nehmen, greift aber dem Ergebnis des Verfahrens nicht vor.“ –

Was passiert ist, war ein Vorgriff. Wir beabsichtigen, da dies offenbar eine Lücke in der Ziffer 23 gegenüber dem darstellt, was die Kommission auch in unserem Verfahren zur Anwendung bringt, sofern denn ein Beschluss in Sachen Rettungsbeihilfe ergeht, diesen, weil wir dann eine Rechtsgrundlage haben, zum Anlass zu nehmen, uns rechtlich mit der EU-Kommission hierüber auseinanderzusetzen und das natürlich auch politisch zu diskutieren, weil das Prinzip, das sich die Kommission selbst gegeben hat, nicht erfüllt werden kann vor dem Hintergrund unseres Insolvenzrechts, welches es so in anderen europäischen Ländern nicht gibt.

Ich finde, das ist legitim. Als Politikerinnen und Politiker haben wir die Aufgabe, auch solche Rechtslücken und in diesem Fall Rechtsfolgenabwägungsverschränkungen für uns zu benennen, zu identifizieren und auch für die Zukunft abzustellen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Deswegen möchte ich an dieser Stelle noch einen anderen kleinen Einwurf starten; denn im Zusammenhang mit dem Nürburgring ist öfter der Begriff „Mythos“ gefallen. Mythen sind nicht nur positiv. Mythen haben, wenn Sie diesen Begriff nachschlagen, eine Anbindung an den Glauben. Sie wissen das.

Dann ist es auch manchmal das blinde Hinterherlaufen und das Nachlaufen. Die Werbewirtschaft hat sich immer wieder der Mythen bedient, weil sie dafür sorgt, dass es große Anhängerschaften gibt; denn es wird auch mit Bildern, Metaphern und Geschichten gearbeitet, die man kennt.

Mythen sind auch Geschichten. Es sind Narrativen. Diese sind nicht nur gut. Wir wissen das aus der Sagenwelt und aus den Zusammenhängen von Märchen. Es sind auch Betrachtungen der Vergangenheit. Sie erzählen häufig auch Lehrreiches.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Ich denke, eine kritische Betrachtung ist auch hier durchaus angebracht, weil uns die Geschichte, die wir alle erleben, gar nicht gefällt. Trotzdem erfährt sie eine große Aufnahme in der Bevölkerung und in den Medien. Viele reden darüber.

Ich glaube, dass wir mit dieser Narrative sehr kritisch umgehen müssen, wenn wir sie als Lehrstück begreifen. Ich will das Zitat von Herrn Einstein, das Herr Köbler genannt hat, aufgreifen: Wir brauchen auch die Vergangenheit und diese Narrativen, um für die Zukunft zu lernen.

Frau Klöckner, ich bin gespannt, ob Sie für die Zukunft lernen.

(Pörksen, SPD: Das glaube ich nicht!)

Das ist häufig emotional. Manchmal hat man auch Misserfolge. Wenn Sie feststellen, dass Sie sich gegen diese stabile Koalition nicht durchsetzen können, und zwar auch nicht, indem Sie es wiederholt mit der Vertrauensfrage versuchen, dann brauchen Sie auch viele Wiederholungen für den entsprechenden Lerneffekt.

(Frau Klöckner CDU: Wieso denn wiederholt?)

Insofern wünsche ich Ihnen dabei gute Erkenntnisse.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für eine Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Licht von der Fraktion der CDU das Wort. Herr Licht, Ihre Redezeit beträgt drei Minuten.

Abg. Licht, CDU:

Ich wusste, weshalb ich mir das Wort aufgespart habe. Sie wollten den Mythos zerstören, oder was wollten Sie jetzt?

(Beifall bei der CDU)

Was wollten Sie jetzt machen? Wollten Sie mit den Gefühlen der Menschen vor Ort richtig spielen? Wollten Sie

ihnen jetzt zeigen, dass man dem Rennsport nicht hinterherläuft? Was wollten Sie damit machen? Was wollten Sie aussagen? Ich habe jetzt von Ihnen nur Destruktives erlebt.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen hatte ich mich eigentlich gar nicht gemeldet. Ich habe mir gedacht, dass ich Sie zu Ihrer qualifizierten Kritik – Originalton Hering; das haben wir gehört – noch einmal fragen muss. Am 24. Juni 2010 gab es den Rechnungshofbericht. Sie haben geschrieben, dass man der Landesregierung einmal richtig die Leviten gelesen hat.

Dann kommt es zu Aussagen von Ihnen, weil der Ministerpräsident damals gesagt hat, es gäbe nichts Neues. Dann sagten Sie – Zitat –: „Mit derartigen Verharmlosungen, die der Ministerpräsident in Sachen Nürburgring immer wieder verfolgt, muss jetzt endgültig Schluss sein! Entweder hat Beck den Bericht gar nicht gelesen, oder er ist nicht einmal mit den grundlegenden Regeln soliden kaufmännischen Handelns vertraut. So oder so: Jetzt müssen Konsequenzen gezogen werden und juristische Schritte folgen: Der Bericht des Landesrechnungshofs liefert dafür solide Grundlagen.“ – Jetzt kommt es.

Vizepräsident Dr. Braun:

Herr Licht.

Abg. Licht, CDU:

Ich weiß nicht, warum Sie mich unterbrechen. Ich habe noch nicht meine drei Minuten beendet.

Vizepräsident Dr. Braun:

Herr Licht, lassen Sie sich bitte unterbrechen. Ihre Ausführungen müssen sich auf die Rede der Vorgängerin beziehen.

(Licht, CDU: Ich zitiere sie! – Zurufe von der CDU)

Ich kann nicht wissen, dass Sie zurückkehren. Sie haben jetzt über die Rede von Herrn Beck gesprochen.

(Licht, CDU: Nein, nein, nein!)

Also sind wir wieder beim Thema.

Abg. Licht, CDU:

Beck sagte, nichts Neues. Daraufhin zitierte ich Frau Lemke. Lassen Sie mich den Satz beenden. „Wir Grüne sehen in dem Bericht“ – so heißt es aus Speyer – „deutliche Anzeichen sowohl für Vorsatz als auch für persönliche Vorteilnahme – ganz abgesehen vom erheblichen Schaden, den Beck den Steuerzahlern gegenüber zu verantworten hat. Deshalb erwägen wir, (...), wegen Untreue“ Anzeigen einzureichen.

Stehen Sie noch dazu, oder wie ist Ihre Haltung heute? War das unqualifiziert oder genau das, was Herr Hering beschrieben hat? Ist diese Kritik bei Ihnen völlig auf die Seite geschoben worden? Haben Sie aus der Vergangenheit wirklich nichts gelernt?

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hoch das Wort.

Abg. Hoch, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Seit 2007 schlummerte am Ring ein Risiko, das sich nun realisiert hat.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben das heute an mehreren Stellen deutlich vernommen. Wir haben uns mehrfach geirrt und geglaubt, dass sich das Invest, das getroffen wurde, refinanzieren ließe. Glauben Sie mir auch, wir haben ganz oft gehört, insbesondere von ihnen vor dem letzten Wahlkampf, dass wir 330 Millionen Euro Steuergeld dort oben ausgegeben haben. Sie haben häufig gesagt, sie sind in den Sand gesetzt worden. Es ist nun tatsächlich der Fall, dass wir sie ausgeben werden. Ein Großteil wird über die Rücklage, für die wir heute Morgen den Finanzminister ermächtigt haben, abgedeckt.

(Zurufe von der CDU)

Die Ursachen dafür, warum sich das Invest nicht refinanzieren lässt, sind vielfältig beleuchtet worden. Eines ist klar: Wir haben ein Interesse der Menschen in meiner Heimat in der Eifel Strukturpolitik gemacht. Die Umsetzung war – auch das ist mehrfach eingeräumt worden – fehlerhaft, schlecht gemacht und überzogen. Die Region – ich möchte hier mit einer Märraufräumen – stand anfänglich hinter dem Projekt.

Herr Baldauf, man kann auch für Sie in Anspruch nehmen, dass Sie das anfänglich taten. Es gibt einen großen Artikel. Als Sie die Baustelle im Jahr 2008 besuchten, hat Sie wohl die „TAZ“ begleitet. Dort haben Sie gesagt: Das sind über 300 Millionen, die sinnvoll für die Menschen investiert werden. –

Jetzt aber – auch das gehört zur bitteren Wahrheit dazu – gibt es nach all dem Feuer, das viele in der Region aushalten mussten, ganz viele Menschen am Ring und drumherum, die sagen, sie wollen im Wesentlichen Ruhe vor der Politik haben.

(Zurufe von der CDU –

Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Hätten Sie Ihnen die Ruhe gegönnt? Das sagt der Richtige!)

Sie wollen einen Ring, der mit zwei Sachen in die Schlagzeilen kommt, nämlich mit Motorsport und Events. Ich bin mir ganz sicher, dass der Ring eine gute Zukunft

hat. Er wird auch weiterhin die Schlagzeilen mit Motorsport und Events bestimmen.

Natürlich hätten wir uns gern vieles erspart. Es ist viel finanzieller und auch politischer Schaden entstanden. Sie haben heute Morgen dem Ministerpräsidenten vorgeworfen, er wolle sich ein Prestigeobjekt bauen. Ich glaube, es gab tatsächlich jemanden, der Entscheidungen auf den Weg gebracht hat, um sich ein Prestigeobjekt dort hinzustellen. Das war der damalige Geschäftsführer.

(Frau Klöckner, CDU: Schon wieder ein anderer! – Zurufe von der SPD)

Ich glaube auch, dass es viel zu lange gedauert hat, um zu begreifen, dass die Privatfinanzierung, die uns Professor Deubel präsentiert hat, nicht funktioniert. Aber am Ring wird gutes Geld verdient. Glauben Sie, Richter und Lindner würden sich so lange wehren und trotz der Kündigung am Ring bleiben, wenn sie da oben drauflegen würden? Glauben Sie, Rock am Ring, der ADAC, Ecclestone und Formel 1 machen Events nur pro bono?

Durch die Umschuldung, die von der ISB in den Landeshaushalt geschieht, und auch durch die sich anschließende Sanierung wird letztlich die Nürburgring GmbH von den Kapitalkosten befreit. Dann ist auch die Besitzgesellschaft hoch profitabel.

Herr Licht, das ergibt sich aus dem, was Sie eben vom Rechnungshof zitiert haben. Operativ ist auch die Besitzgesellschaft eine hoch profitable Gesellschaft. Das liegt vor allem daran, weil es so viele hoch motivierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt.

Vizepräsident Dr. Braun:

Herr Hoch, ich muss Sie kurz unterbrechen. Entschuldigen Sie. Auf der Zuschauertribüne wird ein Interview geführt. Ich möchte darauf hinweisen, dass dies nicht zulässig ist. Sie müssen jenseits der Zuschauertribüne Ihre Interviews führen. Vielen Dank.

Herr Hoch, bitte.

Abg. Hoch, SPD:

Wir haben es heute und in vergangenen Sitzungen mehrfach gehört. Es gab Fehleinschätzungen und Fehlkalkulationen.

Frau Klöckner, Sie haben mich dankenswerterweise heute Morgen zitiert. Ich hätte gerne die anderen Zitate gehört. Ich bin davon überzeugt, dass die Neukonzeption richtig war. Es gab eine diffuse Gemengelage von Eigentümern. So wurde alles in Landesbesitz gebündelt. Nur so sind auch jetzt die Schritte im Interesse der Region möglich, die wir beschreiten wollten.

Wir konnten nicht ahnen, dass sich die Pächter nicht vertragstreu verhalten. Alle Fakten lagen auf dem Tisch. Ich erinnere daran, dass auf Ihren Antrag hin, Herr Baldauf, die Neukonzeption sogar in den Untersuchungs-

ausschuss einbezogen und beleuchtet werden konnte. Ich erinnere mich deshalb so gut daran, weil Sie es noch nicht einmal hinbekommen haben, einen formell richtigen Antrag für diese Erweiterung zu stellen und wir Ihnen als SPD-Fraktion helfen mussten.

Wir haben uns geirrt, aber wir haben niemanden getäuscht.

Frau Klöckner, es ist infam von Ihnen, von Wählerbetrug zu reden und die persönliche Integrität des Ministerpräsidenten anzuzweifeln,

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

vor allem wenn Sie selbst immer haarscharf am Recht vorbeisegeln, und zwar immer an der Grenze zur Unwahrheit.

Sie haben selbst etwas zur Sprache gebracht. Ich hatte das gar nicht auf dem Schirm. Ich hatte es aber komischerweise noch in meiner Tasche liegen. Dann haben Sie die Fraktionsfinanzen als Beispiel genommen, wie man selbst aufräumt und sich entschuldigt.

In der Presse war in diesen Tagen zu lesen, die CDU habe sich entschuldigt. Ich habe eben einmal hineingeschaut. Darin steht am Anfang, dass die Schulden von 303.000 Euro auf 4.000 Euro zurückgegangen sind. Unten steht aber eine kleine Fußnote 2 „Laufendes Geschäftskonto“. Neben den oben dargestellten Schulden bestehen Verbindlichkeiten (= nicht kassenwirksam) wie folgt: zum 18. Mai 2011 45.000 Euro, zum 31. Dezember 2011 297.000 Euro. – Es ist haarscharf an der Wahrheit vorbei, wenn man nicht kassenwirksame Schulden aufbaut.

(Bracht, CDU: Wieso denn das? –
Zurufe von der CDU)

– Sie haben es doch selbst angesprochen. Ich habe es nicht eingeführt. Dann haben Sie suggeriert, Sie hätten einen anderen Termin für die heutige Sitzung übermittelt. Ich kann mich nur erinnern, dass Sie immer gesagt haben, Sie wollen einen früheren Termin. Sie haben aber die Unterschriften nicht rechtzeitig zusammenbekommen.

Herr Bracht, ich glaube, auch die Sache mit dem anderen Termin ist haarscharf an der Wahrheit vorbei.

(Zuruf des Abg. Reichel, CDU)

Dann sagen Sie in der Rede, die ISB wäre in Not, der Haushalt in einer Schiefelage und die Mittelstandsförderung gefährdet. Wenn Sie heute Morgen nicht im Ausschuss gesessen hätten, hätte ich gesagt, okay, das hat jemand Frau Klöckner vorher aufgeschrieben. Es ist aber unwahr, wenn man dabei ist und hört, dass es nicht stimmt, und es dann trotzdem bringt.

Dann sagen Sie, Sie hätten Post von SPD-Mitgliedern bekommen. Herr Minister Lewentz hat es dankenswerterweise schon ausgeführt. Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses kannten den Brief, der bei Frau

Klöckner in Guldental im Jahr 2012 ankam. Dieser ist im Jahr 2010 in Adenau abgeschickt worden und hat offenbar lange gebraucht, bis er den Weg zu ihr gefunden hat. Das war aber schon wieder haarscharf an der Wahrheit vorbei. Nicht nur, dass sie behauptet, diesen Brief von SPD-Mitgliedern bekommen zu haben, dann sagt sie auch noch, das sei ein offener Brief. Diejenigen, die damals beteiligt waren, wissen, dass das nicht stimmt.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

– Frau Klöckner, ein offener Brief und etwas, was im Internet von einer dritten Seite veröffentlicht wurde, sind zwei Paar Schuhe.

Dann haben Sie ein Gutachten vorgelegt. Frau Klöckner, ich bin dankbar, dass Sie in Ihrer Rede nur von einer Rechtsmeinung gesprochen haben. Ich glaube, das trifft es eher. Es gibt einen Anwalt, den Sie dafür bezahlen, dass er den Eindruck entstehen lässt, dass elementare Abgeordnetenrechte infrage gestellt werden.

Montags steht in der Zeitung „Trierischer Volksfreund“: „Die Expertise im Auftrag der CDU kommt laut einem Bericht der „Wirtschaftswoche Online“ zum Schluss, dass der geplatzte 330-Millionen-Euro-Kredit der Bank nicht mit einer Landesrücklage von 254 Millionen Euro abgelöst werden dürfe. Ein derartiger Verstoß gegen EU-Beihilferecht könne letztlich zur Pleite der landeseigenen Investitions- und Strukturbank (ISB) führen. Wer hier mithilfe, könne sich sogar wegen Untreue oder Beihilfe dazu strafbar machen. Dies hat Brisanz, weil die rot-grüne Landesregierung von Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) am Mittwoch die Zustimmung des zuständigen Landtagsausschusses einholen will.“

Was ist das anderes, als die Vermittlung des Eindrucks, dass man an Artikel 93 der Landesverfassung kratzen will?

Dann sagt Ihr Rechtsanwalt gestern bei der dpa auch noch: Das sind Verhältnisse, die man sonst eigentlich nur aus Griechenland kennt.

Wenn Sie ein Gutachten bestellen, das gegen die Grundprinzipien unserer Landesverfassung wettert, es dann veröffentlichen und damit Politik machen, dann kennt man solche Verhältnisse eigentlich nur aus einer Zeit vor der Französischen Revolution.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Könnten Sie mir vielleicht freundlicherweise die Frage beantworten, wer dieses Gutachten bezahlt hat, wenn Sie es bestellt haben?

(Zuruf des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich habe gehört, es gibt noch eine Nachlieferung des Rechtsanwalts. Das erste Thesenpapier ist zwei Seiten lang, der Rest ist Briefkopf und Sachverhaltsdarstellung, wenn auch verkürzt. Dann kommen ein paar Thesen. Mich würde schon interessieren, was es gekostet hat.

Wenn Sie jetzt sagen „nichts“, dann war es ein fairer Preis.

(Heiterkeit und Beifall der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe jedoch inständig, dass Sie es bezahlt und Ihr gutes Geld dafür ausgegeben haben. Denn wenn Sie den Anwalt nehmen, der die Dorint-Kette gegen das Land vertritt und Ihnen ein Gutachten liefert, in denen unter den paar Thesen, die darin stehen, in der vorletzten These auch noch steht, „Außerdem hat die Dorint-Gruppe Schadenersatzansprüche“, dann hätte das schon ein „Geschmäcke“, wenn Sie es nicht bezahlt haben.

(Heiterkeit des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vielleicht ist es Parteispende. Oder Sie müssten es getrennt ausweisen. Aber damit haben Sie Erfahrung, Herr Bracht. Schauen Sie, dass es ordentlich verbucht wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Baldauf, CDU: Was soll das denn?)

– Was soll das? Sie holen sich den Anwalt von Dorint, behaupten jedoch, Sie wollen Schaden vom Land abwenden und für den Nürburgring kämpfen!

(Zuruf des Abg. Zehfuß, CDU)

Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder hat sich kein anderer hergegeben, Ihnen das aufzuschreiben, was offenbar nicht haltbar ist, oder es hat Ihnen ein Dritter bezahlt.

(Zurufe von der CDU)

Ich komme noch einmal auf die Frage der Indemnität zurück. Sie können froh sein, auch wenn Ihr Gutachten anderes suggeriert, dass es diese Indemnität gibt.

(Zuruf von der CDU: Sind wir auch!)

Ich weiß aus eigener Betroffenheit – Herr Baldauf hat sich nie dafür entschuldigt –, dass die CDU schnell dabei ist, strafbewehrte Unterlassungserklärungen in der Weltgeschichte herumzuschicken. Aber was Sie heute Morgen in Richtung ISB behauptet haben, hätte schon außerhalb dieses Plenums strafrechtliche Relevanz. Wenn ich ISB wäre, würde ich mir überlegen – Ihr Anwalt ist nicht vor der Indemnität geschützt –, ob man nicht an der einen oder anderen Stelle bei den Ausführungen, die wir gehört haben, an Schadenersatz denken muss. Frau Klöckner, Sie selbst sind schon immer haarscharf an der Ehrverletzung vorbei, wenn nicht mittendrin, wenn es die Indemnität nicht gäbe.

(Bracht, CDU: Das sagen die, die 500 Millionen Euro
in den Sand gesetzt haben! –
Ramsauer, SPD: Jetzt sind es schon 500
Millionen Euro!)

– Nein. Ich erinnere an das, was heute Morgen hier passiert ist. Da spricht Frau Klöckner – sie hat Theologie, Politik und Pädagogik studiert und hat ein Examen in Sozialkunde – von der Dolchstoßlegende.

(Frau Klöckner, CDU: Magisterabschluss habe
ich auch noch!)

– Magisterabschluss, genau, Theologie, Politik, Pädagogik.

(Frau Klöckner, CDU: Und Führerschein! –
Dr. Weiland, CDU: Und ist intelligenter als Sie! –
Frau Klöckner, CDU: Und Seepferdchen!)

Bei Ihren Abschlüssen wäre ich ein bisschen vorsichtiger, solche Worte wie „Dolchstoßlegende EU“ in den Mund zu nehmen. Ich bin persönlich betroffen, und es hat mich maßlos geärgert. Ich habe heute Morgen im Ausschuss noch gedacht, es wäre Ihnen herausgerutscht. Deshalb habe ich nichts gesagt.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Heute Morgen im Ausschuss habe ich gedacht, es ist Ihnen herausgerutscht.

(Dr. Weiland, CDU: Zu wenig Sauerstoff gehabt!)

Vorhin in Ihrer Rede haben Sie es wieder gebracht, und zwar wortgleich. Also war es geplant, und das macht es noch schlimmer,

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

mich und die SPD-Fraktion als fünfte Abteilung der Staatskanzlei zu bezeichnen.

(Pörksen, SPD: Ja!)

Sie wollten offenbar einmal Sozialkunde unterrichten. Vielleicht hätten Sie den Kindern dann erklärt, was das mit Franco zu tun hat

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Jetzt halten Sie einfach
mal den Mund!)

und wen Sie mit Franco vergleichen, wenn Sie die SPD-Fraktion als fünfte Abteilung der Staatskanzlei bezeichnen. Bei aller berechtigten Kritik, Frau Klöckner, die Sie als Oppositionsführerin heute vorgebracht haben, das verdient eine Entschuldigung.

(Anhaltend Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Baldauf das Wort.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dieser – Wie bezeichnet man das, was man von Herrn Hoch gehört hat? –,

(Hering, SPD: Gute Rede!)

möchte ich Ihnen, Herr Kollege Hoch, einiges sagen.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Ich finde es unerträglich, nach dem, was heute Morgen der Finanzminister hier ausgeführt hat, auf welches angebliche Gutachten er sich stützen würde, das noch nicht einmal vorliegt, wovon es nur einen Entwurf gibt, und er noch nicht weiß, ob das Ende das aussagt, was er hören will, es damit zu vergleichen, was ein honorierter Kollege, ein Verwaltungsrechtler, der sich mit Vergaberecht auskennt, hier gesagt hat. Herrn Kollegen Antweiler so in die Ecke zu stellen, halte ich für unerträglich. Gehen Sie fachlich mit den Dingen um, und polemisieren Sie nicht gegen diesen Mann.

(Beifall der CDU –
Staatsminister Lewentz: CDU!)

– Das ist so, Herr Lewentz.

(Staatsminister Lewentz: Dann sagen Sie das doch!)

– Weil Sie gerade so schön lachen. Das ist wunderbar. Jetzt kommt nämlich die nächste Steilvorlage. Ich kann es auch nicht mehr hören, dass jedes Mal wieder über unsere Finanzaktion bzw. über unsere Finanzgeschichte gesprochen wird.

(Zuruf von der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Lewentz, ich habe es Ihnen schon einmal gesagt.

(Staatsminister Lewentz: Ich habe nur gesagt, was der Anlass dazu ist!)

Wir haben in den letzten fünf Jahren aufgeräumt, haben Konsequenzen gezogen, unter denen wir heute noch leiden, aber wir haben Konsequenzen gezogen, und zwar sowohl personeller wie auch finanzieller Art. Sie haben eine Insolvenz herbeigeführt. Das ist die Konsequenz, die Sie gezogen haben. Das zeigt Ihr Scheitern, und das muss man an dieser Stelle auch noch einmal sagen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Müller-Orth.

Abg. Frau Müller-Orth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Als Dr. Otto Kreuz die Wichtigkeit des Baus einer Rennstrecke im ärmsten Kreis im Lande Preußen als Notstandsmaßnahme im Rahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge erkannte, wurde der Grundstein für die heute längste permanente Rennstrecke der Welt gelegt. Auch in einem anderen Feld ist der Ring weltweit einzigartig. Bereits 1996 wurde mit dem Aufbau eines Umweltmanagementsystems nach EG-Öko-Audit-Verordnung begonnen. 1998 kam es zur EMAS-Auszeichnung, dem höchsten Umweltstandard für Wirtschaftsunternehmen in Europa.

Seit der Eröffnung 1927 kann der Nürburgring an rennfreien Tagen gegen Entgelt von jedermann mit Straßenfahrzeugen befahren werden. Der Motorsport prägt die Eifel seit Generationen. Die Menschen in der Region lieben und unterstützen ihren Ring. Er ist ihre Existenz und ihre Zukunft, er schafft nicht nur Arbeitsplätze an der Rennstrecke selbst, sondern auch fast im gesamten Umfeld.

Wir unterhalten uns hier über die Vergangenheit des Nürburgrings. Ich möchte, dass wir in die Zukunft schauen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Der Ring lebt nicht nur von Großveranstaltungen wie der Formel 1, er braucht den Breitensport ebenso wie die autofreien Events, wobei auch eine Großveranstaltung ist, nämlich „Rock am Ring“, die bis 2014 gesichert ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Es gibt jedoch auch andere Events wie z. B. „Rad am Ring“ oder die Nordschleifenwanderung. Er lebt von der Industrie, die innovative Technik durchtestet, bevor sie Serienreife erlangt, und natürlich von den Touristenfahrten, egal, ob mit dem eigenen Fahrzeug oder mit einem gemieteten Sportwagen.

Eine der größten Sorgen in der Region ist, dass durch den Verkauf der Strecke an einen privaten Investor diese Ära am Ring zu Ende geht, die Strecke geschlossen wird und Fahrten nur noch für ausgewählte Club-Mitglieder möglich sein werden. Dieses Szenario möchte ich dort nicht erleben; denn ich wohne in der Nähe.

(Beifall des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Der Begriff „Grüne Hölle“ bekäme eine ganz neue Bedeutung. So weit wollen wir es hoffentlich alle nicht kommen lassen, hoffentlich auch Sie nicht.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Der Nürburgring ist die traditionsreichste Rennstrecke. Er ist ein Mythos. Der Begriff „Mythos“ hat mehrere Bedeutungen: Er kann Personen, Dinge oder Ereignisse

von hoher symbolischer Bedeutung oder auch einfach nur falsche Vorstellungen bezeichnen.

(Zurufe von der CDU)

Der gute Ruf des Rings und damit einhergehend der gute Ruf der ganzen Region ist mehr als ramponiert.

(Licht, CDU: Ja!)

Der Mythos „Nürburgring“ muss wieder positiv besetzt werden.

(Zuruf von der CDU)

Mit Ihrer rückwärtsgewandten Politik wird das nicht gelingen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wer sich entwickeln will, muss sich verändern. Dieser Grundsatz gilt auch am Ring. Aber die betroffenen Menschen müssen mitgenommen und gehört werden. Sie sind bereit, konstruktiv an der Zukunft ihrer Region mitzuarbeiten und sich mit Ideen einzubringen. Es ist an der Zeit, in die Region hineinzuhorchen. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg, dass uns dies gelingt.

Dann komme ich zu dem Punkt, der mich einfach nur nervt, um es einmal ganz platt so auszudrücken. Liebe CDU-Fraktion, es geht Ihnen nicht um die Menschen in der Region Nürburgring, es geht Ihnen darum, in Mainz Köpfe rollen zu lassen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Genau das!)

Ja, es gab Fehler in der Vergangenheit. Das wurde uns heute ausreichend dargelegt. Aber wenn die CDU-Fraktion ehrlich zu sich selbst ist, muss sie eingestehen, dass auch von regionalen CDU-Mitgliedern Fehler gemacht worden sind. Davon will heute natürlich kein Mensch mehr etwas wissen.

Es geht mir nicht um Schuldzuweisungen. Damit beschäftigen wir uns schon viel zu lange. Mit Schuldzuweisungen helfen wir den Menschen in der Region auch nicht.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben blanke Angst um ihre Existenz. Darum müssen wir uns jetzt aufrappeln, aufstehen, weitergehen und den Blick nach vorn richten.

(Dötsch, CDU: Transparenz!)

Wir müssen beweisen, dass wir in der Lage sind, bodenständige Entscheidungen für die Region zu treffen. Gelingen wird uns das jedoch nur gemeinsam mit den Betroffenen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Bracht das Wort. Sie haben noch elfeinhalb Minuten.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich etwas zu dem Antrag der CDU-Fraktion sagen will: Gutachtliche Prüfung des „Zukunftskonzepts Nürburgring“ durch den Landesrechnungshof.

Es ist bemerkenswert – unsere Vorsitzende hatte sich dazu geäußert –, dass keine der Koalitionsfraktionen auch nur ein Wort dazu gesagt hat. Das wundert uns. Deshalb will ich meinerseits noch einmal darauf hinweisen, welches das Ziel dieses Antrags ist, den wir zur Entscheidung heute eingebracht haben.

Wir wollen den Landtag darum bitten, mit der Entscheidung über den Antrag den Rechnungshof zu ersuchen, sich gutachterlich zum Zukunftskonzept „Nürburgring“, also zu dem Konzept, das 2010 seitens der Landesregierung als zweiter Versuch auf den Weg gebracht wurde, zu äußern. Insbesondere möchte er sich äußern zu der konzeptionellen Entwicklung des Zukunftskonzepts, seiner Finanzierung, seiner Umsetzung sowie der Sicherstellung der Rechtmäßigkeit durch die Landesregierung und/oder ihren nachgeordneten Behörden und Einrichtungen, insbesondere nach Landes-, Bundes- und EU-Recht.

Die Untersuchung soll sich erstrecken auf den Zeitraum bis zur Anmeldung der Insolvenz der Nürburgring GmbH und ihrer Tochtergesellschaften. Wir haben schwerpunktmäßig Fragen formuliert, insbesondere die, ob die Planungen zur Neuausrichtung aufgrund dieses Zukunftskonzepts belastbar waren, ob die Verträge entsprechend abgeschlossen waren. Wir wollen erfahren, ob die Art der Finanzierung, insbesondere durch die Investitions- und Strukturbank, richtig, vertretbar und wirtschaftlich sinnvoll war, und wir wollen erfahren, wie belastbar die Aussage ist, man habe im Haushalt eine Vorsorge im Rahmen der Ausgleichsrücklage getroffen, also eine umfassende Prüfung, ein umfassender Auftrag.

Nun wird uns gesagt, dass der Rechnungshof schon im Jahresbericht 2012 Stellung genommen habe. Aber ich will ausdrücklich sagen: Diese Stellungnahme war eine Prüfung im Rahmen des normalen Jahresberichts. Es war eine Prüfung, die sich nur auf einen Teilbereich bezogen hat, es war eine Prüfung, die sich nur auf einen bestimmten Zeitraum bezogen hat, und es war eine Prüfung, in der ausdrücklich alle beihilfe- und vergaberechtlichen Fragen nicht Bestandteil der Prüfung waren. Deshalb halten wir jetzt eine umfassende Prüfung durch den Rechnungshof für sinnvoll.

Jetzt höre ich in der Sitzung zwischen den Reden, dass die Koalitionsfraktionen – das Ansinnen war am Freitag schon kurz an uns herangetragen worden – den Antrag heute nicht entscheiden, sondern ihn in den Haushalts- und Finanzausschuss verweisen wollen.

Ich stelle mir die Frage, was das soll. Ich komme zu dem Ergebnis, dass es offensichtlich, wenn man das tatsächlich so will, weitere Verzögerungen geben soll, dass man wiederum verzögern will, und zwar in einer Weise, die das Projekt nicht verträgt.

Sie wollen alles verschieben, ob das die heute Sitzung betrifft oder anderes. Ich glaube, das macht keinen Sinn.

Der Rechnungshof wird einige Zeit für dieses Gutachten brauchen. Wir sollten ihm diese Zeit geben. Je früher er anfangen kann, umso besser ist es.

Wir sehen auch nicht, wo der Antrag noch verändert werden muss. Wenn Sie Änderungsbedarf sehen, frage ich Sie, weshalb Sie den in den letzten Tagen nicht vorgebracht haben und auch heute bis jetzt nicht vorgebracht haben.

(Frau Klöckner, CDU: Das ist eine schöne Aussage!)

Wo ist der Änderungsbedarf, frage ich ausdrücklich noch einmal, wenn Sie heute nicht entscheiden wollen? Wenn es welchen gibt, sagen Sie es. Wir sind bereit, wenn es gute Vorschläge sind, sie unmittelbar und direkt noch einzubauen und mit aufzunehmen mit dem Ziel, dass es nicht zu Verzögerungen kommt. Aber ich habe den Eindruck, Sie haben wenig Interesse daran.

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal sagen, je später die Feststellungen des Rechnungshofs – soweit dem Ersuchen stattgegeben wird – auf dem Tisch liegen, umso später können die Konsequenzen daraus gezogen werden.

(Frau Klöckner, CDU: Das ist ja auch das Ziel!)

Eine solche Verzögerung verträgt weder die Region noch das Land noch das Projekt,

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Heute Morgen war es noch ganz anders!)

oder haben Sie Sorge um ihren Fraktionsvorsitzenden? Geht es Ihnen nur darum, den Vorsitzenden zu schützen, der das „Zukunftskonzept Nürburgring“ entwickelt hat? Das kann doch nicht wahr sein, das kann doch nicht Ihr Ziel sein.

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Das kann auch nicht wahr sein!)

Ich hoffe, dass Sie sich diese Blöße nicht geben wollen und nicht geben werden. Deshalb plädieren wir für eine Entscheidung am heutigen Tag.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wir wollen einen umfassenden Bericht. Wir wollen wissen, wie der Erkenntnisprozess der Landesregierung im Einzelnen verlaufen ist und wer die Verantwortung für dieses Desaster trägt. Deshalb bitten wir heute um eine Entscheidung zu unserem Antrag.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion der SPD hat Herr Abgeordneter Wansch das Wort.

Abg. Wansch, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns diesen Antrag und vor allen Ihren Redebeitrag von der Polemik befreien, Herr Bracht.

(Zurufe von der CDU: Ach!)

Kommen wir doch zurück zur Tatsache. Sie haben kurzfristig vor dieser Sitzung einen Antrag eingebracht

(Bracht, CDU: Rechtzeitig!)

und haben die Fraktionen darum gebeten, dass das überhaupt noch möglich wird, sonst wäre doch die Nummer, die Sie jetzt platzieren wollen, geplatzt.

Wir anderen Fraktionen haben gesagt, ja, wir nehmen Ihre Anregung auf und werden das hier im Plenum beraten.

(Zurufe von der CDU)

Es ist, wie ich auch aus Erfahrung meine, guter Brauch, dass wir solche Dinge, solche Aufträge gemeinsam auf den Weg bringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Wilke, CDU)

Dazu sollten wir uns die nächsten 14 Tage Zeit nehmen und diesen so kurzfristig eingebrachten Antrag mit entsprechenden Fragen ausfüllen und nicht nur mit einem pauschalen Auftrag versehen.

(Dr. Wilke, CDU: Ach was!)

Dazu haben wir Gelegenheit. Am 16. August um 10.00 Uhr tagt der Haushalts- und Finanzausschuss. Wenn Sie dann von Verzögerungstaktik reden oder von Schutz von irgendwelchen Mitgliedern meiner Fraktion, dann kann ich nur sagen, von was träumen Sie denn nachts, was in diesen 14 Tagen noch geschehen soll.

Hier geht es darum, dass wir in Ruhe und sachlich arbeiten. Dieser Auftrag an den Rechnungshof wird aus Sicht meiner Fraktion problemlos, allerdings dann mit klaren Fragen und nicht als Pauschalauftrag auf den Weg gebracht werden können.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Das wollen wir tun. Dazu besteht Gelegenheit am 16. August. Vor diesem Hintergrund wird von meiner Fraktion signalisiert, dass wir eine Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss beantragen.

Danke.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Steinbach das Wort.

Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste! Meine Fraktion wird dem zustimmen, dass dieser Antrag an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen und dort weiter beraten und ergänzt wird.

(Dr. Weiland, CDU: Genau!)

Meine Damen und Herren, Sie haben in Ihrer Eile, die Sie an den Tag gelegt haben, missachtet, dass der Rechnungshof unabhängig ist. Natürlich kann er nach § 88 Abs. 3 von dem Landtag beauftragt werden, gutachtlich Stellung zu nehmen.

(Dr. Weiland, CDU: Wieder ein Beitrag zur
Transparenz, Herr Steinbach!)

Aber wir haben heute Morgen dem Präsidenten des Rechnungshofs aufmerksam zugehört, der gesagt hat, dass er sich in bestimmte Kompetenzen der Prüfung nicht einmischen möchte, nämlich dann, wenn es sich um beihilferechtliche Prüfungen der EU handelt. Es ist – so steht es zumindest in § 88 Abs. 3 der Landeshaushaltsordnung – möglich, dass der Landtag es tun kann. Wenn es der Landtag tun soll, dann müssen Sie schon mit dem Landtag reden und können nicht schnell einen Antrag auf den Weg bringen und dann darum bitten, dass wir ihm in der Form, in der Sie ihn vorgelegt haben, zustimmen müssen.

(Dr. Weiland, CDU: Tun wir ja hier!)

Zum guten Verfahren hätte es auch gehört, es mit uns abzustimmen.

Dass er überhaupt auf der Tagesordnung steht – er ist verfristet eingereicht worden –,

(Schreiner, CDU: Nein!)

ist dem Einvernehmen mit den anderen Fraktionen geschuldet. Das heißt, Sie können nicht unterstellen, dass wir Furcht vor irgendwelchen Debatten oder irgendwelchen Erkenntnissen haben, meine Damen und Herren. Das ist wirklich an den Haaren herbeigezogen.

Jawohl, wir stehen diesem Ansinnen positiv gegenüber, aber bei dem, was Sie inhaltlich vorgetragen und aufgeworfen haben, haben wir doch noch Ergänzungen und Klärungsbedarf.

Nicht zuletzt sollten wir – das ist der unabhängigen Institution des Rechnungshofs wert und würdig – mit ihm abstimmen, in welcher Weise das geschehen kann, meine Damen und Herren von der CDU. Darum ist die Überweisung sachgerecht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Ich möchte insbesondere auf den zweiten Spiegelstrich eingehen, den Sie aufgeführt haben. Sind Sie sicher, dass wir dabei nicht einen Bereich der EU-beihilferechtlichen Fragestellungen betreten, in dem der Rechnungshof möglicherweise weder prüfungs- noch stellungnahmerechtliche Kompetenz für sich beansprucht? Wir haben den Präsidenten heute Morgen dazu deutlich gehört. Es wäre mir sehr wert gewesen, wenn Sie das auch mit einbeziehen würden, ehrlich gesagt, meine Damen und Herren von der CDU. Wir sollten das prüfen und gemeinsam mit dem Rechnungshof besprechen und erörtern. Es ist sachgerechte Art und Weise, so vorzugehen.

Zum Zweiten bin ich etwas skeptisch, ob Sie wirklich unvoreingenommen sind. Wenn Sie das alles als Erkenntnis haben, aber vorher nicht darüber reden wollen, dann frage ich mich, warum Sie so viele Konsequenzen bereits heute kennen. Scheinbar kennen Sie die Ergebnisse der noch nicht beauftragten Untersuchung ziemlich gut; denn Sie haben zu allen drei Spiegelstrichen bereits heute deutlich wertende Äußerungen geleistet. Offensichtlich wollen Sie den Ergebnissen vorgreifen. Auch das halte ich der unabhängigen Institution des Rechnungshofs gegenüber für unangemessen.

Deswegen stehen wir einem solchen Verfahren mit den entsprechenden Gesprächen aufgeschlossen gegenüber. Da wird nichts vertuscht oder unter den Teppich gekehrt. Deswegen steht Ihr Antrag heute auf der Tagesordnung. Das ist der faire, gerechte und saubere Umgang damit, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –

Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU –
Baldauf, CDU: Jetzt stützt der Herr Steinbach
noch den Herr Hering!)

Vizepräsident Dr. Braun:

Es liegt eine weitere Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Bracht für die CDU-Fraktion vor.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es bewahrt sich, dass die SPD und die GRÜNEN den Antrag an den Ausschuss überweisen wollen. Es ist bemerkenswert, dass in den letzten Tagen keine Gelegenheit

gesucht wurde, auf uns zuzukommen und mit uns darüber zu sprechen.

(Beifall der CDU –
Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie wollen doch etwas von uns! –
Frau Brede-Hoffmann: Wer will denn etwas von wem?)

Einzigster Ansatz war am Freitag der Anruf von Frau Schleicher-Rothmund, die aushandeln wollte, der Aufnahme auf die Tagesordnung zuzustimmen, wenn dieser Antrag dann an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen wird. Das war eine Bedingung, die wir nicht annehmen konnten.

Meine Damen und Herren, hier wurde behauptet, wir seien zu kurzfristig mit unserem Antrag gekommen. Das ist die Unwahrheit. Wir haben den Antrag fristgerecht am 26. Juli eingereicht, 4 Tage vor der Plenarsitzung. Weil keine Sitzung des Ältestenrats für diese Plenarsitzung stattgefunden hat und auch nicht geplant war, ist es übliches Verfahren, dass dann Einvernehmen erreicht werden muss, damit der Antrag auf die Tagesordnung kommt.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben wir doch hergestellt!)

– Das ist auch hergestellt worden. Aber uns vorzuwerfen, wir hätten die Fristen nicht beachtet, Sie und Herr Wansch, ist die Unwahrheit. Das ist nicht richtig! Das ist einfach falsch.

(Beifall der CDU)

Dann sagen Sie, es handele sich um einen pauschalen Antrag. Wo ist das, was wir hier geschrieben haben, pauschal? – Es ist sehr konkret, sehr umfassend und sehr detailliert. Ich habe die konkreten Dinge dargestellt.

Wenn wirklich etwas dabei sein sollte, bei dem der Rechnungshof sich nicht berufen fühlt, aus welchen Gründen auch immer, etwas zu prüfen, dann wird er in seiner hohen fachlichen Kompetenz und Zuständigkeit und Unabhängigkeit zu entscheiden wissen, was er prüft, ob er das prüft, was hier steht, oder eben nicht.

(Beifall der CDU)

Da haben wir höchstes Vertrauen in den Rechnungshof. Wenn Sie das nicht haben, dann können wir auch nichts dafür, aber wir haben das Vertrauen.

Wir sagen, die Fragen sind klar, der Antrag ist umfassend. Sie haben nichts vorgebracht, was ergänzend oder abändernd an dem Antrag gemacht werden müsste. Deshalb sagen wir: Entscheiden wir heute über diesen Antrag. Wenn Sie ihn überweisen wollen, macht das nur deutlich, dass Sie – das hat die ganze Debatte heute hier gezeigt – keinerlei Interesse, kein ernsthaftes Interesse an Offenheit, Transparenz, an Wahrheit und Klarheit bezüglich dieses Projekts haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD: Oh!)

Vizepräsident Dr. Braun:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Steinbach für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Dr. Weiland, CDU: Der Maurer!)

Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Bracht, jetzt haben Sie sich ein wenig bei dem verraten, was Sie vorhaben. Wenn Sie am Freitagmittag einen Antrag einreichen – 26.7. steht als Datum auf diesem Antrag –, dann frage ich mich, wann er den Fraktionen zugegangen sein kann, wie darüber eine Beratung und eine inhaltliche Auseinandersetzung erfolgen soll, zumal in dieser Situation der Sondersitzung.

(Frau Klöckner, CDU: Donnerstag! –
Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Donnerstagabend!)

Sie haben diese Situation – entschuldigen Sie dieses nicht ganz so schöne Wort – verunmöglicht, und zwar ganz wissentlich, weil Sie heute diese Entscheidung herbeiführen wollten. Herr Bracht, das ist Teil Ihrer gesamten unredlichen Strategie. Damit lassen wir uns nicht einfangen, Herr Bracht. Das ist das erste.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU –
Zuruf von der CDU: Ausrede!)

Das Zweite ist, Sie sehen entlang der relativ unkonkreten Fragestellungen in den Spiegelstrichen, wie pauschal Sie das gestellt haben, wie wenig Sie die Debatte von heute Morgen mit einbezogen haben, die vielleicht noch relevante Fragestellungen aufgegeben hätte.

(Frau Klöckner, CDU: Ich dachte, wir sollten rechtzeitig einreichen!)

Sie haben auch nicht einbezogen, wie sich der Rechnungshofpräsident heute Morgen in der Ausschusssitzung eingelassen hat. Dies zu korrigieren und anzupassen, wäre mindestens notwendig, um der Institution und der institutionellen Unabhängigkeit des Rechnungshofs gerecht zu werden. Genau das werden Sie damit nicht.

Bitte lesen Sie das Gesetz. Dort steht „der Landtag“. Wenn Sie wollen, dass der Landtag dies beschließt, dann können Sie nicht mit einem Antrag, der singulär von der Oppositionsfraktion gestellt wird, die anderen hier erpressen. Das machen wir nicht mit. Dieser Versuch der parlamentarischen Nötigung ist erneut gescheitert.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Deswegen schlage ich vor, sach- und fachgerecht zu beraten. Das wird dem Rechnungshof dann auch gerecht, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Ich darf feststellen, dass keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen. Wir müssen nun zur Abstimmung kommen.

Die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung sind durch ihre Besprechung erledigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung wird Ausschussüberweisung beantragt, wenn ich das richtig sehe. Wir lassen also zuerst über die Ausschussüberweisung abstimmen.

Wer stimmt dafür, dass der Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 16/1455 – an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen wird? – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Wer ist gegen eine Überweisung? – Das ist die CDU-Fraktion. – Damit ist die Ausschussüberweisung mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen Stimmen der CDU beschlossen.

Damit endet die heutige Tagesordnung. Ich lade Sie ein zur nächsten Plenarsitzung am Mittwoch, den 29. August, um 14:00 Uhr.

Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 18:44 Uhr.